

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

September 2019



Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaberin und Herausgeberin Oesterreichische Nationalbank Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien

Postfach 61, 1011 Wien

www.oenb.at oenb.info@oenb.at Tel. (+43-1) 40420-6666 Fax (+43-1) 40420-6698

Schriftleitung Doris Ritzberger-Grünwald

Koordination und Redaktion Manfred Fluch

© Oesterreichische Nationalbank, 2019

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Redaktionsschluss: 26. August 2019

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage	3
Globale Konjunkturaussichten aufgrund geopolitischer Spannungen ungewiss	6
EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Deutliche Wachstumsverlangsamung zur Jahresmitte	13
Österreich: Moderate Konjunkturabschwächung im Sog der internationalen Konjunktur	16
Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats	21
Konsolidiertes Periodenergebnis österreichischer Bankkonzerne und Einzelinstitute im ersten Quartal 2019 zurückgegangen	
Historischer Tiefstand bei Neugeschäfts-Zinssätzen für Wohnbaukredite	30
Entwicklung des Geldvermögens und der Verschuldung der privaten Haushalte im ersten Quartal 2019	33
Spezielle Kurzanalysen	35
Budgetäre Kosten der Bankenstabilisierung in Österreich	36
Aktueller Stand der Vorbereitungen zur künftigen Euroraum-Erweiterung: Bulgarien, Kroatien	42
Paket zur Bekämpfung der Geldwäsche	47
Turkey: Broad-based deterioration of the economy, mounting macrofinancial risks	50
Annex	
Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 13. Juni bis 21. August 2019	57
Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen	62

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick¹

Der seit dem Jahr 2018 zu beobachtende globale Konjunkturabschwung hält im Jahr 2019 weiter an. Der IWF hat die Wachstumsaussichten für die Weltwirtschaft für dieses und kommendes Jahr zuletzt erneut nach unten revidiert. Das Weltwirtschaftswachstum wird von 3,5% im Jahr 2018 auf 3,2% im Jahr 2019 zurückgehen. Für 2020 wird ein moderater Anstieg auf 3,5% erwartet. Der Handelskonflikt zwischen den USA und China, die gestiegene Wahrscheinlichkeit eines "no deal" Brexits und die geopolitischen Spannungen im Nahen Osten führen zu einer erhöhten Unsicherheit. Dies stellt insbesondere für den Welthandel, dessen Wachstum im bisherigen Jahresverlauf nahezu stagnierte, eine große Belastung dar.

In den USA senkte die Federal Reserve Bank vor dem Hintergrund einer verhaltenen Inflationsentwicklung und der etwas schwächeren wirtschaftlichen Aussichten Ende Juli den Leitzins um 0,25 Prozentpunkte auf 2,0% bis 2,25%, nachdem der seit 2015 andauernde Zinsstraffungszyklus im Dezember 2018 zu Ende gegangen war. Chinas Wirtschaft wächst zunehmend langsamer. Im zweiten Quartal 2019 ging die Wachstumsrate um 0,2 Prozentpunkte auf 6,2% gegenüber dem Vorjahresquartal zurück. Das Wachstum lag damit allerdings immer noch innerhalb des von der chinesischen Regierung festgelegten Zielkorridors von 6,0% bis 6,5%.

Im Euroraum ging das Wachstum des realen BIP im zweiten Quartal wie erwartet auf 0,2% im Vergleich zum Vorquartal zurück. Während die italienische Wirtschaft stagnierte, wuchs die Wirtschaft in Frankreich und Spanien um 0,2% bzw. 0,5%. Die exportorientierte Wirtschaft Deutschlands ist hingegen von der globalen Handelsschwäche vergleichsweise stark betroffen und schrumpfte im zweiten Quartal 2019 um 0,1%. Die Rezession der deutschen Industrie geht dabei inzwischen weit über den Fahrzeugsektor hinaus. Die HVPI-Inflationsrate im Euroraum lag im Juli bei lediglich 1,0% und damit auf dem niedrigsten Niveau seit Ende 2016. Die Kerninflationsrate, die die volatilen Komponenten Energie, Lebensmittel, sowie Alkohol und Tabak nicht berücksichtigt, ging ebenso zurück und lag im Juli bei 0,9%.

In der Pressekonferenz anlässlich der jüngsten geldpolitischen Sitzung Ende Juli hat EZB-Präsident Draghi erneut betont, dass die EZB dauerhaft niedriger Inflation mit derselben Bestimmtheit entgegentreten wird, wie es bei zu hoher Inflation der Fall wäre. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen mindestens über die erste Hälfte des Jahres 2020 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, um eine fortgesetzte nachhaltige Annäherung der Inflation an sein Ziel auf mittlere Sicht sicherzustellen.

Österreichs Wirtschaft kann sich der globalen Konjunktureintrübung nicht entziehen, die Wachstumsabschwächung fällt aber dank robuster Inlandsnachfrage moderat aus. Die Oesterreichische Nationalbank erwartet im Rahmen ihrer vierteljährlichen Kurzfristprognose für das dritte und vierte Quartal 2019 ein Wachstum des realen BIP von 0,2% bzw. 0,3% (gegenüber dem Vorquartal). Gegenüber der letzten Prognose vom Mai mussten die Wachstumserwartungen für das dritte Quartal um 0,2 Prozentpunkte zurückgenommen werden. Für das Gesamtjahr 2019 wird dennoch unverändert von einem Wachstum von 1,5% ausgegangen, da das Wachstum für den Jahresbeginn leicht nach oben revidiert wurde. Die Österreichische HVPI-Inflation ist im Juli 2019 auf 1,4 % gesunken. Für das Gesamtjahr 2019 wird eine durchschnittliche Inflationsrate von 1,6% erwartet, die in den beiden Folgejahren nur geringfügig auf 1,7% ansteigen wird.

_

¹ Autor: Gerhard Fenz (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Globale Konjunkturaussichten aufgrund geopolitischer Spannungen ungewiss²

Weltwirtschaft: Globales Wachstum bleibt weiterhin schwach

Der seit dem Jahr 2018 zu beobachtende globale Konjunkturabschwung hält im Jahr 2019 weiter an. Zwar überraschte das Wachstum des realen BIP in einigen Industriestaaten im ersten Quartal 2019 positiv, dennoch wurden die Wachstumsaussichten für die Weltwirtschaft für dieses und kommendes Jahr im Prognoseupdate des IWF zu Jahresmitte erneut nach unten revidiert (gegenüber Frühjahresprognose je -0,1 Prozentpunkte). Demnach soll das Weltwirtschaftswachstum im Jahr 2019 3,2% betragen, nach 3,5% im Jahr 2018. Für 2020 wird ein moderater Anstieg (auf 3,5%) erwartet. Hintergründe der Revision für 2019 sind lt. IWF insbesondere die Ausweitung der Handelszölle auf Importe aus China durch die USA, der damit einhergehende Abschwung des Welthandels, die anhaltenden Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Brexit und die geopolitischen Spannungen im Nahen Osten.

Prognosen zum Wirtschaftswachstum

Wachstum des realen BIP in Prozent

	Europäische	Kommission	IV	VF	OECD Mai 2019		
	Juli/ Ma	ai 2019	Juli 2	2019			
	2019	2020	2019	2020	2019	2020	
Euroraum	1.2	1.4	1.3	1.6	1.2	1.4	
Ver. Königreich	1.3	1.3	1.3	1.4	1.2	1.0	
Japan	0.8	0.6	0.9	0.4	0.7	0.6	
China	6.2	6.0	6.2	6.0	6.2	6.0	
USA	2.4	1.9	2.6	1.9	2.8	2.3	
Welt gesamt	3.2	3.5	3.2	3.5	3.2	3.4	

Die wirtschaftliche Stimmungslage ist getrübt. Unternehmen und Haushalte in Industriestaaten und Schwellenländern verschieben langfristige Investitionen, was sich negativ auf die globale Handelsaktivität auswirkt. Das Wachstum des Welthandelsvolumens fiel im ersten Quartal 2019 weiter auf 0,5%, nachdem es zu Jahresende 2018 noch 2% betragen hatte. Die weiterhin schwachen Handelsaussichten stellen wiederum negative Anreize für Investitionen dar – eine Abwärtsspirale.

Für den prognostizierten Wachstumsaufschwung im Jahr 2020 wird eine konjunkturelle Erholung in einigen Schwellen- und Entwicklungsländern angenommen. Eine weitere Prognoseannahme ist, dass es zu einer Entspannung des Handelskonflikts kommt und die aktuell günstigen Finanzierungsbedingungen bestehen bleiben. Die Risiken für die globalen Wachstumsaussichten sind abwärtsgerichtet. Der IWF spricht sich im jüngsten Prognoseupdate für multilaterale und nationale Koordination bei wirtschaftspolitischen Maßnahmen aus. In Anbetracht der schwachen Nachfrage und der niedrigen Inflation scheint eine expansive Geldpolitik in Industriestaaten, wie auch in Schwellenländern angemessen. Neben der US-Notenbank, die Ende Juli den Leitzins nach über 10 Jahren zum ersten Mal wieder senkte, haben auch die Notenbanken Indiens und Thailands sowie Neuseelands ihren Leitzins kürzlich gesenkt.

-

 $^{^{\}rm 2}$ Teresa Messner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

Nach Meinung des IWF sollen, wo sinnvoll und genug fiskalpolitischer Spielraum verfügbar ist, auch fiskalpolitische Maßnahmen als Konjunkturstütze eingesetzt werden.

USA: Moderates, aber robustes Wachstum im restlichen Jahr erwartet

Wie auch in einigen anderen Industriestaaten überraschte das Wirtschaftswachstum in den USA im ersten Quartal 2019 aufgrund von temporären Faktoren positiv. Es lag gegenüber dem Vorquartal bei 0,8% und übertraf damit die Kurzfristprognosen. Im zweiten Quartal ging das Wachstum wie erwartet auf 0,5% zurück (2,1% annualisiert). Für die USA erwartet der IWF für 2019 ein Wachstum von 2,6% (0,3 Prozentpunkte höher als in der Frühjahrsprognose). Es soll sich im Jahr 2020 auf 1,9% abschwächen. Die Aufwärtsrevision des Wachstums für das Jahr 2019 spiegelt die unerwartet starke Leistung des ersten Quartals wider. Laut IWF-Prognose tragen Exporte und Lageraufbau positiv zum Wachstum bei, die heimische Nachfrage, allen voran die Investitionen, war bisher verhaltener als erwartet, und die Importaktivität war ebenso schwach. Zusammengenommen spricht dies für den etwas moderateren Wachstumspfad für das restliche Jahr. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich solide, allerdings hat sich das Beschäftigungswachstum etwas abgeschwächt.

Die Rate der Verbraucherpreisinflation (PCE) lag in den USA im Juli bei 1,8%, die Kerninflationsrate bei 2,2%. Damit verzeichneten beide Inflationsmaße gegenüber dem Vormonat einen Anstieg. Seit Jahresbeginn war die Inflationsrate relativ konstant und lag trotz der guten Konjunkturlage unter dem geldpolitischen Ziel von 2%.

Vor dem Hintergrund der verhaltenen Inflationsentwicklung und der etwas schwächeren wirtschaftlichen Aussichten in den vergangenen 12 Monaten senkte die Federal Reserve Bank in ihrer geldpolitischen Sitzung Ende Juli den Leitzins um 0,25 Prozentpunkte auf 2,0% bis 2,25%, nachdem der seit 2015 andauernde Zinsstraffungszyklus im Dezember 2018 zu Ende gegangen war. Aktuell werden Möglichkeiten zur Neuausrichtung der geldpolitischen Strategie der Federal Reserve ausgearbeitet. Die neue Strategie soll im Sommer 2020 feststehen. Das duale Mandat (Preisstabilität und Beschäftigung) und das 2%-Preisstabilitätsziel sollen aber weiterhin aufrecht bleiben.

China: Vom Handels- zum Währungsstreit

Chinas Wirtschaft wächst zunehmend langsamer. Im zweiten Quartal 2019 ging die Wachstumsrate um 0,2 Prozentpunkte auf 6,2% gegenüber dem Vorjahresquartal zurück. Das Wachstum lag damit allerdings immer noch innerhalb des von der chinesischen Regierung festgelegten Zielkorridors von 6,0% bis 6,5%. Der sonst meist negative Beitrag der Nettoexporte dürfte in China aufgrund von rückläufigen Importen in den vergangenen zwei Quartalen deutlich positiv zum Wachstum³ beigetragen haben. In Kombination mit dem rasch abnehmenden Beitrag des Konsums privater Haushalte deutet dies auf eine schwächere inländische Nachfrage. Allerdings haben Unternehmensinvestitionen im zweiten Quartal wieder etwas stärker zum Wachstum beigetragen.

Die chinesische Währung, der Renminbi, wertete nach den Ankündigungen des US-Präsidenten, die Handelszölle auf Importe aus China auszuweiten, gegenüber dem US-Dollar deutlich ab und überschritt Anfang August erstmals den Wert von 7 RMB/USD. In der Vergangenheit hatte die chinesische Notenbank bei Annäherung an diesen Wert regelmäßig

_

³ Ein negativer Außenbeitrag geht nicht zwangsläufig mit einem Handelsdefizit einher. Er reflektiert vielmehr das relative Wachstum von Exporten und Importen gegenüber dem Vorjahr.

Fremdwährungsinterventionen durchgeführt, um einer weiteren Abwertung gegenzusteuern. Zuletzt hat sie solche Interventionen unterlassen, woraufhin der chinesischen Notenbank von den USA Währungsmanipulation vorgeworfen wurde.

Der IWF widerspricht diesem Vorwurf im aktuellsten Prüfbericht zu China: Betrachtet man nämlich den real effektiven Wechselkurs Chinas, so ist dieser 2018 auf jenem Niveau, das mit Fundamentaldaten und wünschenswerten politischen Maßnahmen übereinstimmt. Tatsächlich hat der real effektive Wechselkurs Chinas im vergangenen Jahr sogar aufgewertet, sodass sich die Leistungsbilanzungleichgewichte (Überschuss) verringerten.

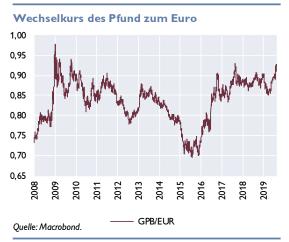
Die Wachstumsaussichten für China blieben gegenüber den Frühjahrsprognosen nahezu unverändert. Der IWF prognostiziert ein Wachstum von 6,2% für das Jahr 2019, das auf 6,0% im Jahr 2020 (je -0,1 Prozentpunkte gegenüber der Frühjahrsprognose) sinken und damit an die untere Grenze des Zielkorridors stoßen wird.

UK: Wirtschaft im zweiten Quartal geschrumpft, Pfund wertet erneut ab

Zum ersten Mal seit beinahe sieben Jahren schrumpfte die britische Wirtschaft. Der Rückgang um 0,2% im zweiten Quartal 2019 gegenüber dem Vorquartal war stärker als erwartet (die Bank of England hatte für diesen Zeitraum ein Nullwachstum vorhergesagt) und folgte einem ebenso überraschend positiven Wachstumsanstieg im ersten Quartal (0,5%). Im Vergleich zum Vorjahresquartal ging das Wachstum von 1,8% auf 1,2% zurück. Jene Faktoren, die im ersten Quartal noch positive Impulse für die Wirtschaft lieferten, nämlich die Vorratsanschaffungen in Erwartung des Brexit zum ursprünglichen Termin im März (positiver Wachstumsbeitrag des Lageraufbaus), schwanden zuletzt. Dies ist aus dem positiven Außenhandelsbeitrag und dem im beinahe selben Umfang negativen Lagerabbau (statistische Differenz) erkennbar. Der Konsum der privaten Haushalte und der öffentlichen Hand stützten das Wachstum. Der einzige Sektor der positiv zum BIP Wachstum beitragen konnte, war der Dienstleistungssektor. Die Aktivität in diesem Sektor, der der wichtigste Bestandteil der britischen Wertschöpfung ist, nahm im Vergleich zu früheren Perioden allerdings ab.

Das britische Pfund hat aktuell gegenüber dem Euro und auch gegenüber dem US-Dollar erneut deutlich an Wert verloren. Gegenüber dem Euro wurde der tiefste Wert seit 2009 erreicht, lediglich zu Beginn der Finanzkrise war das Pfund noch schwächer. Im Vergleich zum Kurs knapp vor dem Referendum im Juni 2016 liegt der aktuelle Kurs rund ein Fünftel, im Vergleich zum Höchststand im August 2015 um rund ein Drittel darunter.

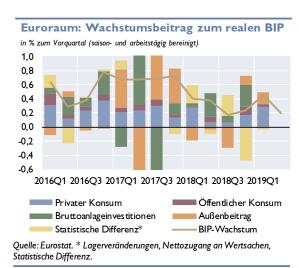
Laut dem aktuellsten Prognoseupdate des IWF soll die Wirtschaft des Vereinigten

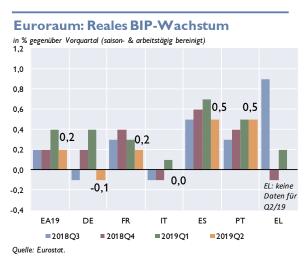


Königreichs 2019 um 1,3% und 2020 um 1,4% wachsen. Die leichte Aufwärtsrevision für das Jahr 2019 reflektiert das starke erste Quartal, berücksichtigt aber nicht die Kontraktion im zweiten Quartal. Darüber hinaus wird, wie üblich, ein geordneter Brexit unterstellt.

Euroraum: Wirtschaftlicher Abschwung vertieft sich

Nach den überraschend starken Wachstumszahlen im ersten Quartal 2019 (0,5% gegenüber dem Vorquartal) ging das Wachstum des realen BIP im zweiten Quartal wie erwartet auf 0,2% zurück. Die Wirtschaft hatte in den ersten drei Monaten des Jahres von einigen temporären Faktoren profitiert, darunter von der höheren Importnachfrage des Vereinigten Königreichs im Zusammenhang mit dem ursprünglichen Austrittsdatum sowie von einem stärkeren Privatkonsum aufgrund fiskalpolitischer Maßnahmen in einigen Mitgliedsstaaten und aufgrund der Erholung des deutschen Automobilabsatzes nach den Produktionsschwierigkeiten Ende 2018. Im Jahresvergleich ist das Quartalswachstum seit Q4/2017 rückläufig und liegt derzeit bei nur mehr 1,1%.





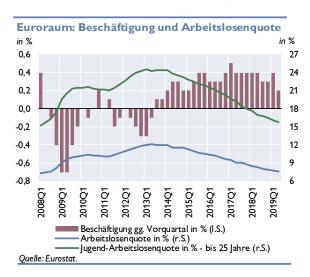
Während die italienische Wirtschaft stagnierte, wuchsen Frankreich und Spanien im Vergleich zum Vorquartal mit etwas niedrigeren Wachstumsraten (0,2% und 0,5%). Deutschland, die größte Volkswirtschaft des Euroraums, schrumpfte im zweiten Quartal 2019 um 0,1%, nachdem es bereits in der zweiten Jahreshälfte 2018 knapp einer technischen Rezession entgangen war. Das exportzentrierte Wirtschaftsmodell des Landes ist von dem globalen Konjunkturabschwung und dem sino-amerikanischen Handelskrieg vergleichsweise stark betroffen. Im vergangenen Jahr ist das Exportvolumen Deutschlands um 8% und die Industrieproduktion um etwas mehr als 6% zurückgegangen. Die Industrierezession geht dabei über die Herstellung von Autos hinaus. Deutsche Unternehmen sind bei Investitionsentscheidungen zunehmend verhalten. Dies zeigt sich daran, dass die Unternehmensinvestitionen⁴ im Verhältnis zum BIP auf ähnlichem Niveau liegen wie zu Krisenzeiten (2018: 12,2% des BIP; 2008: 13,3%). Die Investitionsnachfrage im Bausektor trägt hingegen positiv zum Wachstum in Deutschland bei. Allerdings erreichen Baufirmen ihre Kapazitätsgrenzen und auch der Fachkräftemangel bremst, sodass der Wohnungsneubau den aufgestauten Auftragsbeständen nicht hinterherkommt. Dies könnte ein Grund für das sinkende Produktionswachstum im deutschen Bausektor sein: So ist das Jahreswachstum von 11,4% im Februar (gegenüber dem Vorjahresmonat) sukzessive auf 1% im Juni zurückgegangen. Auch Dienstleistungen und der Einzelhandel sind konjunkturelle Stützen, da der Konsum privater Haushalte vom nach wie vor robusten Arbeitsmarkt profitiert. Rezente Prognosen für die Jahreswachstumsrate für Deutschland sagen für das verbleibende Jahr eine deutliche Abkühlung (0,5% bis 0,7%) und für 2020 einen moderaten Aufschwung (1,2% bis 1,7%) vorher. Ein starker

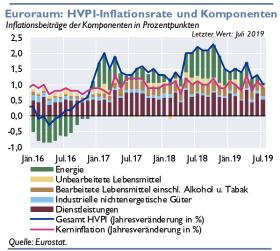
⁴ Teil der Bruttoanlageinvestitionen: Investitionsausgaben der privaten Sektoren für Ausrüstungen (Maschinen, Geräte und Fahrzeuge), Wirtschaftsbauten und Sonstige Anlagen (KfW Research).

Kalendereffekt aufgrund von vier zusätzlichen Arbeitstagen überzeichnet allerdings die Konjunkturdynamik im kommenden Jahr.

Die Vertrauensindikatoren suggerieren für den Euroraum einen wirtschaftlich schwachen Start in das dritte Quartal 2019. Der Economic Sentiment Indicator (ESI) sank im Juli wieder deutlich auf 102,7 Punkte, nachdem er im Mai kurzfristig noch auf 105,2 Punkte gestiegen war. Der Einkaufmanagerindex (EMI) verschlechterte sich im Juli leicht. Der Index verweilt mit aktuell 51,5 Punkten seit Jahresbeginn relativ stabil auf niedrigem Niveau. Die eingetrübte Stimmung im Euroraum ist im Juli auf Verschlechterungen in sämtlichen Sektoren, insbesondere in der Industrie, aber auch im Dienstleistungssektor zurückzuführen. Dies könnten erste Anzeichen einer Ansteckung des bis dato robusten Dienstleistungssektors durch die drastischen Produktionsrückgänge der Industrie darstellen. Einzige Ausnahme bleibt Konsumentenvertrauen, das seit Jahresbeginn stabil blieb.

Die Verbesserung am Arbeitsmarkt setzt sich – wenngleich in einem langsameren Tempo – fort und trägt positiv zur Resilienz der Konjunktur im Euroraum bei. Im Juni 2019 fiel die Arbeitslosenquote erneut und lag bei 7,5%, nur mehr um 0,2 Prozentpunkte über dem Vorkrisentief. Die Jugendarbeitslosigkeit lag im Juni bei 15,4%. In einigen wenigen Ländern wurden allerdings wieder leichte Anstiege der Arbeitslosigkeit verzeichnet, darunter in Frankreich, Portugal, Belgien und Luxemburg (je +0,1 Prozentpunkte). Die Anzahl der Beschäftigten weitete sich im zweiten Quartal 2019 langsamer aus als im vorangegangenen Quartal. Das Beschäftigungswachstum ging von 0,4% auf 0,2% im zweiten Quartal zurück. Die Resilienz des Arbeitsmarktes gegenüber dem konjunkturellen Abschwung dürfte weiterhin positive Impulse für den Konsum der privaten Haushalte liefern. Dies steht im Einklang mit dem stabilen Konsumentenvertrauen und den positiven Daten zum Realeinkommen. Das reale Pro-Kopf-Einkommen hat sich in den vergangenen Quartalen vom Tiefststand im Jahr 2018 erholt. Der Einfluss investitions- und wachstumshemmender Faktoren, wie der verhaltene Welthandel und die bestehenden Unsicherheiten, dürfte sich ins dritte Quartal 2019 fortsetzen.





Das Prognoseupdate des IWF vom Juli rechnet für den Euroraum für das Jahr 2019 mit einem Wachstum von 1,3% und mit 1,6% für 2020. Diese Einschätzung ist im Vergleich zu den Prognosen anderer Institutionen, die für 2019 mit einem Wachstum von 1,1% bis 1,2% und für 2020 mit 1,2% bis 1,4% rechnen, etwas optimistischer. Während für 2019 keine Revisionen erfolgten, wurde die Prognose für das kommende Jahr leicht hinaufrevidiert (+0,1 Prozentpunkte). Gegenüber der Frühjahresprognose wurden die Wachstumsaussichten

Deutschlands nach unten korrigiert, für Italien und Frankreich gleich belassen und für Spanien leicht hinauf revidiert. Es wird erwartet, dass das Wachstum im Euroraum im Verlauf dieses Jahres und im kommenden Jahr etwas anzieht. Dies basiert auf der Erwartung, dass sich die externe Nachfrage wieder erholen wird und temporäre, negative Faktoren, wie die Produktionsschwierigkeiten der deutschen Automobilindustrie oder die Gelbwestenproteste in Frankreich, schwinden werden. Die Prognoserisiken sind allerdings abwärtsgerichtet.

Niedrigste Inflationsrate seit Ende 2016, Inflationserwartungen gesunken

Die HVPI-Inflationsrate im Euroraum lag im Juli bei lediglich 1,0% und damit auf dem niedrigsten Niveau seit Ende 2016. Die Kerninflationsrate, die die volatilen Komponenten Energie, Lebensmittel, sowie Alkohol und Tabak nicht berücksichtigt, ging ebenso zurück und lag im Juli bei 0,9%. Einen positiven Preisdruck lieferten die Subkomponenten Lebensmittel, Alkohol und Tabak (+1,9%), sowie Dienstleistungen (+1,2%), während die Preise für Energie und nicht-energetische Industriegüter nur schwach zunahmen (+0,5% und +0,4%). Dass die Dienstleistungspreise rascher steigen als die Preise für nicht-energetische Industriegüter ist ein Muster, das bereits seit Beginn der Währungsunion 1999 zu beobachten ist - auch beispielsweise in den USA. So lag die Dienstleistungsinflation im Euroraum seit 1999 im Durchschnitt bei 1,9%, jene der Industriegüter (ohne Energie) hingegen nur bei 0,6%. Vor 2008 war die Differenz der beiden Inflationsmaße mit etwa eineinhalb Prozentpunkten größer als seit Beginn der Krise (ein Prozentpunkt). In konjunkturell guten Zeiten steigen die Preise für nicht-handelbare Dienstleistungen oftmals deutlicher an als die Preise jener Güter, die dem Preisdruck des internationalen Wettbewerbs ausgesetzt sind (handelbare Güter).

Inflationserwartungen sind eine wichtige Determinante der tatsächlichen Inflation, da Unternehmen und Haushalte die zukünftige Preisentwicklung bei wirtschaftlichen Entscheidungen berücksichtigen. Inflationserwartungen können mit marktbasierten (Marktpreise für Wertpapiere, die gegen Inflation versichern sollen z.B. durch Swap-Geschäfte) oder umfragebasierten Daten gemessen werden. Marktbasierte Inflationserwartungen haben seit Jahresbeginn abgenommen und sich auf niedrigem Niveau eingependelt. Dies suggeriert, dass die Deflationswahrscheinlichkeit zwar gering ist, aber mit anhaltend niedrigen Inflationsraten gerechnet wird. Auch die umfragebasierten Inflationserwartungen des Survey of Professional Forecasters der EZB wurden nach unten korrigiert: Im Juli lagen die Erwartungen für die 5 Jahre in der Zukunft liegende Inflationsrate bei 1,7% und damit so niedrig wie noch nie seit Bestehen dieses Indikators. Im zweiten Halbjahr 2018 lagen die Erwartungen noch bei 1,9%.

Die aktuellsten Prognosen (Mai bis Juli) rechnen für den Euroraum für das Jahr 2019 mit einer HVPI-Inflationsrate von 1,2% bis 1,3% und für 2020 mit 1,3% bis 1,5%. Die Inflationsrate bleibt damit vorerst weiterhin zu niedrig. Die EZB rechnet damit, dass angesichts hoher Kapazitätsauslastung und zunehmend angespannter Lage auf dem Arbeitsmarkt der Druck der Arbeitskosten sukzessive steigt. In der Folge sollte sich dieser Anstieg auch auf die Preisentwicklung übertragen.

In der Pressekonferenz anlässlich der jüngsten geldpolitischen Sitzung Ende Juli hat EZB-Präsident Draghi erneut betont, dass die EZB dauerhaft niedriger Inflation mit derselben Bestimmtheit entgegentreten wird, wie es bei zu hoher Inflation der Fall wäre. Entsprechend wurde das erste Mal verkündet, dass die Leitzinsen mindestens über die erste Hälfte des Jahres 2020 auf ihrem aktuellen Niveau bleiben oder niedriger ("easing bias") sein werden (Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 0%, Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität 0,25% bzw. -0,40%). In jedem Fall aber bleiben diese so lange wie erforderlich auf dem derzeitigen Niveau, um eine nachhaltige Annäherung der Inflation an das Inflationsziel

sicherzustellen. Darüber hinaus werden Tilgungsbeträge der im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten erworbenen Wertpapiere bei Fälligkeit weiterhin für längere Zeit⁵ vollumfänglich reinvestiert.

12

⁵ D.h. über den Zeitpunkt hinaus, zu dem erstmalig die Leitzinsen erhöht werden und jedenfalls so lange wie erforderlich, um günstige Liquiditätsbedingungen aufrechtzuerhalten.

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Deutliche Wachstumsverlangsamung zur Jahresmitte⁶

Konjunktur leidet unter Verschlechterung des internationalen Umfeldes

Das Wirtschaftswachstum in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) hat sich im zweiten Quartal 2019 deutlich abgeschwächt. Erste Schätzungen zeigen, dass die Wirtschaftsleistung in Polen, Bulgarien und der Slowakei nur noch rund halb so stark zunahm wie noch im ersten Quartal 2019. Mit der Ausnahme von Lettland berichteten auch alle anderen Länder der Region etwas niedrigere Wachstumszahlen. Für die Gesamtregion dürfte das reale BIP-Wachstum vor diesem Hintergrund nur noch rund 0,7% bis 0,8% (im Vergleich zum Vorquartal) betragen haben.

BIP-Wirtschaftswachstum in CESEE							
Reales Wachstum in % gegenüber dem Vorquartal							
	2018q3	2018q4	2019q1	2019q2			
Bulgarien	0.7	0.8	1.2	0.6			
Estland	0.3	2.2	0.5				
Kroatien	0.6	0.1	1.8				
Lettland	1.6	1.2	-0.1	0.8			
Litauen	0.4	1.3	1.0	0.9			
Polen	1.6	0.5	1.5	0.8			
Rumänien	1.4	0.9	1.3	1.0			
Slowakei	1.0	0.8	0.9	0.4			
Slowenien	1.3	0.8	0.8				
Tschechische Rep.	0.7	0.8	0.6	0.6			
Ungarn	1.4	1.0	1.5	1.1			
Gesamte Region	1.2	0.7	1.2				
Quelle: Eurostat.							

Vorlauf- und Vertrauensindikatoren in CESEF



Uber die Gründe für die schwächere Dynamik kann aufgrund derzeit noch fehlender detaillierter Daten keine verbindliche Auskunft gegeben werden. Die schwache Entwicklung der internationalen Nachfrage aus dem Euroraum und insbesondere aus Deutschland legt aber nahe, dass der Außenbeitrag ein bestimmender Faktor war. Wichtige kurzfristige Aktivitätsindikatoren deuten in dieselbe Richtung. So etwa das Wachstum exportorientierten) Industrieproduktion in letzten Monaten deutlich abgeschwächt und betrug im Juni durchschnittlich nur noch 2,6%. Damit setzte sich der seit Anfang 2018 zu beobachtende Trend einer schwächeren Industriekonjunktur nach einer Unterbrechung zu kurzen Jahresbeginn

Statistiken zu den Umsätzen der Industrie belegen, dass vor allem das Geschäft in Exportmärkten schlechter ausgefallen ist: Im Juni 2019 waren die Exportumsätze der Industrie das erste Mal seit Ende 2016 rückläufig. Etwas besser dürfte sich die Binnenkonjunktur entwickelt haben. Trotz einer Abschwächung nahmen die Industrieumsätze im Inland weiter zu. Auch der Einzelhandel berichtete von weiter wachsenden Umsätzen, wenngleich die Wachstumsgeschwindigkeit auch in diesem Segment abnahm (+4,5% im Juni 2019 gegenüber Juni 2018). Die Produktion im Baugewerbe wuchs im Mai 2019 (gegenüber Mai 2018) mit 10,6% robust, allerdings etwas schwächer als im Schnitt der letzten zwei Jahre.

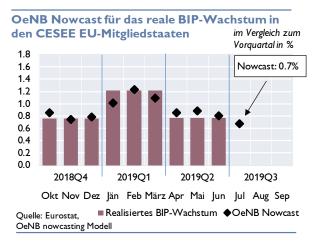
Die zu beobachtende Konjunktureintrübung ging mit einer weiteren Verschlechterung bei wichtigen Vertrauensindikatoren einher. So sank etwa der Economic Sentiment Indikator der

⁶ Autor: Josef Schreiner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

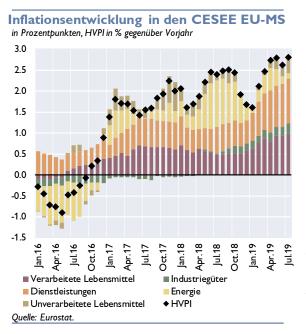
Europäischen Kommission von seinem Höchststand von über 110 Punkten Anfang 2018 auf nur noch 103,6 Punkte im Juli 2019. Das stellt den niedrigsten Wert seit Ende 2016 dar. Deutlich schlechtere Vertrauenswerte wurden vor allem aus den Bereichen der Industrie, des Einzelhandels und der Dienstleistungen berichtet. Gleichzeitig entwickelte sich das Vertrauen in der Bauwirtschaft und bei den Konsumenten weitestgehend robust. Die für Polen und die Tschechische Republik verfügbaren Einkaufsmanagerindizes (PMI) gingen im Juli 2019 weiter zurück und lagen deutlich unter der Schwelle von 50 Punkten, welche eine wirtschaftliche Expansion anzeigt. In beiden Ländern waren die PMIs damit so schwach wie seit Mitte 2009 nicht mehr.

Schwächere Wachstumsraten sind auch für das dritte Quartal 2019 zu erwarten

Der aktuelle OeNB Nowcast – ein Modell zur Abschätzung der kurzfristigen Wachstumsdynamik in der CESEE Region – deutet auf eine anhaltende Abschwächung der Konjunktur auch im dritten Quartal 2019 hin. Mit einem erwarteten durchschnittlichen Wachstum von 0,7% (im Vergleich zum Vorquartal) dürfte die Wirtschaftsleistung zwar ähnlich schnell zunehmen wie im zweiten Quartal 2019. Seit Anfang 2017 betrug das Wachstum im Durchschnitt allerdings rund 1,1%.



Preisdruck nimmt weiter zu



Seit Jahresbeginn stieg die durchschnittliche Inflationsrate in der CESEE-Region um 1,2 Prozentpunkte an und lag im Juli 2019 bei 2,8%. Das ist der höchste Wert seit Dezember 2012. Verantwortlich für diese Dynamik einerseits steigende Preise für unverarbeitete Lebensmittel. Andererseits nahm auch der Preisdruck von verarbeiteten Lebensmitteln und Dienstleistungen merklich zu. Diese beiden Komponenten trugen auch absolut gesehen am stärksten zur Teuerung bei. Vor diesem Hintergrund stieg auch die Kerninflationsrate (allgemeine Inflationsrate bereinigt um die volatilen und durch die Geldpolitik nur begrenzt steuerbaren Preise für Energie unverarbeitete Lebensmittel) deutlich an und erreichte im Juli 2019 mit durchschnittlich 2,8% den höchsten Wert seit sieben Jahren.

Darin dürfte sich nicht zuletzt die Vollauslastung der Produktionsfaktoren und die positive Produktionslücke widerspiegeln. Die Kapazitätsauslastung liegt trotz robuster Investitionstätigkeit deutlich über dem langjährigen Durchschnitt und die Arbeitslosenquote weiterhin auf einem historischen Tiefststand. Arbeitskräfteknappheit wird von knapp 40% der Unternehmen in der verarbeitenden Industrie als produktionshemmender Faktor genannt. Auf

den Arbeitsmärkten gibt es allerdings erste Anzeichen einer Entspannung. Der Mangel an Arbeitskräften nahm seit Jahresbeginn etwas ab und das durchschnittliche Wachstum (gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres) der nominellen Stundenlöhne ging von seinem Höchststand von 10,5% im dritten Quartal 2018 auf 9,2% im ersten Quartal 2019 zurück.

Österreich: Moderate Konjunkturabschwächung im Sog der internationalen Konjunktur⁷

Österreichs Wirtschaft kann sich der globalen Konjunktureintrübung nicht entziehen, die Wachstumsabschwächung fällt aber dank robuster Inlandsnachfrage moderat aus. Die Oesterreichische Nationalbank erwartet im Rahmen ihrer vierteljährlichen Kurzfristprognose für das dritte und vierte Quartal 2019 ein Wachstum des realen BIP von 0,2% bzw. 0,3% (gegenüber dem Vorquartal). Gegenüber der letzten Prognose vom Mai mussten die Wachstumserwartungen für das dritte Quartal um 0,2 Prozentpunkte zurückgenommen werden. Für das Gesamtjahr 2019 wird dennoch unverändert von einem Wachstum von 1,5% ausgegangen, da das Wachstum für den Jahresbeginn leicht nach oben revidiert wurde. Die österreichische HVPI-Inflation hat sich zwischen Mai und Juli 2019 von 1,7% auf 1,4% verringert. Für das Gesamtjahr 2019 wird ein Preisauftrieb von durchschnittlich 1,6% erwartet (2018: 2,1%).

Ergebnisse des OeNB-Konjunkturindikators vom August 2019

Die österreichische Wirtschaft hat seit einigen Monaten mit einem kräftigen Gegenwind vom internationalen Konjunkturumfeld zu kämpfen. Die Wahrscheinlichkeit eines "no deal" Brexits hat sich nach der Regierungsumbildung in London erhöht. Der Handelskonflikt zwischen den USA und China schwelt weiter. Die zukünftige (wirtschafts-) politische Ausrichtung wichtiger EU-Staaten wie Italien bleibt unsicher. Zuletzt haben auch die Sorgen um die weitere Entwicklung bei unserem wichtigsten Handelspartner Deutschland zugenommen. Die deutsche Wirtschaft ist im zweiten Quartal geschrumpft und die Vorlaufindikatoren lassen eine technische Rezession (zwei Quartale mit negativen Wachstumsraten) möglich erscheinen.

Vor diesem Hintergrund hat sich Österreichs Wirtschaft im bisherigen Jahresverlauf erfreulich robust gezeigt. Das Wachstumstempo ist in den ersten beiden Quartalen zwar zurückgegangen, lag mit 0,4% bzw. 0,3% aber über jenem des Euroraums und Deutschlands. Getragen wurde das Wirtschaftswachstum vom privaten Konsum und einer regen Bautätigkeit. In der Industrie und der Exportwirtschaft hat der globale Gegenwind hingegen schon deutliche Spuren hinterlassen.

Österreichs Industrie befindet sich bereits in einer leichten Rezession und der OeNB-Exportindikator signalisiert eine Stagnation der Güterexporte im bisherigen Jahresverlauf. Die vergleichsweise robuste Entwicklung der Dienstleistungsexporte und die breite regionale (Stichwort CESEE-Länder) und sektorale Diversifizierung wirken einer stärkeren Abkühlung der Exportkonjunktur bisher erfolgreich entgegen. Für die nächsten Monate deuten jedoch sowohl die von der Europäischen Kommission erhobenen Exporterwartungen als auch die Einschätzung der Exportauftragseingänge lt. Einkaufsmanagerindex der Bank Austria auf eine anhaltend schwache Exportdynamik hin. Auch der aktuelle OeNB Nowcast für die CESEE Region signalisiert eine deutliche Wachstumsverlangsamung auf diesem für Österreichs Exporteure wichtigen Absatzmarkt. Angesichts dieses schwierigen globalen Umfeldes blickt auch die exportorientierte österreichische Industrie einem schwierigen zweiten Halbjahr entgegen.

⁷ Autoren: Gerhard Fenz und Fritz Fritzer (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).



Die Aussichten für den von globalen Entwicklungen weitgehend abgekoppelten Bausektor bleiben hingegen äußerst günstig. Wie bereits in den letzten beiden Jahren werden die Wohnbauinvestitionen auch im Jahr 2019 kräftig ausgeweitet - getrieben von günstigen Finanzierungsmöglichkeiten, steigenden Immobilienpreisen und einer regen Nachfrage. Erst für 2020 signalisiert die Entwicklung der Baubewilligungen eine nachlassende Dynamik.

Wichtigste Konjunkturstütze bleibt der private Konsum. Die privaten Haushalte haben ihre Konsumausgaben zuletzt deutlich ausgeweitet und waren gleichzeitig in der Lage, ihre Sparquote zu erhöhen. Das lässt Spielraum für zusätzliche Konsumausgaben in der Zukunft. Kräftige Reallohnzuwächse, ein überdurchschnittliches wenn auch schwächer werdendes Beschäftigungswachstum und verzögerte Effekte der Einführung des Familienbonus tragen dazu bei, dass die Konsumenten auch in der zweiten Jahreshälfte ihre Ausgaben weiter erhöhen werden. Die Wachstumsbeiträge des privaten Konsums werden aber etwas schwächer ausfallen, da in Folge der Konjunkturabschwächung weniger neue Jobs entstehen und die Arbeitslosigkeit nicht mehr weiter zurückgehen wird.

Aufgrund der vergleichsweise stabilen Inlandsnachfrage erwartet die OeNB, dass die österreichische Wirtschaft trotz des schwierigen internationalen Umfelds im dritten und vierten Quartal mit 0,2% bzw. 0,3% nur geringfügig langsamer wächst als in der ersten Jahreshälfte. Gegenüber der letzten Prognose vom Mai mussten die Wachstumserwartungen für das dritte Quartal um 0,2 Prozentpunkte zurückgenommen werden. Für das Gesamtjahr 2019 wird dennoch unverändert von einem Wachstum von 1,5% ausgegangen, da die historischen Wachstumszahlen für das vierte Quartal 2018 und das erste Quartal 2019 leicht nach oben revidiert wurden.

Prognose für das reale Bruttoinlandsprodukt in	Österreich für das dritte und vierte Quartal 2019
(saison- und arbeitstägig bereinigte Trendreihe))

	Q1 17	Q2 17	Q3 17	Q4 17	Q1 18	Q2 18	Q3 18	Q4 18	Q1 19	Q2 19	Q3 19	Q4 19
	Veränderur	ng zum Vorqu	ıartal in %									
	+0.7	+0.7	+0.7	+0.8	+0.8	+0.6	+0.4	+0.5	+0.4	+0.3	+0.2 *	+0.3 *
	Veränderur	ng zum Vorja	hresquartal ii	n %								
	+2.5	+2.7	+2.9	+2.9	+3.0	+3.0	+2.6	+2.3	+1.9	+1.6	+1.4 *	+1.3 *
	Vorändorun	ng zum Vorja	hr in 9/	2017				2018				2019
	veranderui	ig zurri vorjai	11 111 /0	+2.7				+2.7				+1.5
*	Prognose											

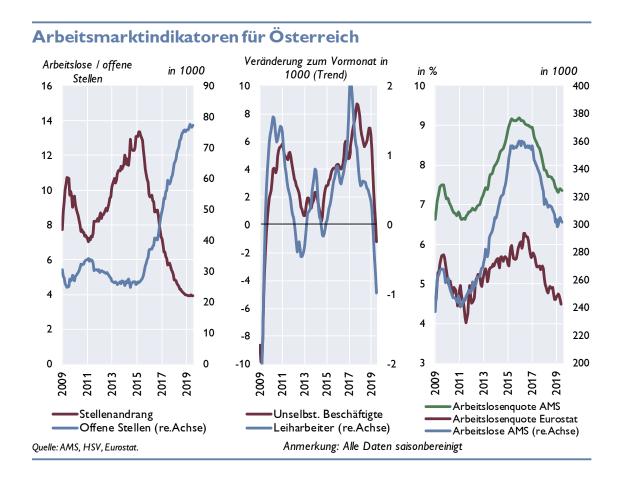
Quelle: OeNB-Konjunkturindikator August 2019, WIFO.

Die Risiken der vorliegenden Prognose sind jedoch eindeutig nach unten gerichtet. Kurzfristig können insbesondere außenwirtschaftliche Faktoren (Brexit, Handelskonflikte, italienische Regierungskrise, Gefahr einer Rezession in Deutschland) zu einer stärkeren Konjunktureintrübung in Österreich führen. Mittelfristig besteht die Gefahr, dass die Industrieund Exportschwäche stärker auf die Binnenwirtschaft und den Dienstleistungssektor durchschlägt.

Folgen der Konjunkturabkühlung zeigen sich mit zeitlicher Verzögerung am Arbeitsmarkt

Noch scheint der österreichische Arbeitsmarkt von der Konjunkturabkühlung weitgehend unberührt zu sein. Im Juli stieg die Zahl der unselbstständig Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahresmonat um fast 60.000. Die aktuellen Arbeitslosenquoten liegen nach nationaler Berechnung bei 7,4%, nach Eurostat-Berechnung bei 4,5% und damit 0,3 bzw. 0,4 Prozentpunkte niedriger als vor einem Jahr.

Doch ein Blick auf die unterjährige Dynamik zeigt, dass auch am Arbeitsmarkt der Konjunkturhöhepunkt bereits überschritten worden ist. Die Zahl der offenen Stellen ist seit Jahresbeginn kaum noch gestiegen und der Stellenandrang (Anzahl der Arbeitslosen pro offene Stelle) hat nicht mehr weiter abgenommen. Die beim AMS als arbeitslos gemeldeten Personen stagnieren saisonbereinigt seit dem Jahreswechsel bei rund 300.000. In Folge verharrt auch die saisonbereinigte Arbeitslosenquote nach nationaler Definition seit Jänner 2019 bei 7,4%. Die Arbeitslosenquote lt. Eurostat ist seit Jahresbeginn hingegen um 0,2 Prozentpunkte zurückgegangen, hat sich aber in der Vergangenheit am aktuellen Rand oft als sehr revisionsanfällig gezeigt. Zuletzt hat auch die Beschäftigungsdynamik deutlich nachgelassen. Der saisonbereinigte Trend weist für den Juli 2019 erstmals im aktuellen Konjunkturzyklus einen Rückgang der Zahl der unselbstständig Beschäftigten gegenüber dem Vormonat (Juni 2019) aus. Die Zahl der Leiharbeiter, ein guter Vorlaufindikator für den gesamten Arbeitsmarkt, ist hingegen bereits seit März 2019 rückläufig. Das signalisiert einerseits eine verhaltene Beschäftigungsdynamik in den kommenden Monaten und spiegelt andererseits die spezifische Wachstumsschwäche im Industriesektor wider, da die Mehrheit der Leiharbeiter in diesem Sektor beschäftigt ist.



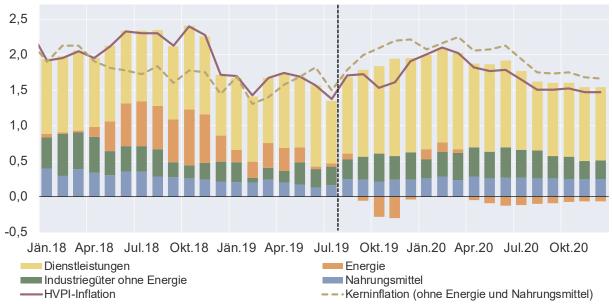
Österreichische HVPI-Inflation sinkt im Juli 2019 auf 1,4 %

Die österreichische Inflation gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) hat sich zwischen Mai und Juli 2019 von 1,7% auf 1,4% verringert. Im selben Zeitraum bildete sich zwar auch die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) zurück, lag mit 1,5% im Juli 2019 aber über der Gesamtinflationsrate. Ausschlaggebend für den Rückgang der HVPI-Inflation waren rückläufige Preissteigerung für Energie auf Grund der sinkenden Rohölpreise und die geringere Teuerung bei einigen volatilen Dienstleistungspreisen (vor allem Flugtickets und Pauschalreisen).

Die HVPI-Inflationsrate sollte sich im Jahr 2019 auf durchschnittlich 1,6% abschwächen (2018: 2,1%). Auch in den beiden Folgejahren wird mit 1,7% eine nur unwesentlich höhere Teuerungsrate erwartet. Gegenüber 2018 liegt die HVPI-Inflationsrate um ½ Prozentpunkt niedriger, was vor allem auf der niedrigen Inflationsrate für Energie beruht. Dies überlagert den anhaltend hohen Lohndruck sowie die robuste heimische Nachfrage, die sich erst ab 2020 abschwächen sollten. Entsprechend sollte die ohne Energie und Nahrungsmittel gerechnete Kerninflationsrate im Jahr 2019 1,8% betragen sowie im Jahr 2020 auf 2,0% ansteigen. Infolge der Konjunkturabschwächung wird die Kerninflationsrate im Jahr 2021 auf 1,9 % sinken.

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation und Kerninflation

Inflationsraten in % (Veränderung zum Vorjahr); Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quelle: Statistik Austria, OeNB. Prognose: August 2019 bis Dezember 2020.

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats⁸

EZB-Rat am 25. Juli 2019

Auf Grundlage der regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat am 25. Juli 2019 beschlossen, die Leitzinsen der EZB unverändert zu belassen. Wir gehen davon aus, dass die Leitzinsen der EZB mindestens über die erste Hälfte des Jahres 2020 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, um eine fortgesetzte nachhaltige Annäherung der Inflation an unser Ziel auf mittlere Sicht sicherzustellen.

Wir beabsichtigen, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten erworbenen Wertpapiere für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem wir mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnen, und in jedem Fall so lange wie erforderlich bei Fälligkeit weiterhin vollumfänglich wieder anzulegen, um günstige Liquiditätsbedingungen und eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung aufrechtzuerhalten.

Der EZB-Rat betonte zudem die Notwendigkeit eines äußerst akkommodierenden geldpolitischen Kurses für einen längeren Zeitraum, da sich sowohl die tatsächlichen als auch die projizierten Inflationsraten kontinuierlich unter einem Niveau befinden, dass mit seinem Ziel vereinbar ist. Sollten die mittelfristigen Inflationsaussichten weiterhin hinter unserem Ziel zurückbleiben, ist der EZB-Rat dementsprechend entschlossen, im Einklang mit seiner Verpflichtung auf die Symmetrie des Inflationsziels zu handeln. Er ist daher bereit, all seine Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Inflation auf nachhaltige Weise auf sein Ziel zubewegt.

In diesem Zusammenhang haben wir die entsprechenden Ausschüsse des Eurosystems mit der Überprüfung von Optionen beauftragt, darunter Möglichkeiten zur Stärkung unserer Forward Guidance zu den Leitzinsen, Ausgleichsmaβnahmen wie die Entwicklung eines gestaffelten Systems bei der Verzinsung der Reserveguthaben und Optionen hinsichtlich des Umfangs und der Zusammensetzung möglicher neuer Nettoankäufe von Vermögenswerten.

Die seit der letzten Sitzung des EZB-Rats Anfang Juni neu verfügbaren Daten deuten darauf hin, dass die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft zwar weiterhin durch den anhaltenden Beschäftigungszuwachs und steigende Löhne gestützt werden, der Ausblick für den Euroraum aber nach wie vor durch eine nachlassende globale Wachstumsdynamik und einen schwachen Welthandel belastet wird. Darüber hinaus wird das Konjunkturklima, insbesondere im verarbeitenden Gewerbe, durch die länger anhaltenden Unsicherheiten im Zusammenhang mit geopolitischen Faktoren, der zunehmenden Gefahr von Protektionismus und Anfälligkeiten in den aufstrebenden Volkswirtschaften gedämpft. In diesem Umfeld bleibt der Inflationsdruck verhalten und die Indikatoren der Inflationserwartungen sind zurückgegangen. Es bedarf daher nach wie vor umfangreicher geldpolitischer Impulse, damit die Finanzierungsbedingungen sehr günstig bleiben und das Wachstum im Euroraum, den kontinuierlichen Aufbau eines binnenwirtschaftlichen Preisdrucks und damit die Entwicklung der Gesamtinflation mittelfristig unterstützen.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der wirtschaftlichen Analyse zu beginnen. Nach einem Anstieg von 0,2% im vierten Quartal 2018 erhöhte sich das reale BIP des Euro-Währungsgebiets im ersten Jahresviertel 2019 um 0,4% gegenüber dem Vorquartal. Die aktuellen

21

⁸ Der Bericht ist die gekürzte Version der einleitenden Bemerkungen des EZB-Präsidenten nach dem EZB-Rat, die sowohl in englischer als auch in deutscher Sprache im Internet verfügbar sind: http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2019/html/index.en.html.

Wirtschaftsdaten und Umfrageergebnisse deuten weiterhin auf ein etwas langsameres Wachstum im zweiten und dritten Quartal des laufenden Jahres hin. Dies spiegelt in erster Linie die fortdauernde Schwäche im internationalen Handel in einem Umfeld länger anhaltender globaler Unsicherheiten wider, die vor allem das verarbeitende Gewerbe im Eurogebiet beeinträchtigen. Die Konjunktur im Dienstleistungssektor und im Baugewerbe entwickelt sich unterdessen solide, und die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessert sich weiter. Das Wachstum im Eurogebiet wird auch künftig von den günstigen Finanzierungsbedingungen, erneuten Beschäftigungszuwächsen und steigenden Löhnen, dem leicht expansiven finanzpolitischen Kurs im Euroraum und dem anhaltenden, wenn auch etwas schwächeren, weltweiten Wirtschaftswachstum getragen.

Angesichts der länger anhaltenden Unsicherheiten im Zusammenhang mit geopolitischen Faktoren, der zunehmenden Gefahr von Protektionismus und Anfälligkeiten in den aufstrebenden Volkswirtschaften überwiegen mit Blick auf die Wachstumsaussichten des Euroraums weiterhin die Abwärtsrisiken.

Die am HVPI gemessene jährliche Teuerung im Eurogebiet stieg im Juni 2019 auf 1,3% nach 1,2% im Vormonat, da der geringere Anstieg der Energiepreise von der höheren HVPI-Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie mehr als ausgeglichen wurde. Ausgehend von den aktuellen Terminpreisen für Öl dürfte die Gesamtinflation in den kommenden Monaten zurückgehen, bevor sie gegen Ende des Jahres wieder anzieht. Die Messgrößen der zugrunde liegenden Inflation entwickeln sich ungeachtet der jüngsten Volatilität, die temporären Faktoren geschuldet ist, weiterhin insgesamt verhalten. Die Indikatoren für die Inflationserwartungen sind zurückgegangen. Obwohl der Arbeitskostendruck vor dem Hintergrund einer hohen Kapazitätsauslastung und einer zunehmend angespannten Lage an den Arbeitsmärkten an Stärke und Breite gewonnen hat, wirkt der Kostendruck langsamer auf die Inflation durch als bisher erwartet. Getragen von unseren geldpolitischen Maßnahmen, dem anhaltenden Konjunkturaufschwung und dem stärkeren Lohnwachstum dürfte die zugrunde liegende Inflation auf mittlere Sicht zunehmen.

Was die monetäre Analyse betrifft, lag das Wachstum der weit gefassten Geldmenge (M3) im Juni 2019 bei 4,5%, verglichen mit 4,8% im Vormonat. Das anhaltende Wachstum ist auf die fortdauernde Bankkreditvergabe an den privaten Sektor und die geringen Opportunitätskosten für das Halten von Komponenten der Geldmenge M3 zurückzuführen. Betrachtet man die einzelnen Komponenten, so leistete nach wie vor das eng gefasste Geldmengenaggregat M1 den größten Beitrag zum Anstieg der weit gefassten Geldmenge.

Die Jahreswachstumsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften war im Juni 2019 mit 3,8% unverändert. Ungeachtet einer gewissen Abschwächung gegenüber dem im September 2018 verzeichneten Höchststand ist diese Größe weiterhin robust. Die Jahreswachstumsrate der Buchkredite an private Haushalte belief sich im Juni unverändert auf 3,3%; die allmähliche Belebung setzte sich also fort. Insgesamt profitiert das Kreditwachstum nach wie vor von historisch niedrigen Bankkreditzinsen. Die Umfrage zum Kreditgeschäft im Euroraum für das zweite Quartal 2019 deutet darauf hin, dass das Kreditwachstum weiterhin von einer steigenden Nachfrage in sämtlichen Kreditkategorien gestützt wurde. Zugleich verschärften sich im zweiten Quartal angesichts von Bedenken hinsichtlich der Wirtschaftsaussichten die Kreditrichtlinien für Unternehmenskredite, während sie bei Wohnungsbaukrediten weitgehend unverändert blieben.

Unsere geldpolitischen Maßnahmen, einschließlich der bevorstehenden neuen Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (GLRG III), werden zur Wahrung der günstigen Kreditvergabebedingungen der Banken beitragen und den Zugang insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu Finanzmitteln weiter unterstützen.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die Gegenprüfung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigte, dass für eine fortgesetzte nachhaltige Annäherung der

Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2% auf mittlere Sicht weiterhin eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung erforderlich ist.

Andere Politikbereiche müssen entschlossener dazu beitragen, das längerfristige Wachstumspotenzial zu steigern und Schwachstellen abzubauen, damit unsere geldpolitischen Maßnahmen ihre volle Wirkung entfalten können. Die Umsetzung von Strukturreformen muss in den Euro-Ländern deutlich intensiviert werden, um die Produktivität und das Wachstumspotential im Euroraum zu steigern, die strukturelle Arbeitslosigkeit zu verringern und die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen. Die länderspezifischen Empfehlungen 2019 sollten als relevanter Wegweiser dienen. Was die Finanzpolitik betrifft, so stützt der leicht expansive finanzpolitische Kurs im Euroraum die Wirtschaftstätigkeit. Gleichzeitig müssen in Ländern mit hohen öffentlichen Schuldenständen nach wie vor die Finanzpolster wieder aufgestockt werden. Alle Länder sollten ihre Anstrengungen im Hinblick auf eine wachstumsfreundlichere Ausgestaltung der öffentlichen Finanzen verstärken. Außerdem ist eine im Zeitverlauf und länderübergreifend transparente und einheitliche Umsetzung des finanz- und wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens der Europäischen Union nach wie vor unerlässlich, um die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft im Eurogebiet zu stärken. Die Verbesserung der Funktionsweise der Wirtschafts- und Währungsunion ist weiterhin eine Priorität. Der EZB-Rat begrüßt die aktuellen Anstrengungen und drängt auf weitere spezifische und entschlossene Schritte zur Vollendung der Bankenunion und der Kapitalmarktunion.

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems 2018-2019

Datum der Bekanntgabe	Geldpolitische Maßnahmen
25. Juli 2019	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw0,40% zu belassen. Er führt jedoch einen "easing bias" ein, indem er ankündigt, dass die Leitzinsen der EZB mindestens über die erste Hälfte des Jahres 2020 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden. Da die mittelfristigen Inflationsaussichten weiterhin hinter ihrem Ziel zurückbleiben, hat der EZB-Rat beschlossen, die entsprechenden Ausschüsse des Eurosystems mit der Überprüfung von Optionen zu beauftragen. Darunter befinden sich die Möglichkeiten zur Stärkung der Forward Guidance zu den Leitzinsen, die Entwicklung eines gestaffelten Systems bei der Verzinsung der Reserveguthaben sowie mögliche neue Nettoankäufe von Vermögenswerten.
6. Juni 2019	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw0,40% zu belassen. Der EZB-Rat verlängert seine Forward Guidance und geht inzwischen davon aus, dass die EZB-Leitzinsen mindestens über die erste Hälfte des Jahres 2020 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden. Der EZB-Rat beabsichtigt, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten erworbenen Wertpapiere für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem er mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnt, und in jedem Fall so lange wie erforderlich bei Fälligkeit weiterhin vollumfänglich wieder anzulegen. Was die Modalitäten der neuen Serie vierteljährlicher gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (TLTROs III) betrifft, beschließt der EZB-Rat, dass der Zinssatz für die einzelnen Geschäfte auf ein Niveau von 10 Bp. über dem durchschnittlichen Zinssatz für die HRG des Eurosystems während der Laufzeit des jeweiligen TLTROs festgesetzt wird. Für Banken, deren anrechenbare Nettokreditvergabe eine Referenzgröße überschreitet, wird der Zinssatz für die TLTROs III niedriger sein und kann so niedrig sein wie der während der Laufzeit des Geschäfts geltende durchschnittliche Zinssatz für die Einlagefazilität zuzüglich 10 Bp. Für die Ausleihungen in den einzelnen der sieben Geschäfte im Rahmen der TLTROs III wird es eine Obergrenze von 10% des Bestands an anrechenbaren Krediten (Stand 28.2.2019) geben. Insgesamt können bis zu 30% (abzüglich bestehender Ausleihungen im TLTRO II) ausgeliehen werden. Vorzeitige Rückzahlungen werden nicht möglich sein.
31. Mai 2019	Die EZB hat den Spread zwischen €STR und EONIA auf Basis der Methodik berechnet, die von der Arbeitsgruppe zu risikofreien Euro-Zinssätzen empfohlen und vom European Money Market Institute (EMMI) zur Rekalibrierung der EONIA-Methodik ab dem 2. Oktober 2019 und bis zu ihrer Außerkraftsetzung durch das EMMI übernommen wird. Die EZB hat diesen Spread auf der Grundlage der im Zeitraum vom 17. April 2018 bis zum 16. April 2019 verzeichneten EONIA- und Pre-€STR-Tageswerte auf 0,085% (8,5 Basispunkte) festgesetzt.
10. April 2019	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw0,40% zu belassen. Der EZB-Rat geht zudem davon aus, dass die EZB-Leitzinsen mindestens über das Ende 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden.

14. März 2019	Die Arbeitsgruppe des privaten Sektors zu risikofreien Zinssätzen für das Euro-Währungsgebiet empfiehlt den Marktteilnehmern, bei allen Produkten und Kontrakten den EONIA schrittweise durch den €STR zu ersetzen. Zudem empfiehlt sie dem für den EONIA zuständigen Administrator, die derzeit geltende EONIA-Methodik bis Ende 2021 auf €STR plus einem Spread umzustellen, um den Marktteilnehmern ausreichend Zeit für den Übergang auf €STR einzuräumen. Schließlich schlägt sie eine Systematik zur Berechnung einer zukunftsgerichteten Termin-Zinsstrukturkurve vor, die auf €STR-Derivatemärkten basiert und als Rückfalllösung für an den EURIBOR gekoppelte Kontrakte verwendet werden könnte. Die EZB wird den €STR ab dem 2. Oktober 2019 veröffentlichen, wobei die Daten die Handelsaktivität vom 1. Oktober 2019 widerspiegeln werden. Außerdem unterstützt die EZB den privaten Sektor bei seinen Arbeiten zur Umstellung im Referenzzinssatz dahingehend, dass sie den Spread zwischen dem €STR und dem EONIA einmalig berechnen wird. Die Berechnung wird gemäß der von der Arbeitsgruppe empfohlenen Methodik erfolgen. Der daraus resultierende Spread beruht auf den öffentlich verfügbaren EONIA- und Pre-€STR-Daten.
12. März 2019	Die EZB kommt überein, das Akronym für "Euro Short-Term Rate", also den Taggeldsatz für Ausleihungen von Banken im Euroraum, von "ESTER" in "ESTR" zu ändern. Die technischen Vorbereitungen zur Nutzung des Zinssatzes für kurzfristige Euro-Einlagen können somit beginnen.
7. März 2019	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw0,40% zu belassen. Jedoch verlängert er seine Forward Guidance und geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen mindestens über das Ende 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden. Dementsprechend verlängert sich auch der Zeitraum, in dem die Tilgungsbeträge der im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten erworbenen Wertpapiere wieder angelegt werden. Weiters einigt sich der EZB-Rat auf eine neue Reihe von vierteljährlichen gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (TLTROs III). Von September 2019 bis März 2021 werden diese Operationen mit jeweils zweijähriger Laufzeit einmal im Quartal angeboten werden. Der Zinssatz ist über die Laufzeit der einzelnen Geschäfte an den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte indexiert. Schließlich werden die Kreditgeschäfte des Eurosystems mit einer Laufzeit von einer Woche bzw. drei Monaten so lange wie erforderlich und mindestens bis zum Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode, die im März 2021 beginnt, weiterhin als Mengentender mit Vollzuteilung durchgeführt
5. März 2019	Die EZB und die Bank of England (BoE) haben beschlossen, eine unbefristete Swap- Vereinbarung zu aktivieren, wodurch die BoE in der Lage sein wird, britischen Banken auf wöchentlicher Basis Euro zu leihen. Im Tausch gegen Euro wird die EZB Pfund Sterling von der BoE erhalten. Im Rahmen dieser Vereinbarung wäre auch das Eurosystem bereit, Banken im Euroraum bei Bedarf Pfund Sterling zu leihen.
30. Jänner 2019	Ab April 2019 wird die EZB regelmäßig eine Umfrage zu den Erwartungen im Hinblick auf den geldpolitischen Kurs durchführen, um umfassende, strukturierte und systematische Informationen zu den Erwartungen der Marktteilnehmer im Hinblick auf die künftige Entwicklung wesentlicher geldpolitischer Parameter zu sammeln. Sie soll achtmal pro Jahr durchgeführt werden, wobei die Befragung auf die Termine der geldpolitischen Sitzungen des EZB-Rats abgestimmt sein wird. Die Veröffentlichung der Ergebnisse ist nach einer Pilotphase (sieben Umfragerunden) vorgesehen.

24. Jänner 2019	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00 %, 0,25 % bzw0,40 % zu belassen. Weiters geht er davon aus, dass die EZB-Leitzinsen mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden
13. Dezember 2018	Der EZB-Rat wird die Nettoankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) mit Ende Dezember 2018 beenden. Gleichzeitig beabsichtigt er, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, wenn er mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnt, und in jedem Fall so lange wie erforderlich bei Fälligkeit weiterhin vollumfänglich wieder anzulegen, um günstige Liquiditätsbedingungen und eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung aufrechtzuerhalten. Die Reinvestitionen in allen vier Teilprogrammen des APP sollen das Volumen des jeweiligen Portfolios mit Endstand Dezember 2018 aufrechterhalten. Der Bestand an Anleihen im PSPP orientiert sich am aktuellen Schlüssel für die Zeichnung des Kapitals der EZB. D.h., es wird eine graduelle Anpassung an den neuen Kapitalschlüssel stattfinden. Der Bestand an Wertpapieren in den drei anderen Teilpro-grammen orientiert sich an der jeweiligen Marktkapitalisierung. Käufe am Primär-markt sind hier (nicht jedoch beim PSPP) zulässig, sollen aber nur durchgeführt werden, wenn es notwendig ist.
3. Dezember 2018	Der neue Schlüssel für die Zeichnung des Kapitals der EZB, der ab 1. Jänner 2019 gelten wird, wurde heute bekannt gegeben. Die NZBen werden durch die Übertragung von Kapitalanteilen untereinander dafür sorgen, dass die Verteilung der Anteile dem angepassten neuen Schlüssel entsprechen wird. Insgesamt beläuft sich das gezeichnete Kapital der EZB weiterhin unverändert auf 10 825 007 069,61 EUR. Bei jeder Anpassung des Kapitalschlüssels alle fünf Jahre wird auch die Gruppeneinteilung der Zentralbankpräsidenten in Bezug auf das Rotationssystem ihrer Stimmrechte überprüft. Diese bleibt jedoch unverändert.
25. Oktober 2018	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw0,40% zu belassen. Weiters geht er davon aus, dass die EZB-Leitzinsen mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden.
13. September 2018	Der EZB-Rat beschließt, den Nettoerwerb im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme − APP) von September bis Dezember 2019 auf einen Umfang von 15 Mrd € zu reduzieren. Sofern die neu verfügbaren Daten die mittelfristigen Inflationsaussichten bestätigen, geht der EZB-Rat davon aus, dass die Nettoankäufe mit Ende Dezember 2018 beendet werden. Zudem hat heute die Arbeitsgruppe des privaten Sektors zu risikofreien Zinssätzen für das Euro-Währungsgebiet ESTER als neuen risikofreien Euro-Zinssatz empfohlen. Die Arbeitsgruppe spricht sich insbesondere dafür aus, den EONIA durch ESTER zu ersetzen. Grund hierfür ist, dass der EONIA in seiner jetzigen Form nicht länger den Kriterien der EU-Benchmark-Verordnung genügt und seine Verwendung daher ab dem 1. Januar 2020 eingeschränkt wird. Die Empfehlung der Arbeitsgruppe ist für die Marktteilnehmer nicht rechtsverbindlich. Sie bietet allerdings eine Orientierungshilfe und bildet den Marktkonsens in Bezug auf den präferierten risikofreien Euro-Zinssatz ab, auf den die Marktteilnehmer nun beginnen können umzustellen.

26. Juli 2018	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw0,40% zu belassen. Weiters geht er davon aus, dass die EZB-Leitzinsen mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden.
28. Juni 2018	Die EZB wird ab Oktober 2019 einen neuen unbesicherten Geldmarktzinssatz für Übernachtkredite in Euro von Banken im Euroraum veröffentlichen, der komplementär zum EONIA zu verstehen ist. Der neue Zinssatz wird ESTER heißen und basiert auf der Aggregation von sämtlichen Einzeltransaktionen von 52 Meldebanken. Ab Sommer 2018 werden bereits pre-ESTER Daten veröffentlicht, damit der Markt das Verhalten dieses Zinssatzes kennenlernen kann und – sollte ESTER ein neuer Benchmarkzinssatz werden – ein nahtloser Übergang ermöglicht wird.
14. Juni 2018	Der EZB-Rat wird den Nettoerwerb von Vermögenswerten im Rahmen des APP im Umfang von monatlich 30 Mrd EUR bis Ende September 2018 fortsetzen. Sofern die neu verfügbaren Daten die mittelfristigen Inflationsaussichten des EZB-Rats bestätigen, wird der Nettoerwerb von Oktober bis Ende Dezember 2018 auf monatlich 15 Mrd EUR reduziert. Danach wird der Nettoerwerb enden. Die Reinvestition der abreifenden Papiere wird für längere Zeit nach Dezember 2018 und in jedem Fall so lange wie erforderlich fortgeführt. Die EZB-Leitzinsen werden unverändert beibehalten; sie werden mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben, um sicherzustellen, dass die Inflationsentwicklung weiterhin mit den derzeitigen Erwartungen eines nachhaltigen Anpassungspfads übereinstimmt.
26. April 2018	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw0,40% zu belassen. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit und weit über den Zeithorizont des Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden.
15. März 2018	Die EZB startet einen zweiten Konsultationsprozess zur Ausgestaltung des geplanten Referenzzinssatzes für den unbesicherten Euro-Übernachtgeldmarkt. Marktteilnehmer sowie alle anderen interessierten Parteien können ihre Meinung bezüglich der dem Zinssatz zugrunde liegenden Methodik sowie zu den wesentlichen operativen und technischen Parametern einbringen.
8. März 2018 25. Jänner 2018	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw0,40% zu belassen. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit und weit über den Zeithorizont des Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden.

Quelle: EZB.

Konsolidiertes Periodenergebnis österreichischer Bankkonzerne und Einzelinstitute im ersten Quartal 2019 zurückgegangen⁹

Das konsolidierte Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen von allen in Österreich meldepflichtigen Bankkonzernen und Einzelinstituten wurde zum 1. Quartal 2019 in Höhe von insgesamt 1,6 Mrd EUR angegeben. Dies entspricht einem Rückgang um 19,4 Mio EUR (-1,2%) im Vergleich zum 1. Quartal 2018. Davon haben die im Rahmen des SSM direkt von der EZB beaufsichtigten Bankkonzerne mit 962,3 Mio EUR ein um 83,2 Mio EUR (-8,0%) schlechteres Periodenergebnis erwirtschaftet.

Tabelle1

Konsolidierte Ertragslage der österreichischen Bankkonzerne und Einzelinstitute

	2019-Q1	2018-Q1	Differenz	
	in Mio EUR	in Mio EUR	absolut	relativ
ZINSERGEBNIS, NETTO	3.815	3.716	99	2,7%
+ PROVISIONSERGEBNIS, NETTO + Handelserfolg ¹	1.731 158	1.777 160	-47 -2	-2,6% -1.3%
+ Dividendenerträge	75	42	33	78,9%
+ Sonstiges betriebliches Ergebnis	14	-72	86	119,2%
= <u>BETRIEBSERTRÄGE, NETTO</u>	5.792	5.623	169	3,0%
- (Verwaltungsaufwendungen)	3.608	3.657	-49	-1,3%
(Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen	440	0.44	170	70.50/
 Vermögenswerten inkl. Firmenwert, Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und Beteiligungen) 	410	241	170	70,5%
= <u>BETRIEBSERGEBNIS</u>	1.774	1.726	47	2,8%
(Saldo aus Wertberichtigungen, Wertminderungen/Wertaufholungen				
sowie Rückstellungen für das Kreditrisiko)	-45	-137	93	67,5%
- (Sonstige Rückstellungen)	-48	3	-50	-1890,4%
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, + Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind	247	312	-65	-21,0%
+ Sonstiger Saldo in Summe	2	-6	8	131,3%
= PERIODENERGEBNIS VOR STEUERN UND MINDERHEITENANTEILEN	2.114	2.167	-53	-2,4%
- (Ertragssteuern)	350	388	-38	-9,8%
+ Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust nach Steuern für UGB/BWG Melder	1	0	0	29,3%
+ Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern	1	-1	2	262,0%
- (Minderheitenanteile)	143	137	6	4,7%
= <u>PERIODENERGEBNIS NACH STEUERN UND</u> <u>MINDERHEITENANTEILEN</u>	1.623	1.643	-19	-1,2%

Quelle: OeNB.

Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten netto + Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP + Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto

Datenstand: 19.06.2019

Der Rückgang des konsolidierten Periodenergebnisses nach Steuern und Minderheitenanteilen ist vor allem auf die Abschreibungen von Sachanlagen, immateriellem Vermögen und Beteiligungen (+169,6 Mio EUR) sowie den Saldo aus Wertberichtigungen,

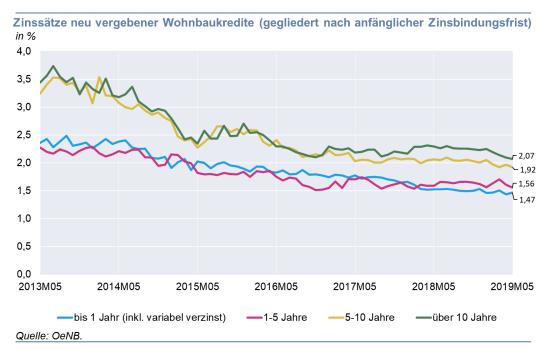
⁹ Autoren: Stefan Kinschner, Norbert Ernst (Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen)

Wertminderungen/Wertaufholungen sowie Rückstellungen für das Kreditrisiko (+92,8 Mio EUR) zurückzuführen. Ergebnisverschlechternd wirkte sich zudem das Ergebnis aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen (-65,4 Mio EUR) aus. Ergebnisverbessernd zeigten sich hingegen das Zinsergebnis (+98,9 Mio EUR) sowie das Ergebnis aus nicht zum Handelsbestand gehörenden finanziellen Vermögenswerten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind (+93,0 Mio EUR).

Historischer Tiefstand bei Neugeschäfts-Zinssätzen für Wohnbaukredite¹⁰

Die Zinskonditionen für neu vergebene Wohnbaukredite erreichten im Mai 2019 in Österreich mit 1,71% einen neuen historischen Tiefststand. In einzelnen Euroraum-Ländern wie zum Beispiel Frankreich (1,46%) oder Deutschland (1,63%) lagen die entsprechenden Zinssätze dennoch sogar unter den Österreich-Vergleichswerten. Sehr gefragt waren im Neugeschäft weiterhin Kredite mit sehr langen anfänglichen Zinsbindungsfristen von über 10 Jahren, deren Durchschnittszinssatz in Österreich im Jahresvergleich um 23 Basispunkte (BP) auf den historischen Tiefststand von 2,07% zurückging.

Die Zinskonditionen für neu vergebene Wohnbaukredite an private Haushalte lagen in Österreich im Mai 2019 auf dem historisch geringen Wert von 1,71%. Dabei handelt es sich um einen kapitalgewichteten Durchschnittszinssatz über alle Neugeschäfts-Kategorien. Betrachtet man die Zinssätze auf Basis der anfänglichen Zinsbindung, so ist erkennbar, dass sich die Zinskonditionen für Kunden insbesondere für längerfristig fixierte Zinssätze verbesserten. Der Zinssatz für neu vergebene Wohnbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung von über 10 Jahren ging in Österreich im Jahresverlauf um 23 Basispunkte zurück und lag im Mai 2019 bei 2,07%, was ebenfalls einen historischen Tiefststand bedeutete. Der Zinsaufschlag zwischen variabel verzinsten Krediten (1,47%) und Krediten mit über 10-jähriger Zinsbindung wies damit in Österreich nur noch einen Wert von 60 Basispunkten auf. Die Nachfrage nach Krediten mit sehr langer Zinsbindung stieg in Österreich verglichen mit dem Vorjahr nicht weiter an, blieb jedoch auf sehr hohem Niveau bestehen. So lag der Anteil von Krediten mit anfänglicher Zinsbindung von über 10 Jahren am gesamten Neugeschäft von Wohnbaukrediten im Mai 2019 bei 32%, was dem Durchschnitt der letzten Monate entsprach.



¹⁰ Autor: Martin Bartmann (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken)

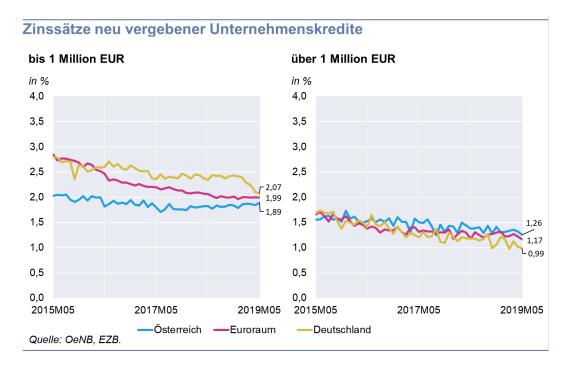
_

Im Euroraum-Durchschnitt entsprach der kapitalgewichtete Durchschnittszinssatz neu vergebener Wohnbaukredite mit 1,71% exakt dem Österreich-Vergleichswert. Betrachtet man jedoch die Detailkategorien, so zeigt sich, dass der Zinssatz in Österreich bei Krediten mit variabel verzinsten Krediten unter dem Euroraum-Durchschnitt (1,58%), jener bei Krediten mit sehr langen Zinsbindungen (über 10 Jahre) hingegen über dem Euroraum-Durchschnitt (1,74%) lag. Der geringe Zinssatz bei Krediten mit anfänglicher Zinsbindung von über 10 Jahren wurde im Euroraum vor allem von Frankreich (1,48%) und Deutschland (1,67%) beeinflusst. Verglichen mit allen anderen Euroraum-Ländern weist Frankreich mit 88% den höchsten Anteil von Krediten mit anfänglicher Zinsbindung von über 10 Jahren am gesamten Neugeschäft von Wohnbaukrediten auf.

Bei neu vergebenen Konsumkrediten kam es im Jahresvergleich in Österreich zu einem geringfügigen Rückgang der Zinssätze um 6 BP auf 5,10%. Im Euroraum lag der kapitalgewichtete Durchschnittszinssatz neu vergebener Konsumkredite mit 5,74% (-3 BP) über dem Österreich-Wert. Zinssätze über dem Euroraum-Durchschnitt wiesen in dieser Kategorie insbesondere die südlichen Euroraum-Länder wie zum Beispiel Spanien (7,48%) oder Italien (6,65%) auf.

Kreditkonditionen für Großkredite an Unternehmen nahe von historischen Tiefstständen

Beim Kreditneugeschäft an nichtfinanzielle Unternehmen waren im Jahresvergleich in Österreich bei Großkrediten über eine Million EUR rückläufige Zinssätze zu beobachten. Der kapitalgewichtete Durchschnittszinssatz für Kredite über eine Million EUR wies in Österreich im Mai 2019 1,26% auf, das entsprach einem Rückgang um 12 BP im Vergleich zum Vorjahr. Trotz der rückläufigen Entwicklung lag Österreich in dieser Kategorie über dem Euroraum-Vergleichswert, welcher im Mai 2019 mit 1,17% einen neuen historischen Tiefststand erreichte. Insbesondere Italien (0,92), Deutschland (0,99%), aber auch Luxemburg (1,01%) gehörten in dieser Kategorie zu den Euroraum-Ländern mit den niedrigsten Zinssätzen.



Bei Krediten bis eine Million EUR waren hingegen in Österreich im Jahresverlauf geringfügig höhere Zinssätze zu beobachten. Der kapitalgewichtete Durchschnittszinssatz für neu vergebene Kredite bis eine Million EUR lag im Mai 2019 um 7 BP über dem Vorjahreswert bei 1,89%, damit jedoch noch unter dem Euroraum-Durchschnitt von 1,99% (-7 BP). Verantwortlich für den höheren Zinssatz in diesem Segment war in Österreich der Anstieg in der Laufzeitenkategorie von bis zu einem Jahr, deren kapitalgewichteter Durchschnittszinssatz mit 1,90% um 52 BP höher als im Vorjahr lag. Der Zinssatz für Kredite bis eine Million EUR mit Laufzeit von über einem Jahr lag in Österreich bei 1,89% (-6 BP).

Entwicklung des Geldvermögens und der Verschuldung der privaten Haushalte im ersten Quartal 2019¹¹

Das gesamte Finanzvermögen der privaten Haushalte lag im ersten Quartal 2019 bei 676,9 Mrd EUR und war um 2,4% höher als im Vorquartal. Die Preiseffekte, die zwei Drittel des Anstiegs erklären, lagen im ersten Quartal 2019 bei 10,3 Mrd EUR, wodurch die Reduktionen vom Vorquartal von -8,9 Mrd EUR mehr als ausgeglichen wurden. Die Nettoinvestition in Finanzprodukte betrug 2,2 Mrd EUR, womit nur 14% des Anstiegs erklärt werden.

Tabelle 1

Finanzvermögen und Verbindlichkeiten der Haushalte							
	2018Q4	20190	D1	2019Q1			
	Bestände	Bestän	-	Transaktionen			
	Mrd	EUR	Anteil in %	Mrd EUR			
Bargeld	23,5	23,6	3,5	0,1			
Täglich fällige Einlagen	153,6	153,7	22,7	0,1			
Sonstige Einlagen	101,5	100,8	14,9	-0,7			
Kurzfristige Kredite	2,4	2,2	0,3	-0,2			
Langfristige Kredite	0,2	0,2	0,0	0,0			
Handelskredite	0,0	0,0	0,0	0,0			
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	1,4	1,7	0,3	0,1			
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	27,8	27,6	4,1	-0,3			
Börsennotierte Aktien	22,4	25,0	3,7	0,6			
Nicht-börsennotierte Aktien	2,8	6,4	1,0	0,0			
Investmentzertifikate	57,3	60,7	9,0	0,3			
Sonstige Anteilsrechte	122,9	123,9	18,3	0,1			
Lebensversicherungsansprüche	77,2	81,3	12,0	0,0			
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	3,4	3,0	0,4	-0,2			
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	44,8	46,0	6,8	0,0			
Ansprüche aus betrieblichen Vorsorgekassen	11,5	12,1	1,8	0,3			
Sonstige Forderungen	8,5	8,6	1,3	1,9			
Geldvermögen (Finanzvermögen)	661,2	676,9		2,2			
Wohnbaukredite	139,0	139,4	72,8	0,3			
Konsumkredite	18,0	18,2	9,5	0,2			
Sonstige Kredite	31,8	31,8	16,6	0,0			
Handelskredite	0,1	0,1	0,0	0,0			
Sonstige Verbindlichkeiten	2,8	2,0	1,0	-0,5			
Verpflichtungen	191,7	191,5		0,0			

Quelle: OeNB. Redaktionsschluss 19.7.2019.

Bargeld (23,6 Mrd EUR) und Einlagen (insgesamt 254,5 Mrd EUR) bildeten rund 41% des gesamten Geldvermögens im ersten Quartal 2019 und waren weiterhin die dominierenden Finanzierungsinstrumente im Finanzportfolio der österreichischen Haushalte. Der Bestand an verzinslichen Wertpapieren blieb im ersten Quartal 2019 relativ konstant bei 29,3 Mrd EUR.

 $^{^{11} \} Autorin: \ Erza \ Aruqaj \ (Abteilung \ Statistik - Außenwirtschaft, \ Finanzierungsrechnung \ und \ Monet \"{a}rstatistiken)$

Nach den Börsenturbulenzen im vierten Quartal 2018 konnten die privaten Haushalte im ersten Quartal 2019 von den steigenden Marktwerten profitieren. Im ersten Quartal 2019 verzeichneten private Anlegerinnen und Anleger bei börsennotierten Aktien Kursgewinne von 8,7%, womit sich der Bestand von 22,4 auf 25 Mrd EUR erhöhte. Bei Investmentzertifikaten kam es zu einem Kursgewinn von 5,7% und einem Bestandsanstieg von 57,3 Mrd EUR auf 60,7 Mrd EUR. Somit verzeichneten die Investmentzertifikate, die nur 9% am gesamten Finanzvermögen der österreichischen Haushalte ausmachen, mit 3,3 Mrd EUR die höchsten Bewertungsgewinne im ersten Quartal 2019.

Im ersten Quartal 2019 stiegen die Kreditverbindlichkeiten der privaten Haushalte um 0,6 Mrd EUR auf 189,4 Mrd EUR. Die gesamten Verpflichtungen (inklusive Handelskredite und sonstige Verbindlichkeiten) lagen fast unverändert bei 191,5 Mrd EUR. Wohnbaukredite bilden mit 72,8% der Gesamtverpflichtung auch im ersten Quartal 2019 weiterhin die wichtigste Kategorie in der Verschuldung der privaten Haushalte.

Spezielle Kurzanalysen

Budgetäre Kosten der Bankenstabilisierung in Österreich¹²

Unter Berücksichtigung aller derzeit verfügbaren Informationen sind für die Republik Österreich Kosten im Zusammenhang mit dem österreichischen Bankenpaket von etwa 10 bis 11 Mrd EUR entstanden (inklusive Zinszahlungen für die gestiegene Staatsschuld bis einschließlich 2018). Diese Kosten sind im internationalen Vergleich hoch, liegen aber deutlich unter den in der Vergangenheit kolportierten Zahlen.¹³

Kosten der Bankenstützungen in Österreich im internationalen Vergleich relativ hoch

Internationale Vergleiche der Kosten von "Bankenpaketen" werden auf Basis des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG) erstellt. Diesen Daten zufolge hat Österreich eines der teuersten "Bankenpakete" in Europa zu verzeichnen. Der kumulierte Effekt dieser Maßnahmen auf das Maastricht-Budgetdefizit (inklusive Zinszahlungen für die benötigte Schuldaufnahme) belief sich von 2008 bis 2018 auf 14,4 Mrd EUR bzw. 3,7% des BIP; der Effekt auf den Maastricht-Schuldenstand 2018 betrug 20,6 Mrd EUR bzw. 5,3% des BIP. Diese Werte liegen zwar deutlich unter den europäischen "Spitzenwerten" (in Irland, Griechenland, Zypern und Slowenien liegen kumulierter Defizit- und Schuldeneffekt jeweils über 10% des BIP), aber auch deutlich über dem Euroraum-Schnitt (kumulierter Defiziteffekt von knapp 2% des BIP und Schuldeneffekt von knapp 4% des BIP).

Daten laut ESVG basieren auf administrativen Kernhaushalten und Abbaubanken

Für die Daten laut ESVG ist der Effekt auf den gesamten Sektor Staat relevant. Dieser setzt sich nicht nur aus den administrativen Kernhaushalten (Budgets von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern) zusammen, sondern es werden auch andere staatsnahe Einheiten miteinbezogen, die sich überwiegend über Steuern finanzieren und/oder nur geringe Autonomie in ihrer Entscheidungsfindung besitzen. Zu letzteren zählen grundsätzlich auch sogenannte staatliche Abbaubanken ("Bad Banks"). Dies sind Abspaltungen von restrukturierten Banken, in denen nicht werthaltige und/oder strategisch unwichtige Vermögenswerte platziert werden, die über einen bestimmten Zeitraum abgebaut werden sollen. Die in Österreich gegründeten Abbaubanken umfassen die HETA Asset Resolution AG (Bad Bank der Hypo Alpe Adria), die KA Finanz AG (Bad Bank der Kommunalkredit) sowie die immigon portfolioabbau AG (Bad Bank der Österreichischen Volksbanken AG). 14

Ein großer Teil der staatlichen Stützungsmaßnahmen der Kernhaushalte für den Bankensektor erfolgte aus dem Bundesbudget. Mit der Haushaltsrechtsreform wurde für die Erfassung dieser Maßnahmen ein eigenes Budgetkapitel geschaffen – die Untergliederung (UG) 46

36

¹² Lukas Reiss (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen) und Johannes Holler (Büro des Fiskalrates).

¹³ Dieser Beitrag aktualisiert die 2017 in einem Beitrag in den Wirtschaftspolitischen Blättern veröffentlichten Schätzungen zu den Kosten des österreichischen Bankenpakets (Holler, J. und L. Reiss. 2017. Das österreichische Bankenpaket und die Staatsfinanzen. Wirtschaftspolitische Blätter 2/2017, 251-271).

¹⁴ Ebenfalls in den Staat klassifiziert wurden Einheiten zur Abwicklung des Bankenpakets geschaffene zwischengeschaltete Einheiten wie FIMBAG, ABBAG und der Kärntner Ausgleichszahlungsfonds.

Quelle: Rechnungshof, BMF.

Finanzmarktstabilität. Dieses Budgetkapitel wird in der Kommunikation des BMF bezüglich der Kosten des Bankenpakets häufig herangezogen. Auszahlungen der UG 46 erfolgten vor allem für Eigenkapitalinjektionen, Haftungsinanspruchnahmen und Darlehen an Abbaubanken; die weitaus geringeren Einzahlungen der UG 46 gehen vor allem auf Rückzahlungen von gewährtem Partizipationskapital, auf Dividendenerträge aus Partizipationskapital sowie auf Haftungsentgelte zurück (Tabelle 1).

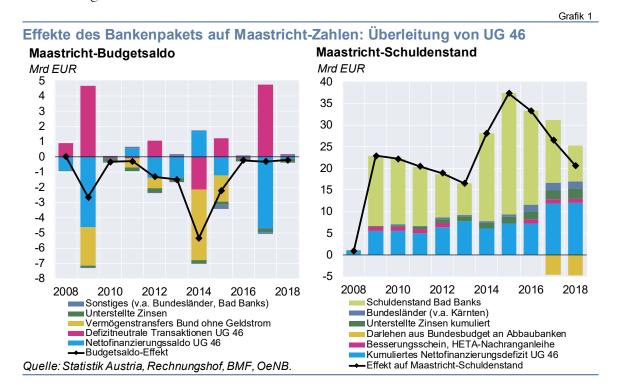
Darstellung des Bankenpakets im Finanzi	erung	shaus	halt d	es Bu	ndes (UG 46	6)				
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	Mrd. EUI	₹									
Einzahlungen	0,00	0,28	0,57	0,62	0,50	1,89	2,47	0,25	0,12	0,13	0,04
Rückzahlung Partizipationskapital	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,42	2,10	0,01	0,05	0,01	0,0
Dividenden aus Partizipationskapital	0,00	0,00	0,26	0,29	0,29	0,29	0,25	0,00	0,00	0,00	0,00
Haftungsentgelte gemäß IBSG und FinStaG	0,00	0,22	0,30	0,33	0,20	0,17	0,11	0,05	0,07	0,07	0,0
Darlehensrückzahlung KA Finanz AG	0,00	0,06	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Privatisierungserlöse	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,19	0,00	0,00	0,00
Sonstige Einzahlungen (Geldstrafen, Zinsen)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,05	0,02
Auszahlungen	0,90	4,90	0,53	0,08	1,89	3,28	0,76	1, 4 8	0,04	4,85	0,18
Partizipationskapital	0,90	4,52	0,45	0,00	0,00	0,80	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Kapitalerhöhungen	0,00	0,22	0,00	0,00	1,14	0,70	0,75	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesellschafterzuschüsse	0,00	0,09	0,08	0,08	0,61	0,60	0,00	0,20	0,00	0,00	0,0
Haftungsinanspruchnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,13	1,18	0,00	0,04	0,02	0,16	0,0
Darlehen an KA Finanz AG	0,00	0,06	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,40	0,10
Darlehen an Kärntner Ausgleichszahlungsfonds	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,28	0,00
Vorauszahlung an Freistaat Bayern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,23	0,00	0,00	0,00
Sonstige Ausz. (Gerichtsgebühren; Entgelte ABBAG, FIMBAG;	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	0,02	0,02	0,00	0,0
Nettofinanzierungssaldo UG 46 Finanzmarktstabilität	-0,90	-4,62	0,04	0,55	-1,39	-1,40	1,70	-1,22	0,07	-4,72	-0,13
Die Werte für 2008 zeigen die aus dem Bankenpaket entstande 2009-2018 exkludieren Transaktionen aus dem Unternehmensli			,	,		0 /			tsrecht. l	Die Werte	e für

Grafik 1 veranschaulicht den Zusammenhang zwischen diesen administrativen Zahlen und jenen des ESVG. Ein wichtiger Unterschied geht auf Maßnahmen der Bundesländer zurück; dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit der Hypo Alpe Adria und hier wiederum primär für das Land Kärnten¹⁵. Ein weiterer Unterschied ergibt sich daraus, dass bei der Berechnung des gesamtstaatlichen Budgetdefizits laut ESVG weder die Gewährung (bzw. Rückzahlung) werthaltiger Kredite noch die Gewährung (bzw. Rückzahlung) von Partizipationskapital an nicht verstaatlichte Banken als Ausgabe (bzw. Einnahme) des Bundes erfasst wird. Darüber hinaus gab es auch Staatsausgaben, die in der ESVG-Berechnung schlagend werden, denen aber kein direkter Geldfluss im gleichen Jahr (und daher kein Effekt in der administrativen Rechnung) zuvor gegenübersteht: So schlug sich die Herabsetzung gewährten Partizipationskapitals bei der Hypo Alpe Adria (gewährt: 2008, herabgesetzt: 2011) bzw. der ÖVAG (gewährt: 2009, herabgesetzt: 2012) im gesamtstaatlichen Defizit laut ESVG als defiziterhöhend nieder. Weiters wurden bei der Gründung der Abbaubanken KA Finanz (2009) und HETA (2014) Ausgaben für Vermögenstransfers imputiert, um erwartete spätere Staatshilfen vorweg zu erfassen. Der imputierte Vermögenstransfer bezüglich der HETA basierte auf einem von Wirtschaftstreuhändern durchgeführten Asset Quality Review (AQR), der - retrospektiv betrachtet – zu hohe Abschreibungen implizierte. 2015 erhöhte sich dieser imputierte Transfer gegenüber dem Stand von 2014, da ein 2014 vorgenommener teilweiser Schuldenschnitt der

¹⁵ Einen Grenzfall stellt eine Eigenkapitalinjektion des Landes Tirol an die landeseigene Hypo Tirol im Jahr 2012 von ca. 0,2 Mrd EUR dar (wovon etwa die Hälfte als defiziterhöhender Vermögenstransfer verbucht wurde). Diese wird auch von Statistik Austria in der "Bankenpakets"-Tabelle erfasst.

HETA als verfassungswidrig betrachtet wurde. Im Gegensatz zur Darstellung der UG 46 wird in der ESVG-basierten Darstellung der Kosten des "Bankenpakets" der Zinsaufwand für die durch die Bankenstützungsmaßnahmen gestiegene Staatsschuld erfasst. Einen Überblick über den zeitlichen Verlauf und das Ausmaß der einzelnen Kapitalmaßnahmen nach Bankengruppen sowie über die für den Maastricht-Budgetsaldo relevanten Vermögenstransfers bieten Tabellen 2 bis 5 im Anhang.

Der Gesamteffekt auf den Maastricht-Schuldenstand ergibt sich aus der Summe der Effekte auf die administrativen Defizite von Bund und Ländern (inklusive Zinszahlungen) zuzüglich der Schulden der Bad Banks. Bundeskredite an die Abbaubanken werden konsolidiert als Schulden der Bad Banks dargestellt. ¹⁶

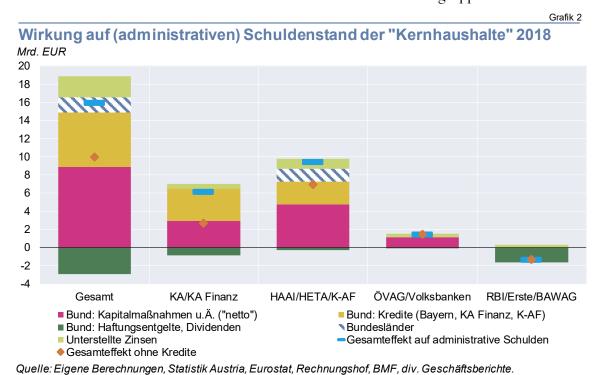


Administrative Darstellung mittlerweile aussagekräftiger als ESVG-Darstellung

Für eine Schätzung der tatsächlichen Kosten des Bankenpakets sind die ESVG-bzw. Maastricht-Zahlen nur bedingt geeignet. So überzeichnet der Effekt auf den Maastricht-Schuldenstand die Belastung gegenwärtig deutlich, da die Abbaubanken nach wie vor über erhebliche Vermögenswerte verfügen, die im Lauf der nächsten Jahre verwertet werden sollten. Gleichzeitig überschätzt auch das kumulierte Maastricht-Defizit die Kosten, weil die tatsächlichen Abschreibungen deutlich unter den zum Gründungszeitpunkt der Abbaubanken imputierten (und durch das Verfassungsgerichtshofurteil zusätzlich erhöhten) Vermögenstransfers lagen, diese Transfers in der ESVG-Verbuchung aber nicht reduziert wurden. Zudem wurde der Schuldenschnitt der HETA als defizitneutral erfasst, obwohl er für den Staat Österreich eine erhebliche Kostenreduktion bedeutete. Für eine Schätzung der tatsächlich entstandenen Kosten ist somit der gegenwärtige und zukünftige Effekt auf die administrativen Defizite aussagekräftiger. Nach erfolgter Abwicklung der Bad Banks werden deren Schulden Null betragen – der kumulierte

¹⁶ Zudem hat Statistik Austria in zwei Fällen Bundesgarantien als Schulden des Bundes verbucht, weil davon ausgegangen werden konnte, dass diese schlagend werden. Dies betraf einen Besserungsschein der KA Finanz (2009-2012) sowie eine bundesgarantierte Nachranganleihe der HETA (ab 2016).

Effekt auf die administrativen Defizite wird dann dem Effekt auf den Maastricht-Schuldenstand entsprechen. Grafik 2 zeigt die bisherige Wirkung auf die kumulierten administrativen Defizite von Bund und Bundesländern und weist diese für die einzelnen Bankengruppen aus.



Bezüglich der Kredite aus dem Bundesbudget an den Kärntner Ausgleichszahlungsfond¹⁷ und die KA Finanz¹⁸ sind umfangreiche Rückzahlungen zu erwarten; die Vorauszahlung an den Freistaat Bayern wurde im Jänner 2019 in vollem Umfang zurücküberwiesen. Werden diese Posten abgezogen ("Summe ohne Kredite" in Grafik 2), errechnet sich ein Effekt auf die Maastricht-Schuld von etwa 10 Mrd EUR, wovon ein Großteil auf die Hypo Alpe Adria und deren Rechtsnachfolger zurückgeht.

Zur Berechnung der letztlich zu erwartenden Gesamtkosten in administrativer Betrachtung müssen neben den gegenwärtigen administrativen Kosten und Einnahmen auch die zukünftig erwarteten berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang ist vor allem die 2022 schlagend werdende Garantie für eine Nachranganleihe der HETA mit Nennwert von 1 Mrd EUR zu nennen. Gleichzeitig steht dem Bund aber ein Anteil an den Liquidationserlösen der immigon¹⁹ sowie eine Tilgung des Genussrechts²⁰ bei der Volksbank Wien zu.

Insgesamt sind somit (unter Außerachtlassung zukünftiger Zinszahlungen) für den Staat Österreich – gemäß gegenwärtiger Schätzung – Kosten im Ausmaß von

_

 $^{^{17}}$ Bei der derzeit von der FMA prognostizierten Quote der HETA von etwa 86% wäre eine vollständige Rückzahlung der ausstehenden 1,3 Mrd EUR der Fall.

¹⁸ Insgesamt gewährte der Bund bisher Nachrangdarlehen an die KA Finanz von 3,5 Mrd EUR. Im Jahresfinanzbericht 2018 der KA Finanz wurden diese noch mit 3,28 Mrd EUR angesetzt (Verluste der KA Finanz führten zu einer Herabsetzung dieses Postens).

¹⁹ In der Vermögensrechnung des Bundes wurde die Beteiligung an der immigon (ca. 43%) per Ende 2018 mit 331 Mio. EUR bewertet. Zudem wird ein weiterer kleinerer Anteil (ca. 9%) von einem Treuhänder für den Bund gehalten.

²⁰ Hier waren Ende 2018 noch 225 Mio. EUR ausständig.

etwa 10 – 11 Mrd EUR entstanden. ²¹ Dies stellt zwar eine erhebliche Belastung dar; sie liegt aber deutlich unter den ausgewiesenen Kosten laut ESVG auf Basis des kumulierten Effekts auf den Maastricht-Budgetsaldo und noch deutlicher unter jenen in den Medien nach der Gründung der HETA im Jahr 2014 kolportierten Zahlen. Im Vergleich zum 2017 veröffentlichten Artikel (Holler und Reiss, 2017) ist aus heutiger Sicht infolge der höher als erwarteten Liquidationserlöse der Abbaubanken HETA und immigon von geringeren Kosten im Umfang von etwa 1 Mrd EUR auszugehen.

Anhang: Maßnahmen nach Gruppen von Banken

Tabelle 2

										1 6	abelle Z
Kapitalmaßnahmen UG 46 und Vermögenstransfers (ESVG) – Hypo Alpe Adria, HETA, K-AF											
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	Mrd. El	JR	1	'	1	'	'	'		'	
Zahlungswirksame Kapitalmaßnahmen UG 46	0.90	0.00	0.45	0.00	0.50	1.75	0.75	0.18	0.02	0.16	0.02
Partizipationskapital HAAI vor Verstaatlichung	0.90										
Partizipationskapital HAAI nach Verstaatlichung			0.45			0.80					
Kapitalerhöhungen HAAI					0.50	0.70	0.75				
Gesellschafterzuschuss HAAI						0.25					
Haftungsinanspruchnahmen HETA								0.04	0.02	0.16	0.02
Gesellschafterzuschuss HBI Bundesholding								0.20			
Privatisierung SEE-Töchter HAAI								-0.05			
Sonstige bedeutende Auszahlungen UG 46 (oh	ne Ger	ichtsge	bühren)				1.23		1.28	
Vorauszahlung an Freistaat Bayern (BayemLB; 2019 zur	ückgezal	hlt)						1.23			
Nachrangdarlehen an Kärntner Ausgleichszahlungsfonds	(erfasst	als Zusc	chuss)							1.28	
Bedeutende Auszahlungen Kärnten	0.00	0.03	0.15	0.00	0.00	0.00	0.00	0.04	1.21	0.00	0.00
Eigenkapitalinjektionen an HAAI		0.03	0.15								
Zuschuss an Kämtner Ausgleichszahlungsfonds									1.20		
Zahlungen an Pfandbriefstelle								0.04	0.01	0.00	
1.											
Vermögenstransfers (ESVG, konsolidiert¹)	0.00	0.03		0.63	0.50			1.75	0.02	0.17	0.00
Partizipationskapital HAAI nach Verstaatlichung			0.45		0.50	0.80					
Kapitalerhöhungen HAAI					0.50						
Gesellschafterzuschuss HAAI				0.63		0.25					
Herabsetzung Partizipationskapital HAAI				0.63				0.04	0.02	0.17	
Haftungsinanspruchnahmen Bund/Länder		0.03	0.15					0.04	0.02	0.17	
Zahlungen Land Kämten an HAAI Globaltransfer Gründung HETA, Aufhebung HAASanG		0.03	0.13				4.67	1.71			
GIODAILIANSIER GRUNDUNG META, AUNEDUNG MAASANG							T.07	1./ 1			

¹ Die Zahlung Kärntens an den KAF wurde als innerstaatlicher Vermögenstransfer Kärntens an den Bundessektor erfasst.

Quelle: Statistik Austria, BMF, Rechnungshof, Land Kärnten, diverse Geschäftsberichte.

²¹ Diese Rechnung exkludiert sowohl die Kosten aus höheren Risikoprämien auf österreichische Staatsanleihen am Beginn der Wirtschaftskrise als auch die Einnahmen aus der im internationalen Vergleich hohen "Bankenabgabe" (die Einnahmen aus der Stabilitätsabgabe von 2011 bis 2018 liegen bei etwa 4,3 Mrd EUR).

Nachrichtlich: Dividendenzahlungen an Bund

Quelle: Statistik Austria, BMF, Rechnungshof, diverse Geschäftsberichte.

	mögon	ctron	oforo	/EQV	(C) I	Comp	aunal	krodit	LζΛ	Einan	
Kapitalmaßnahmen UG 46 und Ver											
		1 1	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
7.1	Mrd. El		0.00	0.00	445	4.50	0.00	0.44	0.00	0.00	
Zahlungswirksame Kapitalmaßnahmen UG 46	0.00		0.08	0.08	1.13	1.53	0.00	-0.14	0.00	0.00	0.0
Gesellschafterzuschuss KA		0.03									
Kapitalerhöhung KA Kapitalerhöhung KA Finanz		0.22			0.39						
Gesellschafterzuschuss KA Finanz		0.06	0.08	0.08		0.35					
Haftungsinanspruchnahmen KA Finanz					0.13	1.18					
Privatisierung KA								-0.14			
Sonstige bedeutende Auszahlungen UG 46										3.40	0.1
Nachrangdarlehen KA Finanz (erfasst als Zuschuss)										0.99	
Nachrangdarlehen KA Finanz (erfasst als Kredit)										2.41	0.1
Vermögenstransfers (ESVG, konsolidiert)	0.00	2.56	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.0
Gesellschafterzuschuss KA		0.03									
Globaltransfer Gründung KA Finanz		2.53									
Nachrichtlich: Haftungsentgelte (Geschäftsberichte)	0.00	-0.18	-0.20	-0.18	-0.09	-0.04	-0.02	-0.03	-0.04	-0.02	-0.0
				(=0:	0)	VOIKS	banke	7 11			
	2008	1 1	2010		2012				2016	2017	2018
Zahlungsusinkaansa Kanitalna Onahusan LIC 40	Mrd. El	JR	2010	2011	2012	2013	2014	2015	'	1	
-	Mrd. El	JR 1.00		2011	2012		2014	2015	'	1	
Partizipationskapital vor Verstaatlichung	Mrd. El	JR	2010	2011	2012	2013	2014	2015	'	1	
Partizipationskapital vor Verstaatlichung Kapitalerhöhung	Mrd. El	JR 1.00	2010	2011	0.25	2013	2014	2015	'	1	-0.0
Partizipationskapital vor Verstaatlichung Kapitalerhöhung Rückzahlung Partizipationskapital/Genussrecht	Mrd. El	JR 1.00 1.00	2010	2011 0.00	0.25 0.25	0.00	0.00	- 0.01	-0.05 -0.05	-0.01 -0.01	-0.0
Zahlungswirksame Kapitalmaßnahmen UG 46 Partizipationskapital vor Verstaatlichung Kapitalerhöhung Rückzahlung Partizipationskapital/Genussrecht Vermögenstransfers des Bundessektors (ESV Herabsetzung Partizipationskapital	Mrd. El	JR 1.00 1.00	2010 0.00	2011 0.00	0.25 0.25	0.00	0.00	- 0.01	-0.05 -0.05	-0.01 -0.01	-0.0
Partizipationskapital vor Verstaatlichung Kapitalerhöhung Rückzahlung Partizipationskapital/Genussrecht Vermögenstransfers des Bundessektors (ESV	Mrd. El	JR 1.00 1.00	2010 0.00	2011 0.00	2012 0.25 0.25 0.95	0.00	0.00	- 0.01	-0.05 -0.05	-0.01 -0.01	-0.0
Partizipationskapital vor Verstaatlichung Kapitalerhöhung Rückzahlung Partizipationskapital/Genussrecht Vermögenstransfers des Bundessektors (ESV Herabsetzung Partizipationskapital	Mrd. EU	JR 1.00 1.00	2010 0.00	2011 0.00	2012 0.25 0.25 0.95 0.70	0.00	0.00	- 0.01	-0.05 -0.05	-0.01 -0.01	-0.0
Partizipationskapital vor Verstaatlichung Kapitalerhöhung Rückzahlung Partizipationskapital/Genussrecht Vermögenstransfers des Bundessektors (ESV Herabsetzung Partizipationskapital Kapitalerhöhung	Mrd. EU	JR 1.00 1.00	2010 0.00	2011 0.00	2012 0.25 0.25 0.95 0.70	0.00	0.00	- 0.01	-0.05 -0.05	-0.01 -0.01 0.00	-0.0 -0.0
Partizipationskapital vor Verstaatlichung Kapitalerhöhung Rückzahlung Partizipationskapital/Genussrecht Vermögenstransfers des Bundessektors (ESV Herabsetzung Partizipationskapital Kapitalerhöhung Quelle: Statistik Austria, BMF, Rechnungshof, diverse Ge	Mrd. El 6 0.00 G) 0.00 eschäftsber	JR 1.00 1.00 0.00 ichte.	0.00 0.00	0.00	2012 0.25 0.25 0.70 0.25	0.00	0.00	-0.01 -0.01 -0.01	-0.05 -0.05	-0.01 -0.01 0.00	-0.0
Partizipationskapital vor Verstaatlichung Kapitalerhöhung Rückzahlung Partizipationskapital/Genussrecht Vermögenstransfers des Bundessektors (ESV Herabsetzung Partizipationskapital Kapitalerhöhung	Mrd. El 6 0.00 G) 0.00 eschäftsber	JR 1.00 1.00 0.00 ichte.	0.00 0.00 0.00	0.00 0.00	2012 0.25 0.25 0.70 0.25	0.00 0.00	2014 0.00 0.00	-0.01 -0.01 0.00	-0.05 -0.05 0.00	-0.01 -0.01 0.00	-0.0 -0.0 0.0
Partizipationskapital vor Verstaatlichung Kapitalerhöhung Rückzahlung Partizipationskapital/Genussrecht Vermögenstransfers des Bundessektors (ESV Herabsetzung Partizipationskapital Kapitalerhöhung Quelle: Statistik Austria, BMF, Rechnungshof, diverse Ge	Mrd. EU 0.00 G) 0.00 eschäftsber mögen 2008	1.00 1.00 0.00 strans	0.00 0.00 0.00	0.00 0.00	2012 0.25 0.25 0.70 0.25	0.00 0.00	2014 0.00 0.00	-0.01 -0.01 0.00	-0.05 -0.05 0.00	-0.01 -0.01 0.00	-0.C
Partizipationskapital vor Verstaatlichung Kapitalerhöhung Rückzahlung Partizipationskapital/Genussrecht Vermögenstransfers des Bundessektors (ESV Herabsetzung Partizipationskapital Kapitalerhöhung Quelle: Statistik Austria, BMF, Rechnungshof, diverse Ge Kapitalmaßnahmen UG 46 und Ver	Mrd. EU O.00 G) 0.00 eschäftsber 2008 Mrd. EU	JR 1.00 1.00 1.00 sichte.	0.00 0.00 0.00	0.00 0.00 (ESV	2012 0.25 0.25 0.95 0.70 0.25 2012	0.00 0.00 0.00	2014 0.00 0.00	-0.01 -0.01 0.00 und E	-0.05 -0.05 0.00	-0.01 -0.01 0.00	-0.C -0.0 0.CC
Partizipationskapital vor Verstaatlichung Kapitalerhöhung Rückzahlung Partizipationskapital/Genussrecht Vermögenstransfers des Bundessektors (ESV Herabsetzung Partizipationskapital Kapitalerhöhung Quelle: Statistik Austria, BMF, Rechnungshof, diverse Ge	Mrd. EU O.00 G) 0.00 eschäftsber 2008 Mrd. EU	JR 1.00 1.00 1.00 sichte.	0.00 0.00 0.00	0.00 0.00 (ESV	2012 0.25 0.25 0.95 0.70 0.25 2012	0.00 0.00 0.00	0.00 0.00 RBI	2015 -0.01 -0.01 0.00 und E	-0.05 -0.05 0.00	-0.01 -0.01 0.00	-0.CC -0.0.CC -0.0.1
Partizipationskapital vor Verstaatlichung Kapitalerhöhung Rückzahlung Partizipationskapital/Genussrecht Vermögenstransfers des Bundessektors (ESV Herabsetzung Partizipationskapital Kapitalerhöhung Quelle: Statistik Austria, BMF, Rechnungshof, diverse Ge Kapitalmaßnahmen UG 46 und Ver Zahlungswirksame Kapitalmaßnahmen UG 46 Partizipationskapital Erste Group	Mrd. EU O.00 G) 0.00 eschäftsber 2008 Mrd. EU	JR 1.00 1.00 1.00 0.00	0.00 0.00 0.00	0.00 0.00 (ESV	2012 0.25 0.25 0.95 0.70 0.25 2012	0.00 0.00 0.00 Erste, 2013	0.00 0.00 RBI	2015 -0.01 -0.01 0.00 und E	-0.05 -0.05 0.00	-0.01 -0.01 0.00	-0.CC -0.0.CC -0.0.1
Partizipationskapital vor Verstaatlichung Kapitalerhöhung Rückzahlung Partizipationskapital/Genussrecht Vermögenstransfers des Bundessektors (ESV Herabsetzung Partizipationskapital Kapitalerhöhung Quelle: Statistik Austria, BMF, Rechnungshof, diverse Ge Kapitalmaßnahmen UG 46 und Ver Zahlungswirksame Kapitalmaßnahmen UG 46	Mrd. EU O.00 G) 0.00 eschäftsber 2008 Mrd. EU	JR 1.00 1.00 1.00 2.009 JR 3.52 1.22	0.00 0.00 0.00	0.00 0.00 (ESV	2012 0.25 0.25 0.95 0.70 0.25 2012	0.00 0.00 0.00 Erste, 2013	2014 0.00 0.00 RBI 2014 -2.10 -1.75	-0.01 -0.01 0.00 und E 2015 0.00	-0.05 -0.05 0.00	-0.01 -0.01 0.00	-0.CC -0.0.CC -0.0.1

-0.26 -0.29 -0.29 -0.29 -0.25

Aktueller Stand der Vorbereitungen zur künftigen Euroraum-Erweiterung: Bulgarien, Kroatien²²

Der ERM II ist ein zentrales Element im Konvergenz- und Euroraumbeitrittsprozess. Vor dem Hintergrund eines möglichen ERM II-Beitritts Bulgariens in den nächsten Monaten, sowie einer beabsichtigten ERM II-Teilnahme Kroatiens ab Mitte 2020, hat der ERM II jüngst wieder an Aktualität gewonnen.

Aufgrund des Inkrafttretens der Bankenunion mit November 2014 gilt, dass alle zukünftigen ERM II-Beitritte frühestens zeitgleich mit dem Beginn der Close Cooperation des Landes mit dem SSM (Single Supervisory Mechanism) stattfinden können.

Bulgarien stellte im Juli 2018 einen Antrag auf Close Cooperation, Kroatien im Mai 2019. Darüber hinaus gaben beide Länder sogenannte "prior commitments" betreffend wirtschaftspolitische Maßnahmen ab. In diesem Zusammenhang ist ein Comprehensive Assessment des jeweiligen Bankensektors durchzuführen (Dauer mind. 1 Jahr). Sobald dieses erfolgreich abgeschlossen ist und sämtliche "prior commitments" des Landes seitens Europäischer Kommission und EZB als erfüllt angesehen werden, kann ein Beitritt zur SSM Close Cooperation und (zeitgleich) zum ERM II erfolgen.

Anschließend ist eine Verweildauer im ERM II von mindestens zwei Jahren "ohne starke Spannungen" und "ohne Abwertung" des bilateralen Leitkurses erforderlich, bevor das Konvergenzkriterium "Stabile Wechselkurse" als erfüllt gilt. Sollten im Rahmen der Konvergenzprüfung auch sämtliche übrigen Konvergenzkriterien als in nachhaltiger Weise erfüllt gesehen werden, wäre ein Beitritt zum Euroraum frühestens mit Jänner des Folgejahres denkbar.

Kroatien etwa strebt an, eine positive Konvergenzprüfung im Frühjahr 2022 zu erzielen, sodass bei Vorliegen sämtlicher Voraussetzungen ein Euroraumbeitritt frühestens mit 1. Jänner 2023 erfolgen könnte.

Der ERM II (Exchange Rate Mechanism II) ist ein per 1. Jänner 1999 in Kraft getretenes Wechselkursabkommen zwischen EU-Mitgliedsstaaten. Die am ERM II teilnehmenden Staaten verpflichten sich, ihren Wechselkurs am Euro auszurichten. Konkret muss eine Standardschwankungsbreite von +/- 15% zur Zentralparität eingehalten werden; es kann jedoch auch eine engere Schwankungsbreite bei fortgeschrittener Konvergenz des Landes vereinbart werden. Derzeit ist nur ein einziges Land – nämlich Dänemark – ERM II-Mitglied.

Der ERM II ist auch ein zentrales Element im Konvergenz- und Euroraumbeitrittsprozess. Vor dem Hintergrund eines möglichen ERM II-Beitritts Bulgariens in den nächsten Monaten, sowie einer beabsichtigten ERM II-Teilnahme Kroatiens ab Mitte 2020, hat der ERM II jüngst wieder an Aktualität gewonnen.

Die OeNB als nationale Zentralbank des Eurosystems ist in die Prozeduren eines ERM II-Beitritts via Telekonferenz des EZB-Rates eingebunden. ERM II-Beitritte finden üblicherweise an einem Wochenende statt.

Der letzte Neubeitritt zum ERM II liegt bereits 14 Jahre zurück und erfolgte durch die Slowakei am 28. November 2005 (welche in weiterer Folge im Jahr 2009 dem Euroraum beitrat). Seit diesem letzten ERM II-Beitritt wurden, infolge der Krise, die institutionellen Rahmenbedingungen in der EU und des Euroraums grundlegend reformiert, insbesondere wurde

²² Autoren: Peter Backé (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland) und Sandra Dvorsky (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

die Bankenunion gegründet, der Einheitliche Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) ist seit November 2014 in Kraft.

Diesen Neuerungen wird gemäß Beschluss der Euroraum-Finanzminister und weiterer ERM II-Stakeholder vom 12. Juli 2018²³ nunmehr im aktuellen ERM II-Prozedere Rechnung getragen. Konkret wird ein neuer ERM II-Beitritt frühestens zeitgleich mit dem Beitritt zu SSM Close Cooperation erfolgen, das bedeutet insgesamt de facto eine wesentlich stärkere institutionelle Rolle der EZB. Der Beschluss von Juli 2018 stellt jedenfalls klar, dass eine positive Beurteilung der Voraussetzungen für SSM Close Cooperation zugleich eine Bedingung darstellt, dass das Land einen ERM II-Beitrittsantrag stellen kann.

Bulgarien – Comprehensive Assessment vorläufig abgeschlossen, weitere Maßnahmen erforderlich

Bulgarien äußerte Anfang 2018 als erstes Land nach Inkrafttreten des SSM konkrete Beitrittsambitionen zum ERM II, sodass es notwendig wurde, die geänderten institutionellen Rahmenbedingungen für die Teilnahme am ERM II auf politischer Ebene festzuhalten und somit Klarheit für sämtliche weitere ERM II-Beitritte zu schaffen. Am 12. Juli 2018 wurde ein gemeinsames Statement der Eurogruppe, des dänischen Finanzministers und Notenbankgouverneurs und des EZB-Präsidenten veröffentlicht, worin eine Einigung mit Bulgarien (Finanzminister, Gouverneur) und der Europäischen Kommission im Hinblick auf die nächsten Schritte in Richtung ERM II-Teilnahme Bulgariens festgehalten werden.

In diesem Statement ging Bulgarien insgesamt 6 sogenannte "prior commitments" in den Bereichen Bankenaufsicht, Finanzsektor und Institutionen-Qualität ein, welche zu erfüllen sind, bevor das Land offiziell dem ERM II – und zeitgleich der SSM Close Cooperation – beitreten kann. Am 18. Juli 2018 stellte Bulgarien den Antrag auf SSM Close Cooperation, in der Folge führte die EZB ein Comprehensive Assessment für 6 als signifikant eingestufte bulgarische Bankinstitute durch, wie üblich bestehend aus Asset Quality Review und Stress Test.

Die Ergebnisse dieses Comprehensive Assessment wurden am 26. Juli 2019 veröffentlicht. Demnach wurde für zwei der sechs Banken eine Kapitallücke festgestellt. Als nächster Schritt steht somit die Umsetzung der notwendigen Kapitalaufstockungsmaßnahmen an. Anschließend hat eine Prüfung dieser Rekapitalisierungen durch die EZB zu erfolgen. Weiters müssen die Europäische Kommission und die EZB eine gemeinsame Sichtweise dazu entwickeln, ob alle übrigen "prior commitments" – insbesondere die Übernahme aller rechtlichen Regelungen und deren problemlose Anwendbarkeit in der Praxis – seitens Bulgarien ebenfalls erfüllt sind. Diese Schritte werden auf jeden Fall einige Monate, möglicherweise aber auch längere Zeit erfordern. Demnach könnte – bei Vorliegen aller genannten Voraussetzungen – ein Beitritt Bulgariens zur SSM close cooperation und somit auch ein Beitritt zum ERM II frühestens im Spätherbst 2019²⁴ erfolgen.

Kroatien – Comprehensive Assessment gestartet, Ergebnisse für Mai 2020 angekündigt

Analog zur Vorgangsweise im Falle Bulgariens erfolgte am 8. Juli 2019 ein gemeinsames Statement der Eurogruppe, des dänischen Finanzministers und Notenbankgouverneurs und des

-

²³ Council of the European Union – Eurogroup. Statement on Bulgaria's path towards ERM II participation, 12. Juli 2018.

²⁴ Der bulgarische Finanzminister Vladislav Goranov äußerte beim Economic Forum in Plovdiv am 26. Juni 2019 die Hoffnung, dass ein ERM II-Beitritt bis spätestens Jahresende 2019 erfolgen könnte. Siehe https://www.bnt.bg/en/a/economic-forum-with-focus-on-western-balkans-takes-place-in-plovdivy.

EZB-Präsidenten, worin eine Einigung mit Kroatien (Finanzminister, Gouverneur) und der Europäischen Kommission im Hinblick auf die nächsten Schritte in Richtung ERM II-Teilnahme Kroatiens festgehalten werden.

Auch Kroatien geht in diesem Statement insgesamt 6 "prior commitments" ein, welche zu erfüllen sind, bevor das Land offiziell dem ERM II – und zeitgleich der SSM Close Cooperation beitreten kann. Bei vier dieser sechs "prior commitments" gibt es inhaltliche Parallelen zu Bulgarien, wie etwa der Beitrittsantrag zur Teilnahme an der SSM Close Cooperation, die Forderung nach der Schaffung eines gesetzlichen Rahmenwerks für makroprudenzielle Maßnahmen, die Stärkung von Anti-Geldwäsche-Maßnahmen sowie die verbesserte Governance für Unternehmen im Staatseigentum. Die übrigen beiden "prior commitments" sind länderspezifisch für Kroatien und betreffen Verbesserungen bei der Erhebung, Erstellung und Veröffentlichung statistischer Daten sowie die Reduktion der administrativen und finanziellen Belastungen für Unternehmer und die Liberalisierung ausgewählter Dienstleistungsberufe.

Im Hinblick auf die prozedurale Reihenfolge der gesetzten Schritte unterscheidet sich der Fall Kroatiens insofern von jenem Bulgariens, als Kroatien bereits im Vorfeld, i.e. am 27.Mai 2019, einen Antrag auf SSM Close Cooperation gestellt hat, und nicht erst wie Bulgarien einige Tage nach Veröffentlichung des Statements mit der Eurogruppe. Die EZB kündigte mittlerweile die Durchführung eines Comprehensive Assessment für fünf kroatische Bankinstitute an, wie üblich bestehend aus Asset Quality Review und Stress Test, die Ergebnisse sollen im Mai 2020 veröffentlicht werden. ²⁵

Ein weiterer Unterschied ist die Tatsache, dass Kroatien seinen "letter of intent" mit der detaillierten Beschreibung der 6 "prior commitments" veröffentlicht hat. Im Falle Bulgariens erfolgte bis heute keine Veröffentlichung der "prior commitments".

Einschätzung im Hinblick auf mögliche Schritte zur Erweiterung des Euroraums

Die für Kroatien gewählte Vorgangsweise entspricht praktisch 1:1 jenem Weg, welcher mit Bulgarien im Juli 2018 vereinbart wurde und kann somit als Anwendung des "equal treatment principle" gesehen werden. Das Statement ist somit auch ein deutliches Signal an die Adresse der übrigen Nicht-Euroraum-Mitgliedsländer, dass diese Vorgangsweise wegweisend für sämtliche weitere Euroraumbeitritte sein wird. Die im Statement vorgegebene Vorgangsweise kann als Kompromiss gesehen werden zwischen einerseits den neuen Erfordernissen im Zuge der Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion und andererseits dem Prinzip des "equal treatment", welches seit Gründung der Währungsunion einen zentralen Bestandteil bei Erweiterungen des Euroraums darstellt. ²⁶

Im Hinblick auf eine künftige Euroraumerweiterung sind folgende Schritte vorgesehen: Sobald das Comprehensive Assessment des jeweiligen Bankensektors erfolgreich abgeschlossen ist und sämtliche "prior commitments" des Landes seitens Europäischer Kommission und EZB als erfüllt angesehen werden, kann ein Beitritt zur SSM Close Cooperation und (zeitgleich) zum ERM II erfolgen. Anschließend ist laut Vorgaben gemäß Art. 140 des AEUV²⁷ eine Verweildauer im ERM II von mindestens zwei Jahren "ohne starke Spannungen" und "ohne Abwertung" des bilateralen Leitkurses erforderlich, bevor das Konvergenzkriterium "Stabile Wechselkurse" als

_

²⁵ ECB Press Release, "ECB to conduct comprehensive assessment of five Croatian banks", 7. Aug. 2019

²⁶ Backé und Dvorsky (2018)

²⁷ Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)

erfüllt gilt. Sollten im Rahmen der Konvergenzprüfung auch sämtliche übrigen Konvergenzkriterien als in nachhaltiger Weise erfüllt gesehen werden, wäre ein Beitritt zum Euroraum frühestens mit Jänner des Folgejahres denkbar. Kroatien etwa strebt an, eine positive Konvergenzprüfung im Frühjahr 2022 zu erzielen, sodass ein Euroraumbeitritt frühestens mit 1. Jänner 2023 erfolgen könnte. ²⁸

Aktuell erfüllt Bulgarien – wie die untenstehende Tabelle zeigt – alle Maastricht-Kriterien außer dem Wechselkurskriterium und dem Inflationskriterium. Der Wechselkurs des bulgarischen Lev ist zwar im Rahmen des Currency Board Arrangement gegenüber der DEM bzw. dem EUR seit 1997 stabil, jedoch ist zur Erfüllung dieses Kriteriums auch eine zweijährige Teilnahme am WKM II erforderlich. Die Inflationsrate in Bulgarien schwankt mittelfristig vergleichsweise stark. Vom dritten Quartal 2013 bis Ende 2016 verzeichnete das Land eine Deflation, danach zog die Inflation deutlich an und erreichte 2018 Werte von nahezu 4%; seit Mai ist wieder eine leichte Abschwächung des Preisauftriebs zu verzeichnen, der aber mit 2,9% im aktuellen Beobachtungszeitraum (12-Monatsdurchschnitt) deutlich über dem derzeitigen Referenzwert von 2,3% verbleibt.

Kroatien hingegen erfüllt derzeit alle Maastricht-Kriterien außer dem Wechselkurskriterium. Allerdings handelt es sich dabei nur um eine Momentaufnahme. Die makroökonomische Performance Kroatiens in den letzten Jahren ist zwar positiv, die Konvergenzprüfung, die einem Beitritt zur Währungsunion vorangeht, prüft jedoch auch die Nachhaltigkeit der Konvergenz anhand eines breiten Bündels von strukturellen und institutionellen Faktoren. Laut EU-Vertrag muss die Konvergenz in hohem Maß nachhaltig sein und somit erwarten lassen, dass ein beitretendes Land die Konvergenzkriterien nicht nur im Zeitpunkt der Aufnahme, sondern auch dauerhaft erfüllen wird. Dies ist essenziell für eine reibungslose Teilnahme an der Währungsunion.

	HVPI %	Langfristige Zinsen %	Laufende EDP*	in % d	lsaldo es BIP	Versc in % d	ntliche huldg. es BIP	Teilnahme am ERM II Ja/Nein
	8/18-7/19 vs. 8/17-	8/18-7/19		2018	2019f	2018	2019f	
	7/18							
Referenzwert	2.3	3.8						
Bulgarien	2.9	0.6	Nein	2.0	0.8	22.6	20.5	Nein
Kroatien	1.1	1.9	Nein	0.2	0.1	74.6	70.9	Nein
Tschech. Rep.	2.2	1.9	Nein	0.9	0.2	32.7	31.7	Nein
Ungarn	3.5	3.1	Nein	-2.2	-1.8	70.8	69.2	Nein
Polen	1.6	2.8	Nein	-0.4	-1.6	48.9	48.2	Nein
Rumänien	4.0	4.8	Nein	-3.0	-3.5	35.0	36.0	Nein
Schweden	2.0	0.3	Nein	0.9	0.4	38.8	34.4	Nein
Nachrichtlich:								
Euroraum	1.6	0.9		-0.5	-0.9	87.1	85.8	

^{*)} Excessive Deficit Procedure

f) Forecast

Anmerkung: Rote Werte bedeuten Nichterfüllung des Kriteriums, grüne Felder eine Erfüllung Quelle: Eurostat, Europäische Kommission (Frühjahrsprognose 2019).

²⁸ Der Gouverneur der kroatischen Notenbank, Boris Vujcic, nannte etwa Jänner 2023 als frühestmögliches Beitrittsdatum zum Euroraum, siehe Interview mit Bloomberg am 5. Juli 2019. https://www.bloomberg.com/news/articles/2019-07-05/euro-hopeful-croatia-sets-sights-on-adoption-as-early-as-2023

Literaturhinweise

Backé, P. und S. Dvorsky. The enlargement of the euro area to CESEE EU Member States: Progress to date and perspectives. In: Focus on European Economic Integration 3/18. 43-56. 2018.

Council of the European Union – Eurogroup. Statement on Bulgaria's path towards ERM II participation, 12. Juli 2018.

Council of the European Union – Eurogroup. Statement on Croatia's path towards ERM II participation, 8. Juli 2019.

ECB Press Release. ECB to conduct comprehensive assessment of five Croatian banks. 7. Aug. 2019.

Goranov, Vladislav. Rede beim Economic Forum in Plovdiv, 26. Juni 2019. https://www.bnt.bg/en/a/economic-forum-with-focus-on-western-balkans-takes-place-in-plovdiv.

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union. 2009.

Vujcic, Boris. Interview mit Bloomberg am 5.Juli 2019. https://www.bloomberg.com/news/articles/2019-07-05/euro-hopeful-croatia-sets-sights-on-adoption-as-early-as-2023.

Paket zur Bekämpfung der Geldwäsche²⁹

Mitteilung der Europäischen Kommission

Die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sind maßgeblich für die Integrität und Stabilität des Finanzsystems in der Europäischen Union. Entsprechend internationaler Standards hat die EU in der Vergangenheit einen soliden Rechtsrahmen zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung 30 eingerichtet und bereits mehrmals adjustiert. Dieser EU-Rahmen wurde von der Financial Action Task Force 31 (FATF) anerkannt. Ergänzend zu den Vorschriften zur EU-Geldwäschebekämpfung wurde die Aufsichtsfunktion der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde gestärkt.

Am 24. Juli 2019 legte die Europäische Kommission eine Mitteilung betreffend einer verbesserten Umsetzung des rechtlichen Rahmens zur Geldwäschebekämpfung und Terrorismusfinanzierung vor. In der Vergangenheit wurde der rechtliche Rahmen von den Mitgliedstaaten, der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde, den Banken und anderer Verpflichteter unterschiedlich angewendet, sodass sich potentielle Schlupflöcher und strukturelle Mängel zeigten. Unter anderem ergaben sich Mängel bei der Anwendung der Geldwäsche-Richtlinie innerhalb europäischer Banken und Bankengruppen, dem Informationsaustausch zwischen Zentralen Meldestellen (Financial Intelligence Units) der EU-Mitgliedstaaten sowie aufgrund der technologischen Entwicklung bei unregulierten Finanzprodukten, wie virtuellen Vermögenswerten. Hinzu kommen außerdem Geldwäsche-Risiken im nicht-finanziellen Sektor.

Es ist daher davon auszugehen, dass die künftige Europäische Kommission erneut Legislativvorschläge vorlegen wird, um Geldwäsche- und Terrorismusbekämpfung in der EU noch effektiver und effizienter zu gestalten.

Am 24. Juli 2019 legte die Europäische Kommission eine Mitteilung betreffend einer verbesserten Umsetzung des rechtlichen Rahmens zur Geldwäschebekämpfung und Terrorismusfinanzierung vor. In mehreren Berichten hatte die Europäische Kommission zuvor Risiken und Umsetzungsdefizite, rezente Geldwäsche-Fälle in europäischen Banken und Bankengruppen sowie den Informationsaustausch zwischen Zentralen Meldestellen für Geldwäsche-Verdachtsmeldungen (Financial Intelligence Units) analysiert. Laut Europol sollen zwischen 0,7% und 1,28% des jährlichen EU-BNP in verdächtige Finanztransaktionen involviert sein.

Risiken und Umsetzungsdefizite

Die Europäische Kommission identifizierte bei der Geldwäsche- und Terrorismusbekämpfung in der EU folgende Mängel:

_

²⁹ Autor: Robert Köck (Repräsentanz Brüssel).

³⁰ Die **Vierte Geldwäscherichtlinie** war bis Juni 2017 von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umzusetzen. Die **Fünfte Geldwäscherichtlinie** soll die Befugnisse der zentralen Meldestellen verbessern und die Transparenz der Angaben zu den wirtschaftlichen Eigentümern erhöhen. Diese Richtlinie ist bis Jänner 2020 in nationales Recht umzusetzen.

³¹ Financial Action Task Force (FATF) ist das wichtigste internationale Gremium zur Bekämpfung und Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Proliferationsfinanzierung. Die FATF gibt Empfehlungen und setzt Standards: "International Standards on Combating Money Laundering and the Financing of Terrorism & Proliferation - The FATF Recommendations". Das Gremium ist der OECD in Paris angegliedert.

- Aufsichtsversagen: ineffektive systemische Kontrolle und mangelnde Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen.
- Fehlausrichtungen zwischen Risikobereitschaft und Risikomanagement

Aus der Risikobewertung zeigen sich Schwachstellen im Besonderen:

- bei den anonymen und unregulierten Produkten, wie virtuellen Vermögenswerten
- bei der Identifizierung der wirtschaftlichen Eigentümer
- beim grenzüberschreitenden Informationsaustausch zwischen Zentralen Meldestellen der EU-Mitgliedstaaten

Die Europäische Kommission weist in ihrer Mitteilung daher darauf hin, dass die Anforderungen der Geldwäscherichtlinien unter Mitbeachtung der grenzüberschreitenden Aktivitäten unbedingt zu erfüllen sind. Die EU-Mitgliedstaaten müssen ihre Risiken besser identifizieren, einschätzen und verstehen, um daraufhin geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Die Umsetzung der Aufsichtsmaßnahmen, die von den nationalen Behörden bislang getroffen wurden, sind in Bezug auf die Schnelligkeit und Wirksamkeit sehr uneinheitlich. Die Kommission fordert daher, die Zusammenarbeit und Koordination zwischen den Aufsichtsbehörden zu verstärken. Im Besonderen obliegt es den Aufsichtsbehörden, den wirtschaftlichen Eigentümer bei den Transaktionen von Vermögenswerten zu identifizieren. Mit der Weiterentwicklung des FinTech Bereichs wird zuverlässigen Online-Identifizierungsverfahren eine hohe Bedeutung zugeordnet.

Bewertung der Geldwäsche-Risiken im nicht-finanziellen Sektor

Transaktionen mit Geldwäsche-Relevanz im nicht-finanziellen Sektor wie beispielsweise von Rechtsanwälten, Notaren, Steuerberatern, Family Offices, Immobilienoder Glückspieldienstleistern stuft die Kommission zwischen "signifikant bis sehr signifikant" ein. Schwachstelle ist sehr oft die nicht angemessene Erhebung der Identitäten der handelnden Geschäftspartner, Eigentümer und Inhaber. Dementsprechend melden die Verpflichteten kaum bis wenige verdächtige Transaktionen an die Zentralen Meldestellen (Financial Intelligence Units). Es kann dies als ein Anzeichen gesehen werden, das verdächtige Transaktionen nicht korrekt erkannt werden. Zu den neuen, risikobehafteten Sektoren zählen Profifußball, Free Ports, Beteiligung Mehrwertsteuerbetrug sowie Investor-Staatsbürgerschafts-Aufenthaltsgenehmigungen, sogenannte "goldene Pässe/Visa".

Zentrale Meldestellen für Geldwäsche-Verdachtsmeldungen (Financial Intelligence Units)

Bei der Ermittlung der Geldwäscherisiken spielen die zentralen Meldestellen (Financial Intelligence Units) in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten eine zentrale Rolle. Privatwirtschaft und Banken sind dazu aufgerufen, ihrer gesetzlichen Meldepflicht nachzukommen und verdächtige Transaktionen den zuständigen Behörden zu melden. Den Financial Intelligence Units obliegt die Entgegennahme und Analyse dieser Informationen. Eine wirksame grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Financial Intelligence Units, Bankaufsichtsbehörden sowie Polizeibehörden der EU-Mitgliedstaaten ist dabei der Schlüssel zur Bekämpfung der immer größer werdenden grenzüberschreitenden Geldwäsche-Transaktionen.

Die künftige EU-weite Zusammenschaltung der nationalen Bankkontenregister und Datenabrufsysteme mit Behördendaten³² soll einen entscheidenden Beitrag zu einer verbesserten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit leisten.

Resümee

Die Mitteilung der Europäischen Kommission zeigt eindeutige Schwachstellen bei der Umsetzung der rechtlichen Rahmenbedingungen zur Geldwäschebekämpfung durch die verschiedenen Akteure auf. Für einen reibungsloseren Informationsfluss, an dem mehrere EU-Mitgliedstaaten beteiligt sind, bedarf es einer stärkeren Koordinierung zwischen den einzelnen Zentralen Meldestellen (Financial Intelligence Units). Eine besondere Herausforderung sind die Unterschiede in nationalen gesetzlichen Regelungen sowie verschiedene Arbeitsmethoden von nationalen Geldwäsche-Aufsichtsbehörden, die einer verbesserten Koordination beispielsweise durch die Europäische Bankenaufsichtsbehörde bedürfen. Aufgrund der technologischen Entwicklung werden auf den Finanzmärkten unregulierte und anonyme Produkte, wie virtuelle Vermögenswerte, angeboten, die für Geldwäschezwecke genutzt werden können.

Es ist daher davon auszugehen, dass die künftige Europäische Kommission erneut Legislativvorschläge vorlegen wird, um Geldwäsche- und Terrorismusbekämpfung in der EU noch effektiver und effizienter zu gestalten.

Dokumente der Europäischen Kommission

Communication from the commission to the European parliament towards better implementation of the EU's anti-money laundering and countering the financing of terrorism framework; Brussels, 24.7.2019; COM(2019) 360 final.

<u>Supranational risk assessment of the money laundering and terrorist financing risks affecting the Union; Brussels;</u> 24.7.2019, COM(2019) 370 final.

Report assessing the conditions and the technical specifications and procedures for ensuring secure and efficient interconnection of central bank account registers and data retrieval systems; Brussels, 24.7.2019; COM(2019) 372 final.

Report assessing recent alleged money-laundering cases involving EU credit institutions; Brussels, 24.7.2019; COM(2019) 373 final.

Report assessing the framework for Financial Intelligence Units' (FIUs) cooperation with third countries and obstacles and opportunities to enhance cooperation between Financial Intelligence Units within the EU; Brussels, 24.7.2019; COM(2019) 371 final.

_

Europäische Strafregisterinformationssystem (ECRIS), das europäische Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS), das EU-weite Insolvenzregister (IRI), das Business Register Interconnection System (BRIS), das europäische E-Justiz-Portal zu den Grundbüchern (LRI), das e-CODEX-System (E-Justiz-Kommunikation über Online-Datenaustausch) als Beispiele genannt. Über den Datenschutz in diesem Datenverbundsystem wird lediglich ansetzweise berichtet.

Turkey: Broad-based deterioration of the economy, mounting macrofinancial risks³³

Das Wirtschaftswachstum der Türkei hat sich im Jahr 2018 auf nur mehr 2,6% verlangsamt, nachdem es im Jahr 2017 noch 7,4% betragen hatte. Die Wachstumsraten im 3. und 4. Quartal 2018 waren gegenüber dem Vorquartal sogar negativ und die Türkei war – technisch gesehen – das erste Mal seit zehn Jahren in die Rezession geschlittert.

Fiskalische Anreize im Vorfeld der Lokalwahlen am 31. März 2019 und der Wahlwiederholung in Istanbul am 23. Juni 2019 unterstützten jedoch im 1. Quartal 2019 den Privatkonsum und konnten den zuvor starken Abschwung etwas bremsen. In der Folge stieg das BIP im ersten Quartal 2019 um 1.3% gegenüber dem Vorquartal. Die Nettoexporte profitierten zwar weiterhin von der schwachen Lira, jedoch ging das Wachstum der Exporte aufgrund hoher Kapazitätsauslastung und aufgrund von Basiseffekten im ersten Halbjahr 2019 leicht zurück, während die Importe bereits seit Ende 2018 stark rückläufig waren. Das Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen blieb, wie im zweiten Halbjahr 2018, weiterhin im negativen Bereich.

Der Preisdruck war seit seinem Höchststand im Oktober 2018 von 25,2% im Jahresabstand etwas rückläufig, blieb jedoch aufgrund der andauernden Abwertung der türkischen Lira und der expansiven fiskalischen Maßnahmen stark. Im Juli 2019 betrug die Inflationsrate 16,7%. Im Juli 2019 hat die türkische Notenbank ihren Leitzins um 425bp auf 19,75% reduziert – die größte Senkung seit 17 Jahren, nachdem der Leitzinssatz seit September 2018 konstant gehalten wurde. Das Niveau der Bruttofremdwährungsreserven bleibt mit USD 75 Milliarden (11% des BIP) alarmierend niedrig.

Die Abwertung der türkischen Lira hat sich seit Oktober 2018 und im Laufe des ersten Halbjahres 2019 eingebremst. Somit verzeichnete die türkische Lira von Anfang Januar bis Mitte August 2019 einen Wertverlust gegenüber dem USD von 5,5% bzw. gegenüber dem EUR um 1,5% und stand auf 5,6 TRL/USD und 6,2 TRL/EUR. Das Risiko einer weiteren Abwertung bleibt hoch.

Das Budgetdefizit betrug 2018 2,6% des BIP und lag somit über dem Fiskalziel von 1,9%. Expansive fiskalische Maßnahmen im laufenden Jahr, gekoppelt mit einem niedrigen bzw. negativen BIP Wachstum machen eine weitere Erhöhung des Budgetdefizits sehr wahrscheinlich. Die Kosten der Refinanzierung der öffentlichen Schulden stiegen gleichzeitig stark an und verringern zusätzlich den fiskalischen Spielraum des Staates, wenngleich die öffentliche Verschuldung immer noch auf einem relativ niedrigen Stand ist (31,8% des BIP im März 2019).

Die Unternehmensverschuldung in Fremdwährung bleibt eines der wichtigsten makrofinanziellen Risiken. Der Anteil der Fremdwährungskredite an den Unternehmenskrediten lag im Mai 2019 bei 48,2% und belief sich auf 23,2% des BIP. Der rezente Anstieg der notleidenden Kredite, insbesondere im Unternehmenssektor, stellt ein weiteres makrofinanzielles Risiko dar.

Marked slowdown of economic growth in 2018 followed by some moderation in early 2019

The Turkish economy slid into recession as GDP growth in the final quarter 2018 dropped into negative territory for a second consecutive quarter. Compared to 2017, economic growth in 2018 more than halved on annual basis and stood a 2.6%. All domestic demand components contributed to the growth slowdown in the second half of 2018. Investment declined by 8.8% yoy on the back of discontinuation of a number of public projects among others. At the same time, private consumption growth declined by 4.1% yoy due to a marked slowdown of consumer credit along with steadily

50

³³ Autorin: Mariya Hake, Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland. Cut-off date: 16. August 2019.

increasing unemployment. On the external front, unlike in the first half of 2018, net exports became supportive for economic growth for the full year 2018. On the back of continuous depreciation of the Turkish lira (TRL), the recovery of the tourism sector and robust external demand (despite enduring jitters with the USA), exports shot up by 12.1% in the second half of 2018. In contrast to 2017 and in line with stagnating investment activity, real depreciation and lower private consumption, imports contracted by 20.6% yoy in the second half of 2018.

The trend somewhat changed in the first quarter of 2019 due to flurry supportive lending by state banks powering gains in industrial production and retail sales ahead of the local elections in March 2019. In addition, robust external demand supported the steady growth of exports (9.5% yoy). Accordingly, although GDP still declined on annual basis (-2.6%) in the first quarter, it edged up by 1.3% on a quarterly basis. Most recently, available high frequency indicators for April-June point towards a renewed deterioration of economic activity in the second quarter of 2019. Economic sentiment indicators for the next 3 months from May-July 2019 nosedived hinting that the slight recovery in the first quarter 2019 might have been only temporary. Business confidence indices show that business sentiments, in particular in the construction sector, are particularly negative with respect to the following 3 months, while only businesses in the services sector show signs of bottoming out.

GDP growth forecasts by major international organizations largely foresee a contraction of GDP for 2019 and a slight recovery in 2020 (see table below). Growth projections vary across available sources, indicating a substantial uncertainty surrounding the outlook for the Turkish economy. All GDP forecasts for 2019 significantly deviate from the projections in the medium-term program of the Turkish government from end-January 2019 (2019: 2.3%, 2020:3.5%).

Turkey: Projections of GDP growth		
	2019 2	Mey risks for forecast
European Commission, May-19	-2.3	policy uncertainty, fiscal slippage, realization of contingent liabilities, deterioration of bank balance sheets to a level necessitating bail-out
IMF World Economic Outlook, April-19	-2.5	2.5 sudden shifts in capital flows, fiscal slippage, geopolitical risks
EBRD, May-19	-1	deterioration in banking sector, 2.5 realization of contingent liabilities, further depreciation of TRY

Source: IMF (2019), European Commission (2019), Consensus Economics Inc., EBRD (2019)

Risks to medium-term GDP growth are tilted to the downside. Ongoing geopolitical tensions and enduring domestic political uncertainties might further worsen investor sentiments. In addition, Turkey's large gross external financing needs, high dependence on short-term capital inflows and high exposure to FX risks in the corporate sector, among others, might put additional risk to economic growth in the longer run. Further, the fiscal stance in 2019 might deteriorate due to expansionary policies, weak domestic demand and the activation of contingent liabilities.

An expansionary fiscal stance, sizable labor market deterioration

The fiscal stance remained expansionary in 2018 although some fiscal measures were discontinued as from September 2018 onwards due to, among others, high and rising inflation. On the back of temporary tax reductions, continued minimum wage subsidies, employment incentives schemes and

the Credit Guarantee Fund (CGF) loan support, the budget of the general government exceeded the budgetary target of 1.9% (as set in the New Economic Program from September 2018) and reached 2.6% of GDP. Some fiscal slippage continued to be notable also at the beginning of 2019 with nearly half of the budget target realised in the first five months of 2019. In particular, elevated subsidies for some food items, the reduction in VAT rates, the increase of the minimum wage as of 1 January 2019 by 26% ahead of the local elections on 31 March 2019 cast doubt on the feasibility of the budgetary deficit target for 2019 which was set at 2.4% of GDP.

Fiscal imbalances in 2019 are likely to deteriorate also due to planned measures announced in April. In particular, plans include the sale of Turkish government bonds predominantly to state-owned banks with the aim of strengthening their capital base. In addition, the setup and financing of two funds to take up some of the banking sector's NPLs (i.e in particular of the construction and energy sectors), although dragging longer than expected and thus putting at risk their intended financial sector stabilization function, would add on to the increase of fiscal costs. The government has announced overall costs of the planned measures to be in the tune of TRL 28 billion in 2019 (i.e USD 4.9 billion, close to 2% of 2018 GDP).

Although still on comfortable level, EU- defined gross public debt increased to 31.8% of GDP as of March 2019 and refinancing needs are close to 100%. Rising financing costs would imply also a high fiscal burden going forward. A further increase of public debt is likely as contingent liabilities are on the rise, *inter alia*, due to the expansion of state loan guarantees and heightened political uncertainty.

Since the second half of 2018, a marked deterioration of the labor market has been recorded, pushing up the overall unemployment rate (seasonally-adjusted) to 12.8% as of May 2019 – the highest reading in the past 10 years. Non-agricultural unemployment stood even higher – at 15%. The employment rate (49.3 %) remains well below the EU-28 average though (2017: 72.2%) with female employment rate slightly increasing but remaining below the alarming 35%. Youth unemployment (roughly one third of the Turkish population is below the age of 24) stood at 23.3% in May 2019 posting the largest increase on an annual basis among all categories.

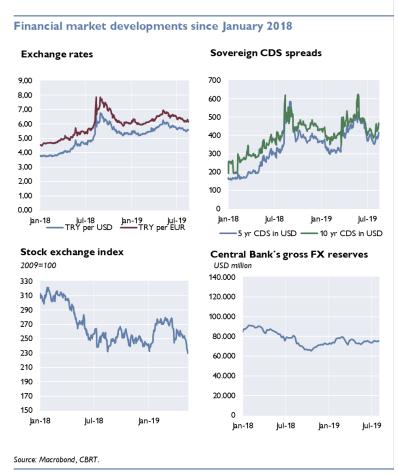
Marked narrowing of the current account deficit, but external indebtedness on the increase

External imbalances as measured by the current account developments have been on the decline since mid-2018. The current account balance turned into a small surplus in the second half of 2018 (1.1% of GDP) — the first time in the past 15 years — narrowing the full-year deficit to 3.4% of GDP in 2018 from 5.6% of GDP a year ago. What is more, the balance of the moving four quarter current account average turned into a surplus in June 2019 — also the first time in the past one and half decades. This was due to a higher services surplus and the improvement of the trade deficit on the back of the strong depreciation of the TRL and the contraction of domestic demand which weighed on imports. Risks to further trade developments are tilted to the downside.

On the financing side, net FDI inflows amounted to 1.2% of GDP in 2018, thus covering 33% of the current account deficit in that year and remained flat in the first quarter of 2019. The economy is traditionally highly reliant on more volatile capital inflows — such as portfolio inflows and loans. Although immediate financing pressures have relaxed during 2018, financing difficulties are still elevated as portfolio and other investments that mainly represent bank flows experienced net outflows in the second and third quarter in 2018. However, latest data for 2019 show an increased interest from investors with portfolio investment climbing up to 5% of GDP in the first quarter of 2019 — the highest value since 2012.

Gross external debt soared in 2018 coming up to 62% of GDP as of March 2019 (i.e. EUR 393 billion). Gross external financing needs (i.e the sum of short-term debt, amortization of medium- and long-term debt and the current account deficit) remain among the highest in emerging markets and came close to 25% of GDP in 2018. Debt rollover needs for 2019 are substantial and the ratio of short-term debt to foreign exchange reserves came close to alarming 300% in the fourth quarter of 2018, with the non-financial corporate sector accounting for the larger share of it.

In June 2019, Moody's downgraded Turkey's long-term rating from Ba3 to B1 (outlook: negative) citing risks related to the effectiveness of monetary policy, further delays in implementing core structural economic reforms and the sizable external financing needs. In July also Fitch cut Turkey's outlook to negative (BB), three notches below investment grade, reflecting the possible implications of the current jitters in the Central Bank of the Republic of Turkey (CBRT) for the effectiveness of the monetary policy, among others³⁴.



Monetary policy easing despite elevated inflationary pressures

Following a peak of 25.4% in October 2018, consumer inflation (CPI) came gradually down to 16.7% in July 2019 – clearly above the monetary policy target of 5%. The decrease of CPI was due to eased food prices and subdued domestic demand along continued depreciation of Turkish lira (TRL). Producer prices also started to slowly ease up on an annual basis compared to the peak of 46.2% in September 2018 and came down to still high 21.7% in 2019. Despite enduring July depreciation pressures, the Central Bank of the Republic of Turkey (CBRT) held back the increase of the key policy rate and kept the one-week repo rate at 24% unchanged since mid-September

2018 until recently. Surpassing market expectations, for the first time since 2016, the CBRT sharply reduced the policy rate in one step by 425bp to 19.75% on the Monetary Policy Committee meeting on 25 July, thus bringing in the biggest interest rate reduction in at least 17 years. In addition, at the end of July the CBRT cut its inflation forecast for 2019 to 13.9% from 14.6% but left next year's outlook unchanged at 8.2%. CBRT's scope of manoeuvre continued to narrow due to a rapid decrease

³⁴ With a decree published in Official Gazette on 6 July 2019, President Erdogan appointed with an immediate effect the new CBRT Governor to be Murat Uysal – previously a deputy governor of CBRT – thus effectively dismissing Murat Cetinkaya, who had occupied this position since April 2016. In addition, on 8 August at least nine senior managers of the CBRT were removed, including the CBRT chief economist: https://www.bloomberg.com/news/articles/2019-08-08/turkey-central-bank-removes-chief-economist-other-officials-jz34v7c6.

of the level of net reserves (excluding gold and deposits of commercial banks) in May to close to USD 30 bn (2 months of imports). Gross FX reserves (excluding gold) increased slightly recently and hover around USD 75 bn in August 2019 but are also very low (see chart below)^{35,36}. The pace of depreciation of the TRL slowed down in the course of 2019 despite several spikes of depreciation mostly related to the local election cycle in March and June, accordingly. Overall, TRL lost between the beginning of January and mid-August 5.5% vis-à-vis the USD and 1.5% and against the EUR, to reach 5.6 TRL/USD and 6.2 TRL/EUR (see chart). Risks for a further depreciation remain elevated³⁷.

Mounting financial stability risks

On the back of a pre-election fiscal stimulus, relaxation of lending standards for some segments and despite high inflation pressures, financial conditions have eased somewhat since the beginning of 2019. Nevertheless, overall credit growth (fx-adjusted) of the private sector started to slow down in the first half of 2019 and stagnated in June 2019 (-1.3% yoy). Domestic credit to the private sector still exceeds deposits by a sizable margin (24.2% of GDP as of mid-2019), implying a loan-to-deposit ratio of 131% as of June 2019, down from 142% as of end-2017.

While TRL-denominated loans increased since 2017 due to the loan guarantees through the CGF, the still elevated high share of foreign currency loans to the non-financial corporate sector constitutes a major risk for financial stability. The indebtedness in foreign currency of the corporate sector reached almost 50.4% of GDP in the first quarter of 2019. As of June 2019, the share of foreign currency loans in total loans amounted to the high 48.2% - thus broadly unchanged on both monthly and annual basis.

Credit risk to the private sector has been on the rise since August 2018. As of end-March 2019, the officially published NPL ratio amounted to 4% of total loans and thus edged up on quarterly basis by 1 percentage point. The NPL ratio of the non-financial corporate sector stood at 7% of total loans in the first quarter 2019. However, there are several reasons why this figure most likely does not capture the true asset quality of the Turkish banking system. In August and September, the Turkish Banking Regulation and Supervision Agency (BRSA) introduced several legislative amendments regarding the commercial code and restructuring arrangements aimed at alleviating the repayment pressure on Turkish corporate and subsequently on the banking system. In addition, BRSA undertook an asset quality review in December 2018 announcing that the NPL ratio might increase to 6% of total loans.

Overall, although the banking sector appears to have some capital buffers, there has been a declining trend in capitalization. The overall Capital Adequacy Ratio (CAR) stood at 16% as of March 2019, compared to 16.9% in the third quarter of 2018. The Tier 1 CAR declined as well and was at 12.6% as of March 2019, which is slightly above the regulatory minimum of 12%. Noteworthy, from June to December 2018 BRSA has passed supportive regulations for the CAR calculation. While these measures have helped lower the stress on Turkish banks, they have also reduced the transparency regarding the true condition of the banking sector. The profitability of the banking sector took up one

³⁵According to back of the envelope estimations by Financial Times, net FX reserves of the CBRT (i.e after subtracting swap agreements) even dipped into negative territory at the end of April 2019 due to the extensive use of currency swaps by the CBRT: https://www.ft.com/content/9718e75e-611d-11e9-b285-3acd5d43599e.

³⁶ The increase was mainly due to a currency swap in the tune of USD 1 billion between the CBRT and the Central Bank of China in June 2019.

 $^{^{37}}$ The Turkish lira depreciated again strongly following the cut-off date of this publication (16.08) losing 4% vis-àvis the USD and 4.8% against the EUR by 26 August.

of the lowest levels in the past three years mainly due to a surge of operating expenditures reflecting the increase of funding costs. The Return on Assets (ROA) of the banking sector was 1.2% and the return on equity (ROE) stood at 12.5% as of March 2019. According to an analysis by the CBRT, net interest income and non-interest income had a positive impact on the profitability development, while non-interest expenses had a large negative impact, driven by higher general provisions related to the implementation of a new accounting standard (IFRS 9).

Annex

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 13. Juni bis 21. August 2019³⁸

EU, Eurosystem, ESZB

Institution	Ereignis
Institution Eurogruppe	 Schwerpunkte Zypern – "post programme surveillance": Die Europäische Kommission (EK) und die Europäische Zentralbank (EZB) haben die Eurogruppe über die wichtigsten Ergebnisse ihrer sechsten Überwachungsmission nach Abschluss des Anpassungsprogramms in Zypern informiert, die im Frühjahr 2019 stattfand. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) berichtete über die Ergebnisse seines Frühwarnsystems und der IWF über seine dritte Überwachungsmission nach Abschluss des Anpassungsprogramms in Zypern. Die Eurogruppe schloss sich der Einschätzung von IWF und ESM an. Die Überwachung wird fortgesetzt, bis mindestens 75 % der Darlehenssumme zurückgezahlt sind. Haushaltsinstrument für Konvergenz und Wettbewerb (BICC): Die Eurogruppe einigte sich auf ein umfangreiches Eckpunktepapier ("Term-Sheet") mit BICC-Hauptelementen zu Konzeption, Implementierung und Zeitrahmen des neuen Budgetinstruments. BICC wird Teil des EU-Budgets und ist für alle Euroraum-Mitgliedstaaten (für WKM II-Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis) anwendbar. Offen sind noch Höhe und Finanzierungsquellen des BICC. ESM-Vertragsänderung: Die Eurogruppe erzielte eine grundsätzliche Übereinstimmung zur Abänderung des ESM Vertrages. Die Vertragsänderungen betreffen im Wesentlichen den zukünftigen Einsatz des ESM als "Backstop" für den SRF (Single Resolution Fund), neue Instrumente für eine vorsorgliche Finanzhilfe, die Rolle der EZB in künftigen ESM-
	Programmen sowie eine neue Organisationsstruktur des ESM. Diese Einigung ist ein wesentlicher Schritt zur Konsolidierung der Bankenunion. Eine endgültige Zustimmung zur Vertragsänderung wird bei der Eurogruppe im Dezember 2019 erwartet. Danach startet der Ratifikationsprozess in den Mitgliedstaaten.

³⁸ Autorinnen: Sylvia Gloggnitzer, Christina Lerner und Veronika Floegl (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

14. Juni 2019	ECOFIN Rat	Schwerpunkte
		 Stabilitäts- und Wachstumspakt: Das Defizitverfahren gegen Spanien wurde gemäß Art. 126 (12) AEUV eingestellt. Fortschrittsbericht zur Bankenunion: Der Bericht konzentriert sich insbesondere auf die Europäischen Einlagensicherung (EDIS), wo noch keine endgültige Einigung vorliegt. Die EK legte außerdem ihren Bericht über die Umsetzung des Aktionsplans für notleidende Kredite vor. Kapitalmarktunion: Annahme der Verordnung zur Schaffung eines europaweiten privaten Altersvorsorgeprodukts (pan-European personal pension product, PEPP) sowie Annahme des Maßnahmenpakets zum grenzüberschreitenden Vertrieb von Investmentfonds. Finanztransaktionssteuer (FTT): Aktuell wird ein Vorschlag zur Einführung einer reinen Aktienbesteuerung für Unternehmen mit einer Marktkapitalisierung von über einer Mrd. Euro nach dem Emissionsprinzip verhandelt. Unter den zehn, an der verstärkten Zusammenarbeit, teilnehmenden Mitgliedstaaten besteht ein Konsens zur Fortführung der Arbeiten zur FTT.
20. Juni 2019	ER	 Mehrjähriger Finanzrahmen (2021 – 2027): Die Arbeiten zum Mehrjährigen Finanzrahmen sind unter dem finnischen Ratsvorsitz fortzusetzen, insbesondere sind die Inhalte der Verhandlungsbox auszuarbeiten. Die Verhandlungsbox ist ein Instrument, das dazu dient, den MFR-Verhandlungsprozess zu strukturieren und zu erleichtern. Im Entwurf der Verhandlungsbox werden die Punkte zusammengefasst, bei denen die EU-Staats- und Regierungschefs höchstwahrscheinlich politische Vorgaben machen müssen. Klimawandel: Der Europäische Rat unterstrich die Wichtigkeit des Klimagipfels des Generalsekretärs der Vereinten Nationen am 23. September 2019, um das Ziel des Pariser Klima-Übereinkommens zu verwirklichen.
21. Juni 2019	Eurogipfel	Stärkung der Wirtschaft- und Währungsunion Unter den Staats- und Regierungschefs besteht ein weitgehendes Einvernehmen in Bezug auf die Überarbeitung des ESM-Vertrags und über die Einführung eines Haushaltsinstruments für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit (BICC) für das Euro-Währungsgebiet und für die WKM II-Mitglieder auf freiwilliger Basis.
30. Juni 2019	Außer- ordentlicher ER	 Der nächste Institutionelle Zyklus: Präsident des Europäischen Rates/ Präsident des Euro-Gipfels: Gewählt bzw. ernannt wurde Charles Michel für den Zeitraum 1. Dezember 2019 bis 31. Mai 2022. Präsidentin der Europäischen Kommission: Es wurde

		beschlossen, dass Ursula von der Leyen dem Europäischen Parlament (EP) als Kandidatin für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission vorgeschlagen wird. • Hoher Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik: Der Europäische Rat nominiert Josep Borrell Fontelles als Kandidaten für das Amt des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, vorbehaltlich der Zustimmung der designierten Präsidentin der Kommission. • Präsident der Europäischen Zentralbank: Der Europäische Rat einigte sich auf Christine Lagarde als Kandidatin für das Amt der EZB-Präsidentin. Die formelle Beschlussfassung erfolgt durch den ER auf der Grundlage einer Empfehlung des ECOFIN-Rates nach Anhörung des EP und des EZB-Rates.
1. Juli 2019	Rat	Finnland übernimmt den EU Ratsvorsitz Der finnische Ratsvorsitz der EU steht unter dem Motto "Ein nachhaltiges Europa – eine nachhaltige Zukunft". Die vier Prioritäten des finnischen EU-Ratsvorsitz in den nächsten sechs Monaten lauten: 1. Gemeinsame Werte und Rechtsstaatlichkeit 2. Wettbewerbsfähigkeit und sozial inklusive EU 3. Globale Führungsrolle der EU betreffend Klimaschutz 4. Umfassende Sicherheit und Schutz der BürgerInnen Finnland ist das erste Vorsitzland, das die Schwerpunkte der Strategischen Agenda 2019–2024 in die Ratsarbeit einbringt.
8. Juli 2019	Eurogruppe	 WWU-Vertiefung – Treffen im Format der EU 27: Prioritär soll weiter an der Installierung des "Eurozonen-Budgets" gearbeitet werden. Zur Vollendung der Bankenunion soll im Dezember eine "Road-Map" für politische Verhandlungen zu EDIS vorliegen. Wechselkursmechanismus II (ERM II): Kroatien verpflichtet sich in einem Schreiben zur Erfüllung von Bedingungen im Hinblick auf einen Beitritt zum ERM II und zur Bankenunion (SSM/SRB). Damit folgt Kroatien einer Vorgangsweise, die bereits 2018 mit Bulgarien vereinbart wurde.
9. Juli	ECOFIN Rat	 EZB-Präsidentin: Annahme der Empfehlung des ER vom 30. Juni zur Ernennung von Christine Lagarde als neue EZB Präsidentin. Ihre Amtszeit beginnt am 1. November 2019 und beträgt 8 Jahre. Diese Amtszeit ist nicht verlängerbar. Umsetzung des Europäischen Semesters: Annahme der länderspezifischen Empfehlungen, die von der EK auf Basis der nationalen Reformprogramme, sowie der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme erstellt wurden. Die Mitgliedsstaaten sollen ihr Wachstumspotenzial durch Modernisierung steigern

		und ihre Krisenfestigkeit erhöhen (Strukturreformen, Innovationsförderung, nachhaltige Budgetpolitik).
16. Juli 2019	EP/EK	Wahl der neuen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Das EP wählte mit 383 Stimmen (327 Gegenstimmen, 22 Enthaltungen) Ursula von der Leyen als neue Präsidentin der nächsten Europäischen Kommission. Ihr Amtsantritt ist für den 1. November 2019 vorgesehen und beträgt fünf Jahre. Ursula von der Leyen ist die erste Frau in diesem Amt. Die gewählte Präsidentin der Europäischen Kommission wird nun die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten auffordern, ihre Kandidaten für die Posten der Kommissionsmitglieder vorzuschlagen. Die Anhörungen der Kandidaten in den zuständigen Ausschüssen des Parlaments sind für den Zeitraum vom 30. Sept. bis 8. Okt. 2019 vorgesehen. Das gesamte Kollegium der Kommissare muss dann vom EP gewählt werden, voraussichtlich auf seiner Plenarsitzung vom 21. bis 24. Oktober.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

20. Juni 2019	IWF	IWF Constituency Deputies Meeting in Bratislava
		• IWF Deputy MD Furusawa informiert über makroökonomische Entwicklungen und Herausforderungen, wie z.B. wirtschaftliche und politische Unsicherheiten aufgrund von Spannungen im internationalen Handel
		 Ratna Sahay, IMF Deputy Director des Monetary and Capital Markets Department präsentiert eine Studie über die Effektivität makroprudenzieller Instrumente.
		Gemeinsame Teilnahme von OeNB (Vize-Gouverneur Ittner und AL Gruber) und BMF (AL Schieder) am Meeting.
		 Das nächste Constituency Deputies Meeting soll im Frühjahr 2020 in Wien stattfinden.
30. Juni 2019	IWF	Ms. Tshazibana als neue Vorsitzende der IMFC Deputies
		Aufgrund des pensionsbedingten Rücktritts von Daniel Mminele als IMFC Deputies Chair wird als seine Nachfolgerin Ms. Fundi Tshazibana, vormals Alternate ED der African Constituency und stellvertretende Gouverneurin der südafrikanischen Zentralbank, bestellt.
8. Juli 2019	IWF	Art. IV Konsultationen der Euro Area
		Vom 13. Mai bis zum 24. Mai 2019 fanden die Euro-Area Art. IV Konsultationen des IWF statt:
		 Nach einer Phase der Hochkonjunktur 2017 stellte sich 2018 eine Verlangsamung des Wachstums ein.
		 Für 2019 erwartet der IWF eine Stabilisierung der Wachstumsquoten, identifiziert aber signifikante Abwärtsrisken ("Hard Brexit", sowie hohe öffentliche Schuldenstände mancher
		 Für 2019 erwartet der IWF eine Stabilis Wachstumsquoten, identifiziert aber signifikante A

		 Der IWF betont insbesondere die Bedeutung der Reform der Euroraum-Architektur, insbesondere der Reform des ESM (samt Backstop-Lösung) und der Stärkung der Kapitalmarktunion.
16. Juli 2019	IWF	Rücktritt von IWF MD Lagarde
		 Aufgrund der Nominierung zur Präsidentin der EZB erklärt Christine Lagarde ihren Rücktritt von der Funktion als Managing Director des IWF.
		 Der First Deputy MD David Lipton (US) übernimmt bis auf weiteres die Funktion des IWF MD.
23. Juli 2019	IWF	WEO Update
		• Laut dem Update des IWF "World Economic Outlook" (WEO) erfordert das weltweit schwächelnde Wachstum multilaterale und nationale Maßnahmen.
		 Der Risikoausblick ist negativ, wobei wesentliche Risken in den Handelsspannungen und der steigender Risikoaversion gesehen werden.
		 Hierdurch könnten insbesondere Risken im Finanzsektor, die sich während Jahren der Niedrigzinspolitik kumuliert haben, schlagend werden.
2. August 2019	IWF	Nominierung von Kristalina Georgieva als neue MD des IWF
		Die EU Finanzminister nominieren Kristalina Georgieva (BG) als neue Managing Director des IWF.
		 Kristalina Georgieva war seit 2017 als Geschäftsführerin der Weltbank, und von 2010 bis 2016 als EU Kommissarin tätig.
		• Die offizielle Bewerbung für die Position der MD des IWF läuft noch bis 6.9.2019, danach stimmt der Executive Board des IWF darüber ab. Der EB erklärt, diesen Beschluss bis spätestens 30.9.2019 gefasst haben zu wollen.
		 Da Kristalina Georgieva aufgrund ihres Alters (66 Jahre) das vom IWF dafür vorgesehene Alter von maximal 65 Jahren bei Amtsantritt überschreitet, muss bis dahin noch über eine entsprechende Änderung dieser IWF-Bestimmung Einigung erzielt werden.
21. August 2019	IWF	 Der Executive Board des IWF beschließt, die Bestimmung über die Altersgrenze von maximal 65 Jahren bei Dienstantritt als Managing Director des IWF zu streichen.
		 Dieser Entscheidung wird nun zur Beschlussfassung an die IMF Governors zirkuliert, die bis 4. September 2019 per Mehrheitsbeschluss darüber abstimmen können.



Redaktionsschluss: 26. August 2019

nhaltsverzeichnis	Seite
Weltwirtschaft	
Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen	1
Makroökonomische Indikatoren	2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise	3
Euroraum	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	4
Aktuelle Entwicklung	5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität	6
Zinserwartungen	7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen	8
Renditen und Kreditzinsen	9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation	10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt	11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren	12
Inflation und Arbeitskosten	13
Makroökonomische Ungleichgewichte	14
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)	
Ausgewählte makroökonomische Indikatoren	15
Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts	16
Entwicklung der Verbraucherpreise	17
Arbeitslosenquoten	18
Leistungsbilanzsalden	19
Fiskaldaten	20
Österreich	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	21
Aktuelle Entwicklung	22
Außenhandel mit Waren	24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren	25
Tourismus und Reiseverkehr	26
Öffentliche Haushalte	27
Bundeshaushalt	28
Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute - unkonsolidiert	29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum	
und Deutschland	31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	32
Ertragslage der Kreditinstitute - konsolidiert	33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE	34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung	34
Geldvermögensbildung und Geldvermögen	35
Finanzierung und Verbindlichkeiten	36
	30
Zeichenerklärung	
= Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor	
 x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich 0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit 	
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit Ø = Durchschnitt	

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen*)

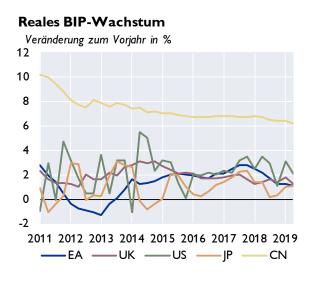
	Reales BIP		Inflation ¹⁾		Arbeitslose		Budgetsaldo		Staatsschuld		Leistungsbilanz- saldo	
	2019	2020		2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020
Veränderung zum Vorjahr in %		in %		in % des Arbeits- kräfteangebotes		in % des E	BIP					
USA	2,4	1,9	2,0	2,0	3,8	3,7	-6,5	-6,4	107,9	109,1	-2,5	-2,6
Japan	0,8	0,6	0,7	0,9	2,3	2,2	-2,8	-2,5	236,1	236,3	3,6	3,6
China	6,2	6,0	×	×	×	×	×	×	×	×	0,3	0,3
Euroraum	1,2	1,4	1,3	1,3	7,7	7,3	-0,9	-0,9	85,8	84,3	3,3	3,2
EU28	1,4	1,6	1,5	1,6	6,5	6,2	-1,0	-1,0	80,2	78,8	2,0	1,9
Österreich	1,5	1,5	1,7	1,7	4,7	4,7	0,3	0,2	69,7	66,8	2,4	2,6
Deutschland	0,5	1,4	1,4	1,3	3,1	2,7	1,0	0,8	58,4	55,6	6,8	6,5
Vereinigtes Königreich	1 4	1,3	1,8	2,0	4,1	4,2	-1,5	-1,2	85,1	84,2	-3,7	-3,4
Polen	4,4	3,6	2,1	2,7	3,8	3,5	-1,6	-1,4	48,2	47,4	-1,0	-1,4
Ungam	4,4	2,8	3,2	3,2	3,5	3,5	-1,8	-1,6	69,2	67,7	-1,2	-1,4
Tschechische Republik	7.6	2,5	2,4	2,1	2,2	2,3	0,2	-0,2	31,7	31,1	-0,5	-0,6

Quelle: Interimsprognose der EK Juli 2019 und Prognose der EK vom Mai 2019.

¹⁾ HVPI-Inflation; China, USA, Japan: VPI.

^{*)} fett unterlegte Werte: EK Interimsprognose Juli 2019.

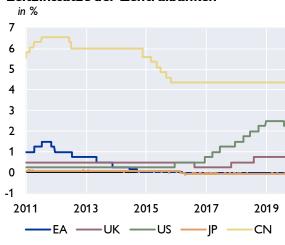
Makroökonomische Indikatoren



Wechselkurse zum Euro



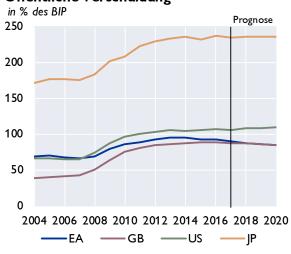
Leitzinssätze der Zentralbanken



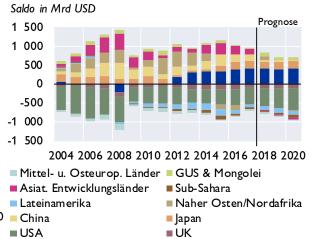
Verbraucherpreisindizes



Öffentliche Verschuldung



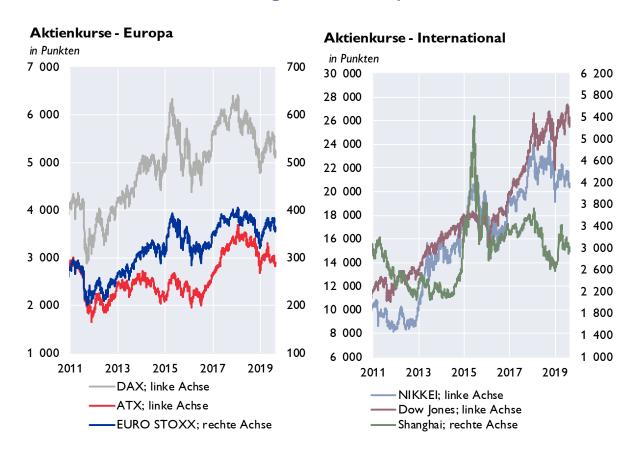
Leistungsbilanz



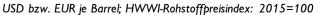
Quelle: Eurostat, EK, IWF, Macrobond, nationale Quellen. Prognosen: EK Mai 2019 und IWF WEO April 2019.

■ EA

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise



Rohstoffpreise





Quelle: Macrobond.

Quelle: OeNB. - 1) EZB: Welt ohne Euroraum.

	EZB / Euros	ystem		OECD		IWF*)		EU-Kommission**)			
	Juni 2019			Mai 2019		Update Juli 20	19/April 2019	Interim Juli 2019/Mai 2019			
	2019	2020	2021	2019	2020	2019	2020	2019	2020		
	Veränderung z	um Vorjahr in %									
BIP, real	1,2	1,4	1,4	1,2	1,4	1,3	1,6	1,2	1,4		
Privater Konsum, real	1,4	1,4	1,3	1,2	1,3	1,1	1,3	1,3	1,5		
Öffentlicher Konsum, real	1,4	1,4	1,4	1,2	1,1	1,3	1,1	1,4	1,3		
Bruttoanlageinvestitionen, real	2,7	2,0	2,0	2,6	2,2	2,4	2,6	2,3	2,3		
Exporte, real	2,2	2,9	3,2	×	×	3,2	3,5	2,3	3,0		
Importe, real	2,7	3,2	3,4	×	×	3,3	3,7	2,8	3,3		
	Veränderung z	um Vorjahr in %									
BIP Deflator	1,6	1,7	1,8	1,4	1,6	1,5	1,8	1,6	1,6		
HVPI	1,3	1,4	1,6	1,2	1,5	1,3	1,6	1,3	1,3		
Lohnstückkosten	1,8	1,6	1,7	1,1	1,1	1,2	1,0	1,7	1,5		
	Veränderung z	um Vorjahr in %									
Beschäftigte	1,0	0,6	0,6	1,1	0,7	0,6	0,6	0,9	0,8		
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition										
Arbeitslosenquote	7,7	7,5	7,3	7,9	7,7	8,0	7,7	7,7	7,3		
	in % des nominellen BIP										
Leistungsbilanz	2,4	2,4	2,4	3,6	3,5	2,9	2,8	3,3	3,2		
Öffentliches Defizit	-0,9	-0,9	-0,9	-0,9	-0,8	-1,0	-0,9	-0,9	-0,9		
	Prognoseannahmen										
Erdölpreis in USD/Barrel	68,1	65,8	62,7	66,6	68,1	65,5	63,9	64,7	61,5		
Kurzfristiger Zinssatz in %	-0,3	-0,3	-0,2	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,5		
USD/EUR	1,12			1,12	1,12	1,14	1,16	1,13	1,13		
	Veränderung zum Vorjahr in %										
BIP, real USA	×	×	×	2,8	2,3	2,3	1,9	2,4	1,9		
BIP, real Welt ¹⁾	3,3	3,6	3,6	3,2	3,4	3,3	3,6	3,2	3,5		
Welthandel ¹⁾	0,7	2,8	3,4	2,1	3,1	3,4	3,9	2,9	3,3		

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

Seite 5

											Seite 3
Euroraum: Wirtschaftsi	ndika	atore	n - a	ktue	elle E	ntw	icklu	ıng			
			2018	2018	2018	2019	2019	2019	2019	2019	2019
			Q3		Q1	Q2	Q3	April	Mai	Juni	Juli
			um Vorja								
HVPI gesamt	1,5	1,8	2,1	1,9	1,4						
Keminflation	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0			1,3	0,8	1,1	0,9
BIP-Deflator des privaten Konsums	1,3	1,4		1,6	1,3			×	×	×	
Lohnstückkosten (nominell)	0,7			2,1	2,5			×			
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	1,6	2,2		2,2				×			
Arbeitsproduktivität (nominell)	0,8	0,4		0,1	-0,3						
Produzentenpreis (Industrie)	3,0	3,2		4,0	3,0			2,6	1,6		
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	107,1	106,2		104,7				108,8	106,6		
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	48,5	60,6	65,3	59,6	56,2	60,7		63,6	62,8		
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	54,8	71,5		68,3	63,6			71,6	70,1	62,9	64,2
BIP real	2,4		ivität sai: 0,2	sonberei 0,2			ng zur v				
Privater Konsum	1,8	1,3		0,2				×			
Öffentlicher Konsum	1,0	1,0	0,0	0,5	0,5			×			
Bruttoanlageinvestitionen	3,6	2,1	0,0	1,5	0,1			×			
Di dittoar nagen i vestitioneri						D			^	. ^	^
D: 16 (1 1)			/achstur				zentpur				
Binnennachfrage (ohne Lager)	2,0	1,5		0,6	0,3			×			
Nettoexporte	0,5	0,5	-0,3	0,1	0,2			X			
Veränderung der Lagerhaltung	0,0			-0,5	0,0			×	X	X	X
Handelsbilanz		gsbiianz 193,4	(in Mrd 40,9	49,9	43,6	58,5		15,7	22,2	20,6	
Leistungsbilanz		336,8		80,8	91,3			224	30,3		
Leistungsbilanz in % des BIP	3,2			2,8	3,1	7 1,0		Z3,1			
Leistungsbilanz in 76 des bii			ndikatore		٦,١			_ ^	^	. ^	^
Economic Sentiment Indicator	110,1		110,9		106,0	104,1		103,9	105,2	103,3	102,7
Industrievertrauen (Saldo)	5,6			3,6	-0,5	-4,3		12	-2,9		
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	57,4	55,0		51,7	49,1	47,7		47,9	47,7		
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	103,2		103,4	102,2	99,4			00.2			
Ind. Produktion o. Bau (Ver. z. VJP in %)	2,9	0,9	0,5	-2,0	-0,5	-1,3		-0,6			
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-5,4	-4,9	-5,1	-6,4	-7,0			-7,3	-6,5	-7,2	-6,6
Einzelhandelsumsätze (Ver. z. VJP in %)	2,5	1,6	1,2	1,7	2,3	1,9		2,1	1,2	2,3	
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	83,0	83,9	83,8	83,6	83,6	82,8	81,9	×			×
	Arbeits	markter	ntwicklur	ng							
Arbeitslose in % der Beschäftigten ¹⁾	9,1	8,2	8,0	7,9	7,8	7,6		7,6	7,6	7,5	
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	1,6	1,5	0,3	0,3	0,4	0,2		×	×	: ×	×
			finanziel	le Entwi	cklung (rung zu			de in %)
Geldmenge M3	4,7	4,1	3,6	4,1	4,6	4,5		4,7			
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×						×				
Buchkredite an den privaten Sektor	3,2			3,0		3,1				3,1	
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00				0,00		
3-Monats Zinssatz (%)	-0,33	-0,32	-0,32	-0,32	-0,31	-0,32		-0,31	-0,31	-0,33	
10-Jahres Zinssatz (%)	1,17	1,27	1,30	1,39	1,11	0,80		0,95	0,87		
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	1,50	1,59		1,71	1,42			1,26			
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro) ²⁾	102,1			129,0				111,7			
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	377,0			348,6		372,9		379,4			
Wechselkurs USD je EUR	1,13		1,16	1,14				1,12			
nom. effekt. Wechselkurs des EUR ³⁾	96,6	98,9	99,2	98,5	97,4			96,7			
real effektiver Wechselkurs des EUR³)	91,4			93,0	91,7	91,4		91,0	91,4	91,9	91,5
			es öffent I								
Budgetsalden	-1,0										
Staatsschuldenquoten	89,1	87,1	×	×	×	×	×	×	×	×	×

 $\label{eq:Quelle:equation} \textit{Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Macrobond, HWWI, Markit, ifo.}$

 $^{^*) \ {\}it Schnellschätzung}.$

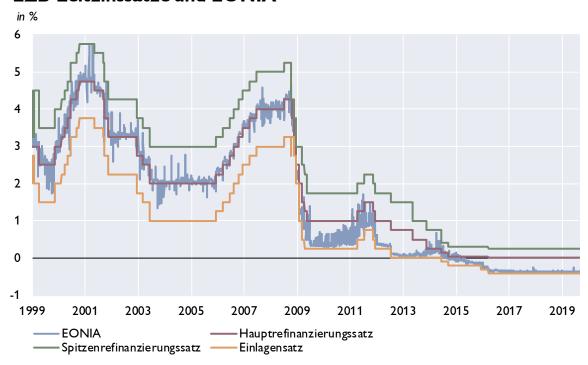
¹⁾ ILO-Definition.

²⁾ Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch).

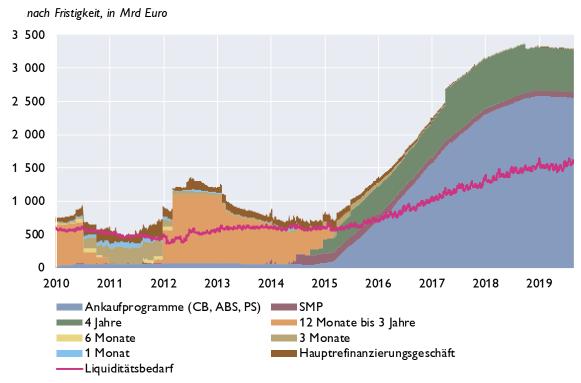
³⁾ Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100).

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

EZB-Leitzinssätze und EONIA



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum



Quelle: EZB, OeNB, Macrobond.

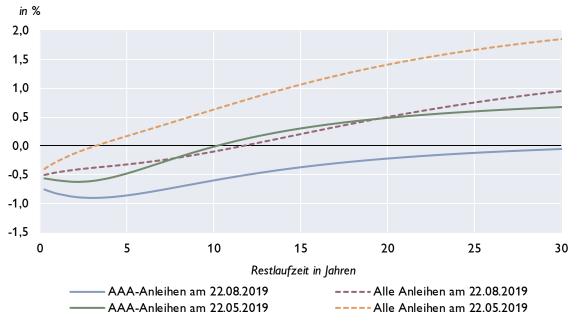
Euroraum: Zinserwartungen

Markterwartungen über den Verlauf des Eonia

berechnet aus Euro Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für Staatsanleihen im Euroraum

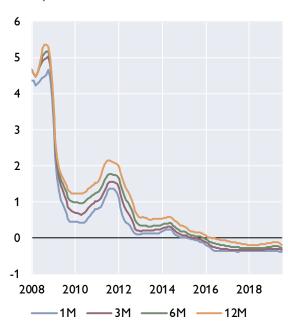


Quelle: EZB, Macrobond, eigene Berechnungen.

Euroraum: Geldmarktzinsen und Renditen von Staatsanleihen

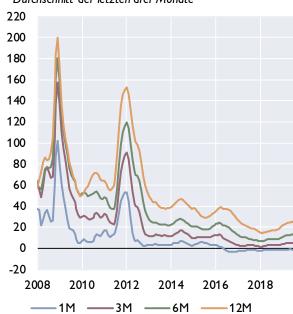
Euribor-Sätze

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus Overnight Index Swap in Basispunkten, Durchschnitt der letzten drei Monate



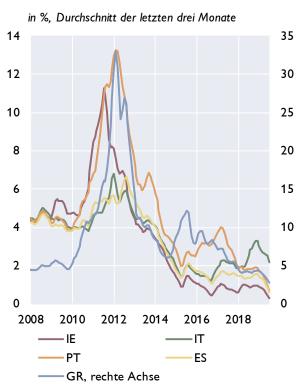
Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, Niedrigzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



Quelle: EZB, Macrobond.

Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, Hochzinsländer



Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

Kreditzinssätze für private Haushalte



ausgewählten Ländern und Leitzinssatz



Kreditzinssätze für Unternehmen

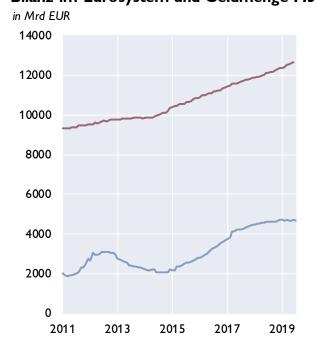


Renditen für Anleihen nichtfinanzieller Unternehmen



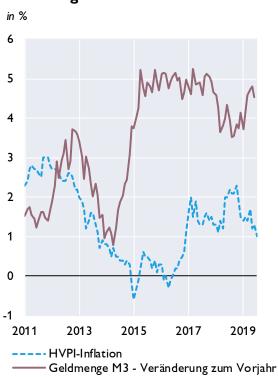
Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3



Bilanzsumme des Eurosystems mit Gold

Geldmenge M3 und Inflation



Geldmenge M1 und M3

Geldmenge M3



Quelle: EZB, Eurostat, Macrobond.

Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2017	2018	Jän.19	Feb.19	Mär.19	Apr.19	Mai.19	Jun.19
	Kredite	3,8	2,6	2,5	2,7	2,5	2,4	2,1	2,2
	Kredite an öffentliche Haushalte	6,6	2,0	2,4	2,5	1,8	1,4	0,7	-0,2
Aktiva	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	2,8	2,8	2,5	2,8	2,8	2,7	2,6	3,0
∢	davon: Buchkredite an den privaten Sektor ¹⁾	2,6	2,8	2,5	2,7	2,6	2,8	2,7	3,1
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	3,9	3,8	4,4	2,8	4,1	5,3	4,1	5,3
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb	7,1	3,1	2,8	0,2	2,3	2,3	-1,3	0,0
Ра	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	-1,1	0,7	0,8	1,3	1,3	1,1	1,4	2,2

Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor¹⁾



— Kurzfristiger Trend (Veränderung zum Vormonat, im gleitenden Dreimonatsdurchschnitt; annualisiert)

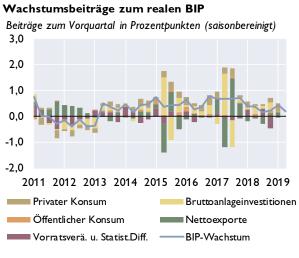
Kreditentwicklung



Quelle: EZB.

 $1)\ Nichtfinanzielle\ Unternehmen\ ohne\ \"{o}ffentlichen\ Sektor.$

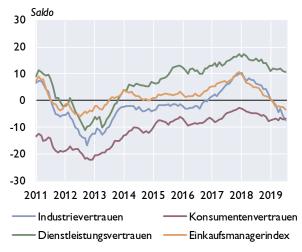
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

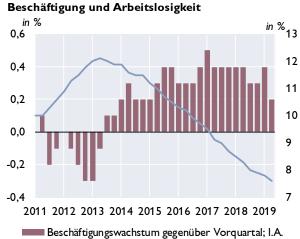


Frühindikatoren zum BIP-Wachstum Indizes Indizes 140 110 105 120 100 100 95 80 90 60 85 2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 Industrielle Produktion Produktionsvol. Bau Auftragseingänge ── Kapazitätsa uslas tung

Einzelhandelsumsatz; r.A.

Geschäftsklimaindikatoren





Arbeitslosenquote, rechte Achse

Zahlungsbilanz

Salden	2016	2017	2018	2Q18	3Q18	4Q18	1Q19	2Q19
Leistungsbilanz	334,6	362,8	335,7	71,9	85,3	106,6	63,6	58,0
Güter	346,6	317,8	279,3	73,4	61,6	77,7	67,7	81,1
Dienstleistungen	43,6	103,9	109,7	32,4	35,0	20,7	21,3	18,9
Einkommen	83,2	78,3	98,2	-5,4	24,0	51,2	26,6	-13,6
Laufende Transfers	-138,7	-137,2	-151,5	-28,5	-35,2	-43,0	-52,0	-28,5
Vermögensübertragungen	1,6	-21,4	-33,5	-0,5	3,0	-42,3	-4,3	2,8
Kapitalbilanz	336,7	376,2	279,4	41,8	85,3	67,8	57,5	68,9
Direktinvestitionen	186,9	78,5	35,8	15,7	-17,0	-87,4	52,0	-17,8
Portfolioinvestitionen	460,7	297,0	216,3	53,6	48,5	108,3	-89,5	-51,6
Finanzderivate	15,2	24,0	96,9	37,6	34,9	29,9	6,6	13,1
Sonstige Investiitionen	-341,6	-22,0	-94,7	-71,7	17,7	11,2	85,7	122,5
Währungsreserven	15,5	-1,4	25,0	6,6	1,3	5,8	2,7	2,8
Statistische Differenz	0,5	34,8	-22,9	-29,6	-3,1	3,5	-1,8	8,1
Leistungsbilanz in % des BIP ¹⁾	3,5	3,9	3,6	3,0	2,6	2,8	3,1	

¹⁾ Quartale: Saisonbereinigte Daten.

Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Seite 13

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2018	2017	2018	Apr.19	Mai.19	Jun.19	Jul.19
COICOP-Verbrauchsgruppen Gewie	cht in %	Veränd	erung zu	ım Vorjah	nr in %		
Gesamt-HVPI	100,0	1,5	1,8	1,7	1,2	1,3	1,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	15,5	1,7	1,7	1,1	1,1	1,3	1,7
Alkoholische Getränke und Tabak	4,0	2,1	4,1	2,9	3,0	2,8	2,7
Bekleidung und Schuhe	5,9	0,5	0,1	0,3	0,4	0,4	1,3
Wohnung, Wasser, Energie	15,7	1,9	2,4	2,8	2,3	2,3	1,5
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,2	0,0	0,4	0,4	0,5	0,4	0,5
Gesundheitspflege	4,8	1,0	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7
Verkehr	15,4	3,2	3,3	2,9	2,0	1,1	1,0
Nachrichtenübermittlung	3,2	-1,5	-1,1	-2,7	-3,0	-2,6	-2,5
Freizeit und Kultur	9,2	1,1	1,0	1,8	-0,8	0,7	-1,0
Bildungswesen	1,0	-0,1	-1,8	0,0	-0,1	-0,6	-0,7
Hotels, Cafes und Restaurants	9,8	2,2	2,0	2,4	2,1	2,4	2,0
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	9,2	0,7	1,4	1,6	1,5	1,6	1,6

Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten 4 3 2 1 0 -1 -2 2011 2013 2015 2017 2019 Dienstleistungen Unbearbeitete Lebensmittel

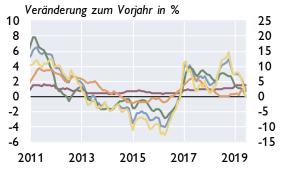
Bearb. Lebensmittel einschl. Alkohol u. Tabak

Energie

Industrielle nichtenergetische Güter

- Gesamt (Inflationsrate)

Erzeugerpreise



Industrie ges. ohne Baugewerbe; I.A.

Investitionsgüter; I.A.

Vorleistungsgüter; I.A.

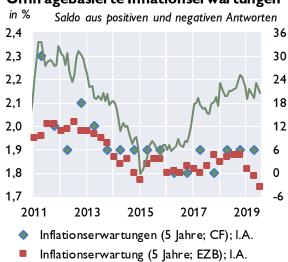
Veränderung zum Vorjahr in %

Ge- und Verbrauchsgüter; I.A.

Energie; r.A.

Arbeitskosten

Umfragebasierte Inflationserwartungen





Arbeitsproduktivität

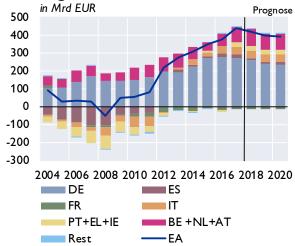
Tariflöhne

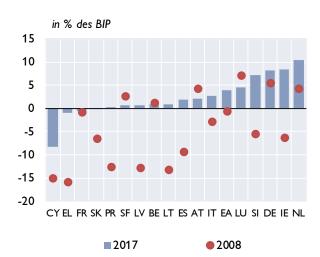
Konsumenteneinschätzung (12 Mon.; EK.); r.A.

Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

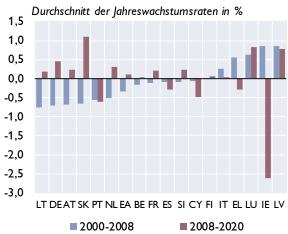
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte



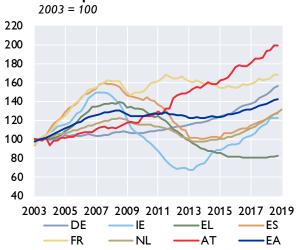




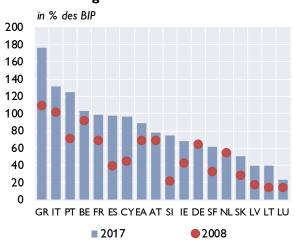
Lohnstückkosten 1)



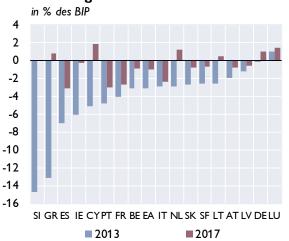
Immobilienpreisindizes



Verschuldung des Gesamtstaates



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates



Quelle: EZB, Europäische Kommission.

1) Prognose: EK-Prognose Mai 2019.

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

2017

- CESEE EU-Mitgliedstaaten

2019

Seite 15

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren



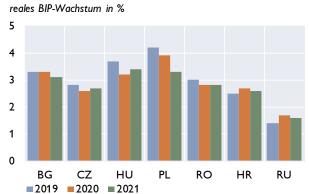
2013

Euroraum

in % gegenüber der Vorjahresperiode 6 4 2 0 -2

2015

OeNB-BOFIT¹⁾ Prognose April 2019



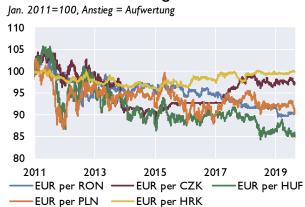
Leitzinsen

-4

2011



Wechselkursentwicklung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BC	FIT	EU-Komm	ission	IWF		wiiw		
	April 2019		Mai 2019		April 2019		April 2019		
	2019	2019 2020 2019		2020	2019	2020	2019	2020	
Bulgarien	3,3	3,3	3,3	3,4	3,3	3,0	2,8	2,5	
Estland	×	×	2,8	2,4	3,0	2,9	2,9	2,5	
Kroatien	2,5	2,7	2,6	2,5	2,6	2,5	2,6	2,5	
Lettland	×	×	3,1	2,8	3,2	3,1	3,5	3,0	
Litauen	×	×	2,7	2,4	2,9	2,6	3,0	2,6	
Polen	4,2	3,9	4,2	3,6	3,8	3,1	3,7	3,3	
Rumänien	3,0	2,8	3,3	3,1	3,1	3,0	2,8	3,0	
Russland	1,4	1,7	1,5	1,8	1,6	1,7	1,8	1,7	
Slowakei	×	×	3,8	3,4	3,7	3,5	3,6	3,0	
Slowenien	×	×	3,1	2,8	3,4	2,8	3,2	3,0	
Tschechische Republik	2,8	2,6	2,6	2,4	2,9	2,7	2,6	2,7	
Ungam	3,7	3,2	3,7	2,8	3,6	2,7	3,3	2,3	

¹⁾ Bank of Finland Institute for Economies in Transition.

Quelle: Eurostat, OeNB, Macrobond, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Seite 16

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

	Prognose ¹⁾											
	2018	2019	2020	2Q18	3Q18	4Q18	1Q19	2Q19				
	Veränderu	ng zum Vo	rjahr in %									
Belgien Deutschland Estland Irland Griechenland Spanien Frankreich Italien Zypem Lettland Litauen Luxemburg Malta Niederlande Österreich	1,4 1,5 3,9 8,2 1,9 2,6 1,7 0,9 3,9 4,8 3,5 2,6 6,7 2,6	1,2 0,5 2,9 4,0 2,1 2,3 1,3 0,1 2,9 3,0 3,1 2,4 5,3 1,6 1,5	1,2 1,4 2,3 3,4 2,2 1,9 1,4 0,7 2,6 2,8 2,4 2,6 4,8 1,5	1,4 2,1 4,0 10,6 1,6 2,6 1,9 1,0 3,9 4,6 3,7 3,1 6,6 2,8 2,8	1,5 1,1 3,9 7,2 2,1 2,5 1,5 0,5 3,8 5,1 3,1 2,6 7,6 2,3 2,3	1,2 0,6 4,2 3,7 1,5 2,3 1,1 0,0 3,8 5,3 3,7 1,8 7,6 2,1 2,2	1,3 0,9 4,6 6,3 1,3 2,4 1,2 -0,1 3,4 3,2 4,0 1,6 4,8 1,9 1,7	 0,4 2,3 1,3 0,0 4,0 1,8 1,6				
Portugal Slowenien Slowakische Republik Finnland	2,1 4,5 4,1 1,7	1,7 3,2 3,6 1,5	1,7 2,8 3,3 1,2	2,5 4,6 4,4 2,1	2,1 5,0 4,3 1,8	1,7 3,5 3,7 0,8	1,8 3,7 3,4 0,9	 2,5 				
Euroraum	1,9	1,2	1,4	2,2	1,7	1,2	1,2	1,1				
Bulgarien Tschechische Republik Dänemark Kroatien Ungarn Polen Rumänien Schweden Vereinigtes Königreich	3,1 3,0 1,5 2,6 4,9 5,1 4,1 2,4 1,4	3,3 2,6 1,7 3,1 4,4 4,4 4,0 1,7	3,4 2,5 1,6 2,7 2,8 3,6 3,7 1,5	3,4 2,4 1,3 2,9 4,8 5,3 4,4 2,5 1,4	3,1 2,5 2,7 2,7 5,3 5,6 3,8 1,6 1,6	3,2 2,7 2,6 2,5 5,0 4,6 4,0 2,3 1,4	3,5 2,8 1,9 3,9 5,2 4,7 4,9 2,0 1,8	 4,6 1,4 1,2				
EU	2,0	1,4	1,6	2,2	1,9	1,5	1,6	1,3				
Türkei	2,6	-2,3	3,9	5,3	1,8	-3,0	-2,6					
USA Japan Schweiz	2,9 0,8 2,5	2,4 0,8 1,5	1,9 0,6 2,0	3,5 1,4 3,1	2,9 0,2 2,1	1,1 0,3 1,7	3,1 1,0 1,4	2,1 1,1 				
Russland Brasilien China Indien	2,3 1,1 6,8 6,2	1,5 1,9 6,2 7,1	1,8 2,4 6,0 7,3	2,2 0,9 6,7 8,0	2,2 1,3 6,5 7,0	2,7 1,1 6,4 6,6	0,5 0,5 6,4 5,8	 6,2 				

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, EK, Macrobond.

¹⁾ EU28-Länder EK-Interimsprognose Juli 2019 alle anderen Länder EK-Prognose Mai 2019.

Entwicklung der Verbraucherpreise¹)

Belgien 2,3 1,6 1,6 2,2 2,0 1,7 1,3 1,5 1,1 Estland 3,4 2,4 2,1 2,2 3,2 3,1 2,6 2,0 Irland 0,7 1,1 1,3 1,1 1,7 1,0 1,1 0,5 Griechenland 0,8 0,8 0,8 1,0 1,1 0,6 0,2 0,4 Spanien 1,7 0,9 1,2 1,3 1,6 0,9 0,6 0,6
Belgien 2,3 1,6 1,6 2,2 2,0 1,7 1,3 1,2 Deutschland 1,9 1,4 1,3 1,4 2,1 1,3 1,5 1,1 Estland 3,4 2,4 2,1 2,2 3,2 3,1 2,6 2,0 Irland 0,7 1,1 1,3 1,1 1,7 1,0 1,1 0,5 Griechenland 0,8 0,8 0,8 1,0 1,1 0,6 0,2 0,4 Spanien 1,7 0,9 1,2 1,3 1,6 0,9 0,6 0,6
Deutschland 1,9 1,4 1,3 1,4 2,1 1,3 1,5 1,1 Estland 3,4 2,4 2,1 2,2 3,2 3,1 2,6 2,0 Irland 0,7 1,1 1,3 1,1 1,7 1,0 1,1 0,5 Griechenland 0,8 0,8 0,8 1,0 1,1 0,6 0,2 0,4 Spanien 1,7 0,9 1,2 1,3 1,6 0,9 0,6 0,6
Estland 3,4 2,4 2,1 2,2 3,2 3,1 2,6 2,0 Irland 0,7 1,1 1,3 1,1 1,7 1,0 1,1 0,5 Griechenland 0,8 0,8 0,8 1,0 1,1 0,6 0,2 0,4 Spanien 1,7 0,9 1,2 1,3 1,6 0,9 0,6 0,6
Irland 0,7 1,1 1,3 1,1 1,7 1,0 1,1 0,5 Griechenland 0,8 0,8 0,8 1,0 1,1 0,6 0,2 0,4 Spanien 1,7 0,9 1,2 1,3 1,6 0,9 0,6 0,6
Griechenland 0,8 0,8 0,8 1,0 1,1 0,6 0,2 0,4 Spanien 1,7 0,9 1,2 1,3 1,6 0,9 0,6 0,6
Spanien 1,7 0,9 1,2 1,3 1,6 0,9 0,6 0,6
Frankreich 2,1 1,3 1,4 1,3 1,5 1,1 1,4 1,3
Italien 1,2 0,8 1,0 1,1 1,1 0,9 0,8 0,3
Zypem 0,8 0,5 0,9 1,1 1,2 0,2 0,3 0,1
Lettland 2,6 3,1 2,5 2,7 3,3 3,5 3,1 3,0
Litauen 2,5 2,2 2,1 2,6 2,7 2,5 2,4 2,5
Luxemburg 2,0 1,7 1,6 2,4 2,2 2,2 1,5 1,6
Malta 1,7 1,8 1,9 1,3 1,7 1,7 1,8 1,8
Niederlande 1,6 2,5 1,4 2,9 3,0 2,3 2,7 2,6
Österreich 2,1 1,7 1,7 1,7 1,7 1,6 1,4
Portugal 1,2 0,9 1,5 0,8 0,9 0,3 0,7 -0,7
Slowenien 1,9 1,7 2,0 1,6 1,8 1,6 1,9 2,0
Slowakische Republik 2,5 2,4 2,3 2,7 2,4 2,7 3,0
Finnland 1,2 1,4 1,6 1,1 1,5 1,3 1,1 1,0
Euroraum 1,8 1,3 1,3 1,4 1,7 1,2 1,3 1,0
Bulgarien 2,6 2,4 1,7 2,8 3,1 2,9 2,3 2,6
Tschechische Republik 2,0 2,4 2,1 2,6 2,4 2,6 2,4 2,6
Dänemark 0,7 1,0 1,4 1,2 0,9 0,7 0,5 0,4
Kroatien 1,6 0,9 1,0 1,1 0,8 1,0 0,5 0,9
Ungarm 2,9 3,2 3,2 3,8 3,9 4,0 3,4 3,3
Polen 1,2 2,1 2,7 1,7 2,1 2,2 2,3 2,5
Rumänien 4,1 4,2 3,7 4,2 4,4 4,4 3,9 4,1
Schweden 2,0 1,7 1,6 1,8 2,1 2,1 1,6 1,5
Vereinigtes Königreich 2,5 1,8 2,0 1,9 2,1 2,0 2,0 2,1
EU 1,9 1,5 1,6 1,6 1,9 1,6 1,6 1,4
Türkei 16,3 13,1 9,7 19,5 18,7 15,7 16,7
USA 2,4 2,0 2,0 1,9 2,0 1,8 1,7 1,8
Japan 1,0 0,7 0,9 0,5 0,9 0,7 0,7
Schweiz 0,9 0,7 1,0 0,7 1,1 0,5 0,7 0,4
Russland 2,9 5,2 4,0 5,2 5,1 4,7 4,6
Brasilien 3,7 3,6 4,1 4,6 4,9 4,7 3,4 3,2
China ³⁾ 2,1 1,9 2,2 2,3 2,5 2,7 2,7 2,8
Indien 4,9 3,9 4,2 7,7 8,3 8,7 8,6

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter.

¹⁾ EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.

²⁾ EU28-Länder EK-Interimsprognose Juli 2019 alle anderen Länder EK-Prognose Mai 2019; Brasilien u. Indien: IWF WEO Prognose April 2019.

³⁾ China: GDP-Deflator.

Seite 18

Arbeitslosenquoten¹⁾

Prognose 2)												
2018 2019 2020 Mär.19 Apr.19 Mai.19 Jun.19 Ju												
	in %		'			•	•					
Belgien	6,0	5,6	5,3	5,5	5,5	5,5	5,6					
Deutschland	3,4	3,1	2,7	3,2	3,2	3,1	3,1					
Estland	5,4	5,7	5,7	4,0	5,0	5,0						
Irland	5,8	5,4	5,0	4,7	4,6	4,5	4,5	4,6				
Griechenland	19,3	18,2	16,8	18,2	17,6							
Spanien	15,3	13,5	12,2	14,2	14,2	14,1	14,0					
Frankreich Italien	9,1 10,6	8,8 10,9	8,5 11,0	8,7 10,1	8,6 10,0	8,6 9,8	8,7 9,7					
Zypem	8,4	6,7	5,9	7,2	6,9	6,6	6,5					
Lettland	7,4	6,9	6,7	6,5	6,4	6,4	6,5					
Litauen	6,2	6,2	6,0	6,0	5,8	5,8	5,7	**				
Luxemburg	5,5	5,2	5,2	5,7	5,7	5,7	5,8					
Malta	3,7	3,8	3,9	3,4	3,5	3,5	3,4					
Niederlande	3,8	3,5	3,6	3,3	3,3	3,3	3,4	3,4				
Österreich	4,9	4,7	4,7	4,7	4,7	4,6	4,5					
Portugal	7,0	6,2	5,7	6,5	6,6	6,6	6,7					
Slowenien	5,1	4,8	4,6	4,5	4,5	4,4	4,4					
Slowakische Republik	6,5	5,9	5,6	5,6	5,5	5,4	5,4					
Finnland	7,4	6,7	6,2	6,7	6,7	6,7	6,6	6,7				
Euroraum	8,2	7,7	7,3	7,7	7,6	7,6	7,5					
Bulgarien	5,2	5,0	4,8	4,6	4,5	4,5	4,4					
Tschechische Republik	2,2	2,2	2,3	2,0	2,1	2,1	1,9					
Dänemark	5,0	4,8	4,7	5,3	5,1	4,9	4,8					
Kroatien	8,4	7,8	6,9	7,2	7,1	7,1	7,1					
Ungam	3,7	3,5	3,5	3,4	3,4	3,4						
Polen	3,9	3,8	3,5	3,7	3,7	3,8	3,8					
Rumänien	4,2	4,1	4,0	3,9	4,0	3,9	4,0					
Schweden	6,3	6,4	6,4	6,7	5,9	6,4	6,6					
Vereinigtes Königreich	4,0	4,1	4,2	3,7	3,7	3,8						
EU	6,8	6,5	6,2	6,4	6,4	6,3	6,3					
Türkei	11,0	13,7	13,3	13,7	13,8							
USA	3,9	3,8	3,7	3,8	3,6	3,6	3,7					
Japan	2,4	2,3	2,2	2,5	2,4	2,4	2,3					
Schweiz	2,6	4,3	4,1	2,3	2,3	2,3	2,3					
Russland	4,8	4,0	3,9	4,7	4,7	4,5	4,4	4,5				
Brasilien	12,3	11,4	10,2	12,7	12,5	12,3	12,0					
China	3,8	3,8	3,8	3,7	3,6	3,6	3,6					
Indien	6,0	×	×	6,7	7,4	7,2	7,9	7,5				

Quelle: Eurostat, Macrobond, EK, IWF.

¹⁾ EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.

²⁾ EK-Prognose Mai 2019; BR, CN: IWF-Prognose April 2019.

Leistungsbilanzsalden

		Prognose 1)										
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020				
	in % des B	SIP	ı	1	1	'	•	J				
Belgien	1,2	-0,3	-0,8	-0,4	0,9	0,2	0,2	0,0				
Deutschland	6,7	7,6	8,9	8,7	8,2	7,6	6,8	6,5				
Estland	0,5	0,8	1,9	1,8	3,2	1,5	1,4	1,4				
Irland	1,6	1,1	4,4	-4,2	8,5	9,1	8,5	7,9				
Griechenland	-2,2	-2,1	-0,3	-1,2	-1,1	-1,4	-1,0	-0,8				
Spanien	1,5	1,0	1,1	2,2	1,9	0,9	0,9	0,9				
Frankreich	-1,0	-1,2	-0,5	-0,8	-0,6	-0,7	-0,6	-0,6				
Italien	1,0	1,9	1,3	2,5	2,5	2,4	2,5	2,5				
Zypem	-4,9	-4,4	-1,4	-5,1	-8,4	-6,5	-8,0	-9,4				
Lettland	-2,5	-1,7	-0,5	1,6	0,7	-0,5	-0,3	-0,2				
Litauen	1,4	4,0	-2,0	-0,7	0,9	0,0	-0,1	-0,4				
Luxemburg	-1,4	-1,0	2,0	2,6	4,8	4,8	4,6	4,7				
Malta	0,2	5,8	2,8	3,8	10,4	11,2	9,8	9,5				
Niederlande <u>:</u>	10,1	9,5	6,3	8,1	10,5	11,0	10,1	9,5				
Österreich	1,9	2,5	1,9	2,6	2,1	2,5	2,4	2,6				
Portugal	0,7	-0,3	-0,9	0,1	0,2	-0,9	-1,1	-1,1				
Slowenien	3,2	5,8	4,5	5,5	7,1	7,3	6,7	6,1				
Slowakische Republik	1,5	1,0	-2,3	-1,2	-0,2	-1,1	-0,5	-0,1				
Finnland	-1,9	-1,3	-0,7	-0,8	-0,3	-1,9	-1,5	-1,4				
Euroraum	2,8	3,0	3,3	3,5	3,9	3,6	3,3	3,2				
Bulgarien	2,0	0,4	0,6	5,3	6,2	2,5	1,6	1,5				
Tschechische Republik	-1,1	-1,2	-1,5	0,1	0,3	0,1	-0,5	-0,6				
Dänemark	7,8	8,9	8,2	7,9	8,0	6,1	6,3	6,3				
Kroatien	1,6	2,0	4,6	2,5	4,1	2,9	2,6	1,9				
Ungam	3,8	1,5	2,7	6,2	3,0	0,5	-1,2	-1,4				
Polen	-0,5	-1,4	0,2	-0,0	0,1	-0,6	-1,0	-1,4				
Rumänien	-1,0	-0,5	-1,1	-2,0	-3,4	-4,8	-5,2	-5,3				
Schweden	5,1	4,7	4,3	3,8	3,7	3,4	4,1	4,6				
Vereinigtes Königreich	-5,2	-4,9	-4,9	-5,2	-3,3	-3,9	-3,7	-3,4				
EU	1,3	1,7	1,8	2,0	2,6	2,2	2,0	1,9				
Türkei	-6,6	-4,6	-3,6	-3,8	-5,6	-3,6	1,2	-0,5				
USA	-2,1	-2,1	-2,2	-2,3	-2,3	-2,4	-2,5	-2,6				
Japan	0,9	0,8	3,1	4,0	4,3	3,5	3,6	3,6				
Schweiz	11,1	8,3	10,7	8,8	8,6	10,2	10,5	10,5				
Russland	1,4	2,6	4,9	2,0	1,8	6,8	5,5	5,0				
Brasilien	-3,2	-4,1	-3,0	-1,3	-0,4	-0,8	-1,7	-1,6				
China	1,5	2,2	2,8	1,8	1,6	0,4	0,3	0,3				
Indien	-1,7	-1,3	-1,1	-0,6	-1,8	-2,5	-2,5	-2,4				

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

¹⁾ EK-Prognose Mai 2019; BR, IN: IWF-Prognose April 2019.

Seite 20

Fis			
	K 2II	2174	ın

1 lokaladtoii	Budget	salden			Staatsschulden						
		Prognos	e ¹⁾			Prognos	e ¹⁾				
	2017 in % des l	2018 BIP	2019	2020	2017	2018	2019	2020			
Belgien	-0,8	-0,7	-1,3	-1,5	103,4	102,0	101,3	100,7			
Deutschland	1,0	1,7	1,0	0,8	64,6	60,9	58,4	55,6			
Estland	-0,4	-0,6	-0,3	-0,5	9,2	8,4	8,5	8,5			
Irland	-0,3	0,0	-0,1	0,3	68,5	64,8	61,3	55,9			
Griechenland	0,7	1,1	0,5	-0,1	176,2	181,1	174,9	168,9			
Spanien	-3,1	-2,5	-2,3	-2,0	98,1	97,1	96,3	95,7			
Frankreich	-2,8	-2,5	-3,1	-2,2	98,4	98,4	99,0	98,9			
Italien	-2,4	-2,1	-2,5	-3,5	131,4	132,2	133,7	135,2			
Zypern	1,8	-4,8	3,0	2,8	95,8	102,5	96,4	89,9			
Lettland	-0,6	-1,0	-0,6	-0,6	40,0	35,9	34,5	33,5			
Litauen	0,5	0,7	0,3	0,0	39,4	34,2	37,0	36,4			
Luxemburg	1,4	2,4	1,4	1,1	23,0	21,4	20,7	20,3			
Malta	3,4	2,0	1,1	0,9	50,2	46,0	42,8	40,2			
Niederlande 	1,2	1,5	1,4	0,8	57,0	52,4	49,1	46,7			
Österreich	-0,8	0,1	0,3	0,2	78,2	73,8	69,7	66,8			
Portugal	-3,0	-0,5	-0,4	-0,1	124,8	121,5	119,5	116,6			
Slowenien	0,0	0,7	0,7	1,0	74,1	70,2	65,9	61,7			
Slowakische Republik	-0,8	-0,7	-0,5	-0,6	51,0	48,9	47,3	46,0			
Finnland	-0,8	-0,7	-0,4	-0,2	61,3	58,9	58,3	57,7			
Euroraum	-1,0	-0,5	-0,9	-0,9	89,1	87,1	85,8	84,3			
Bulgarien	1,2	2,0	0,8	1,0	25,6	22,6	20,5	18,4			
Tschechische Republik	1,6	0,9	0,2	-0,2	34,7	32,7	31,7	31,1			
Dänemark	1,5	0,5	0,6	-0,1	35,5	34,1	33,1	32,6			
Kroatien	0,8	0,2	0,1	0,6	77,8	74,6	70,9	67,6			
Ungarn	-2,2	-2,2	-1,8	-1,6	73,4	70,9	69,2	67,7			
Polen	-1,5	-0,4	-1,6	-1,4	50,6	48,9	48,2	47,4			
Rumänien	-2,7	-3,0	-3,5 0,4	-4,7 0.4	35,2 40,8	35,0	36,0	38,4 32,4			
Schweden Vereinigtes Königreich	1,4 -1,9	0,9 -1,5	-1,5	0,4 -1,2	87,1	38,8 86,8	34,4 85,1	32, 4 84,2			
EU	-1,0	-0,6	-1,0	-1,0	83,3	81,5	80,2	78,8			
Türkei	-2,8	-2,6	-3,0	-2,5	28,3	31,1	30,9	29,3			
USA	-4,2	-6,4	-6,5	-6,4	105,2	107,4	107,8	109,0			
Japan	-3,0	-3,0	-2,8	-2,5	234,8	236,1	236,1	236,3			
Schweiz	1,3	0,2	0,1	0,1	33,5	32,2	31,5	30,5			
Russland	-1,5	2,7	2,6	2,1	15,1	13,0	13,1	13,4			
Brasilien	-7,9	-6,8	-7,3	-7,0	84,1	87,9	90,4	92,4			
China	-3,9	-4,8	-6,1	-5,5	46,8	50,5	55,4	59,5			
Indien	-7,0	-6,7	-6,9	-6,6	69,8	69,8	69,0	67,8			

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

1) EK-Prognose Mai 2019; BR, CN, IN: IWF-Prognose April 2019.

Prognose wichtig	er Wir	tscha	ftsindi	katore	n für (Österi	eich						
	OeNB			WIFO		IHS		OECD		IWF		EU-Kommis	sion
	Juni 2019)		Juni 2019	ı	Juni 2019		Mai 2019		April 201	9	Mai/Juli 2019	
	2019	2020	2021	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020
	Veränderu	ung zum V	orjahr in %										
BIP, real ¹⁾ Privater Konsum, real Öffentlicher Konsum, real Bruttoanlageinvestitionen, real Exporte, real Importe, real Arbeitsproduktivität ²⁾ BIP Deflator	1,5 1,6 1,5 2,7 2,0 2,0 0,2 Veränderu 1,5	1,6 1,4 1,2 1,9 2,8 2,6 0,7 ung zum V	1,6 1,3 1,1 1,8 3,4 3,0 0,7 orjahr in %	1,7 1,7 0,8 2,3 2,4 2,3 0,5	1,5 1,6 0,7 1,6 2,7 2,4 0,3	1,5 1,6 0,8 2,2 2,0 2,0 0,0	1,6 1,5 1,0 1,5 2,9 2,8 0,7	1,4 1,8 0,9 2,4 2,3 1,9 0,2	1,6 1,7 0,5 1,7 2,6 2,5 0,7	2,0 × × 2,7 2,3 ×	× × 2,6 2,4	1,5 1,6 0,9 2,0 2,8 2,9 0,5	1,5 1,6 0,7 1,6 3,2 2,8 1,1
VPI HVPI ¹⁾ Lohnstückkosten		1,7 1,5 ung zum Vo	1,7 1,1 orjahr in %	1,6 1,5 2,3	1,7 1,7 1,6	1,6 1,6 2,4	1,7 1,7 1,4	1,9 ×	2,0 ×	1,8 ×	2,0 ×	x 1,7 2,1	× 1,7 1,4
Beschäftigte	1,6 in % des .	1,2 Arbeitskräf	1,1 teangebots,	1,6 Eurostat-L	1,0 Definition	1,5	0,9	1,2	0,8	0,7	1,1	1,0	0,5
Arbeitslosenquote	4,7 in % des	4,7 nominellen	4,7 BIP	4,6	4,6	4,7	4,7	4,6	4,6	5,1	5,0	4,7	4,7
Leistungsbilanz Finanzierungssaldo des Staates	2,2 0,3	2,3 0,4	2,6 0,5	1,8 0,6	1,8 0,6	× 0,3	× 0,5	2,4 0,3	2,4 0,2	2,0 -0,1	1,9 -0,3	2,4 0,3	2,6 0,2
Erdölpreis in USD/Barrel ¹⁾ Kurzfristiger Zinssatz in % ¹⁾ USD/EUR-Wechselkurs ¹⁾	68,1 -0,3 1,12	annahmen 65,8 –0,3 1,12 ung zum V	62,7 -0,2 1,12 oriahr in %	63,0 -0,3 1,12	58,0 -0,1 1,11	64,0 -0,3 1,14	62,0 -0,3 1,16	68,4 -0,3 1,12	70,0 -0,3 1,12	59,2 -0,3 1,14	59,0 -0,2 1,16	64,7 -0,3 1,13	61,5 -0,3 1,13
BIP, real Euroraum ¹⁾ BIP, real USA BIP, real Welt Welthandel	1,2 2,5 3,1 1,4	1,4 2,0 3,4 3,1	1,4 1,8 3,3 3,4	1,3 2,5 × ×		1,2 2,4 3,2 1,5	1,5 1,7 3,3 2,5	1,2 2,8 3,2 2,1	1,4 2,3 3,4 3,1	1,3 2,3 3,3 3,4	1,5 1,9 3,6 3,9	1,2 2,4 3,2 2,9	1,4 1,9 3,5 3,3

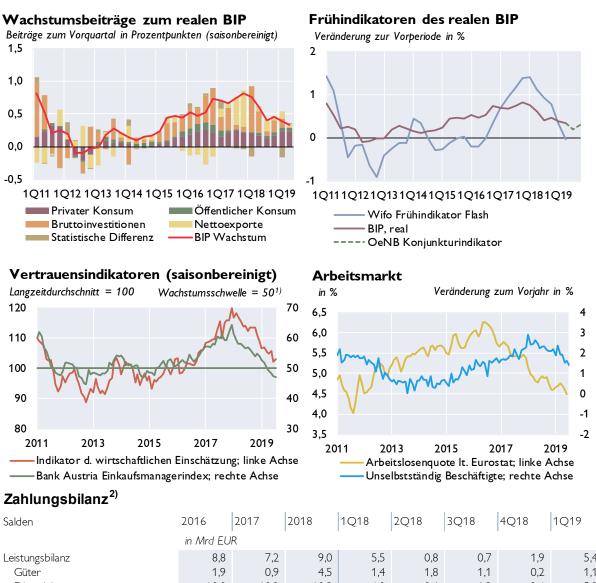
¹⁾ EU-Kommission: Interimsprognose vom Juli 2019

²⁾ OeNB, WIFO: Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde. IHS, OECD, EU-Kommission: Produktivität je Beschäftigtem.

Seite 22

											Seite 22
Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)											
	2017	2018	2018 Q3	2018 Q4	2019 Q1	2019 Q2	2019 Q3	2019 April	2019 Mai	2019 Juni	2019 Juli
	Verände	ı erung zu			1 ~	1 ~	1 ~	' '	1	לן	17
HVPI gesamt	2,2	2,1	2,2	2,1	1,6	1,7		1,7	1,7	1,6	1,4
Kerninflation (o.Energie u.unb.Lebensmittel)	2,2	1,9	1,8	1,7	1,5	1,7		1,6	1,7	1,7	1,5
Nationaler VPI	2,1	2,0	2,1	2,1	1,7	1,7		1,7	1,7	1,6	1,4
Deflator des privaten Konsums	1,4	1,7	2,3	2,0	1,9		-	×	X	X	
BIP Deflator	1,4 1,9	1,3	1,8	1,6	1,6		-	X	X	X	
Erzeugerpreisindex Großhandelspreisindex	4,6	2,4 4,2	3,4 5,4	2,6 4,0	1,5 2,0	0,6 0,9	-	1,4	0,6 1,1	-0,2 -0,7	-0,3
Tariflohnindex	1,4	2,7	2,8	2,7	3,0	3,1		3,1	3,1	3,1	3,1
BIP je Erwerbstätigen	2,0	2,1	2,6	2,6	1,7			×	×	×	
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	0,6	1,4	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	-1,2	1,4	×	X	×	×	×	×	×	×	×
							zur Vorpe	eriode in	%)		
BIP real	2,0	2,7	0,4	0,5	0,4	0,3		×	×		
Privater Konsum	1,4	1,7	0,2	0,3	0,5	0,5		×		×	
Öffentlicher Konsum Bruttoanlageinvestitionen	1,7 4,2	1, 4 3,8	0,3	0,3 0,8	0,2 0,8	0,3 0,5		X		×	
Exporte	3,0	4,6	1,0	0,8	0,8	0,5		×	×	×	
Importe	4,0	4,4	0.7	0,7	0,7	0,4		×		×	
'	Beitrag		achstum	des nich	ntsaisonb		n realen l	I BIP (in Pi	rozentþu	ınkten)	
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	2,0	2,6	2,2	2,4	1,5	1,7		×	×		×
Binnennachfrage (ohne Lager)	1,9	1,4	0,6	1,5	0,7			×	×	×	×
Nettoexporte	-0,3	-0,1	1,7	0,0	0,2			×	×	×	
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	0,4	1,2	-0,0	0,9	0,6			×	×	×	×
E-marks			1				erung z.VJ	1	0.2		
Exporte Importe	8,2 8,8	5,7 5,8	6,6 5,3	4,8 6,9	4,6 5,4			6,2 6,8	8,2 4,1		
Importe			1		ransaktio	 nshilanz		0,0	1,1		
Güter- und Dienstleistungen	12,7	11,0	2,4	2,7	7,0			×	X	×	×
Reiseverkehr	8,6	8,7	1,2	1,9	5,7			×	×		
Leistungsbilanz	8,8	7,2	0,7	1,9	5,4			×	×	×	×
Leistungsbilanz in % des BIP	2,5	2,0	0,7	1,9	5,6			×	×	×	×
		ählte Inc			40/0	1010		1010	1057	1000	1000
Economic Sentiment Indicator	112,5	114,0	113,1	111,1	106,2	104,3		104,9	105,7	102,3	103,2
Industrievertrauen (%-Saldo) Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	5,5 5,1	8,6 4,0	7,4 2,3	4,8 3,6	-2,4 6,7	-4,4 0,4		-4,1 2,4	-2,8 -1,3	-6,4 0,1	-6,9
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	84,3	86,7	88,7	88,5	87,0	87,2	86,7	× ×	× X	0,1 X	 ×
Bauvertrauen (%-Saldo)	8,8	13,2	17,5	16,0	12,5	12,4		12,9	14,4	10,0	14,4
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	26,6	26,7	25,9	23,9	20,3	16,9		18,7	16,1	16,0	18,3
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	-1,1	0,9	0,4	-0,2	-1,6	-2,3		-3,4	0,0	-3,6	-3,8
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	-5,3	-10,0	-12,3	-11,5	-9,8	-13,1		-10,1	-13,7	-15,6	-18,3
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	0,7	0,1	-1,3	0,8	-1,7	1,2		5,6	2,2	-4,0	
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)		marktent 2,4	wicklung 2,3	2,1	2,0	1,7		1,9	1,5	1,6	1,4
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	-4,9	-8,2	-7,7	-6,1	-4,7	-3,4		-4,1	-2,5	-3,7	-3,8
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	8,5	7,7	6,9	7,9	8,3	6,9		7,3	6,8	6,5	6,5
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	5,5	4,8	4,9	4,7	4,7	4,6		4,7	4,6	4,5	0,5
(8)					dung (Ve				eriode in		
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	4,0	8,0	6,3	7,8	6,3	6,4		6,3	7,8	5,0	
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×	×	×	×	×		×	6,2	6,7	6,4	
Kredite an im Euroraum Ansässige	1,9	5,1	5,0	5,1	3,8	3,5		3,6	3,2	3,5	
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3		-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	0,6	0,7	0,6	0,6	0,4	0,2		0,3	0,2	0,0	-0,1
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	3 096	3 330 erung lt. <i>i</i>			2 985	3 055		3 196	3 026	2 942	3 001
Finanzierungssaldo des Bundessektors	-0,9	erung it. 1 -0,2	viaastric ×	nt in % (×		×	×	×	×	×	×
Finanzierungssaldo des Staates	-0,8	0,2	×	×				×			
Schulden des Staates	78,2	73,8	×	×						×	
Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eur	ostat, Maa	upond, Ue	ind, EU-K	urnmissior	i, ⊏∠B.						

Österreich: Wirtschaftsindikatoren – aktuelle Entwicklung (II)



Salden	2016	2017	2018	1Q18	2Q18	3Q18	4Q18	1Q19		
in Mrd EUR										
Leistungsbilanz	8,8	7,2	9,0	5,5	0,8	0,7	1,9	5,4		
Güter	1,9	0,9	4,5	1,4	1,8	1,1	0,2	1,1		
Dienstleistungen	10,8	10,2	10,3	6,0	0,6	1,3	2,4	5,9		
Primäreinkommen	-0,4	-1,0	-2,0	-0,8	-0,6	-0,9	0,2	-0,2		
Sekundäreinkommen	-3,4	-2,8	-3,8	-1,0	-0,9	-0,8	-1,0	-1,4		
Vermögensübertragungen	-0,4	-0,3	-0,3	-0,1	-0,1	0,0	-0,1	-0,1		
Kapitalbilanz	10,7	9,0	7,5	7,9	-1,2	0,4	0,4	6,2		
Direktinvestitionen	1,9	0,0	-8,7	-0,9	-0,3	-6,9	-0,5	1,7		
Portfolioinvestitionen	23,7	18,8	4,5	1,8	-0,4	1,1	2,0	-0,9		
Finanzderivate	-0,4	-0,9	-0,8	-0,4	-0,4	-0,1	0,1	0,0		
Sonstige Investiitionen	-15,0	-5,9	10,3	4,6	0,1	6,7	-1,0	5,5		
Währungsreserven ³⁾	0,5	-3,1	2,1	2,8	-0,2	-0,4	-0,1	0,0		
Statistische Differenz	2,2	2,0	-1,2	2,5	-2,0	-0,3	-1,3	0,9		
Leistungsbilanz in % des BIP	2,5	2,0	2,3	2,4	5,9	0,9	0,7	1,9		

Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.

¹⁾ Werte über 50 signalisieren Wachstum.

²⁾ Transaktionen; bis 2015 endgültige Daten, 2016 und 2017 revidierte Daten, 2018 provisorische Daten.

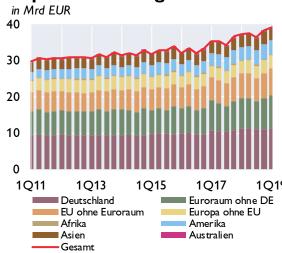
³⁾ OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.

Seite 24

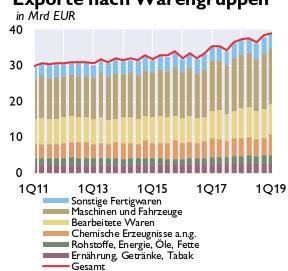
	etor	roich	AuRanl	handal	mit Waren
-	Jalei	I GILII.	Aubelli	Halluci	IIIIL VVAI EII

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			Veränderung zum	Vorjahr in %
2016	131 125	135 667	-4541,9	-0,3	1,6
2017	141 940	147 542	-5602,5	8,2	8,8
2018	150 071	156 056	-5985,1	5,7	5,8
JänMai 18	61 951	64 106	-2154,7	4,7	4,2
JänMai 19	65 420	67 557	-2137,2	5,6	5,4
Dez. 18	10 826	11 619	-793,2	0,8	0,8
Jän. 19	12 680	13 188	-507,7	5,9	8,3
Feb. 19	12 930	13 305	-375,2	9,5	10,8
März 19	13 545	13 953	-408,4	-0,9	-1,8
Apr. 19	13 043	13 527	-483,5	6,2	6,8
Mai 19	13 222	13 584	-362,4	8,2	4,1

Exporte nach Regionen

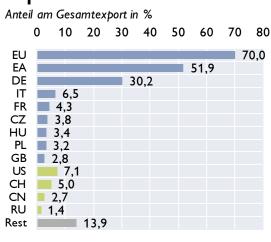


Exporte nach Warengruppen

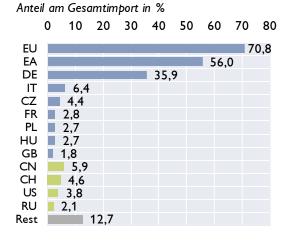


Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2018

Exporte



Importe



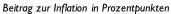
Quelle: Statistik Austria.

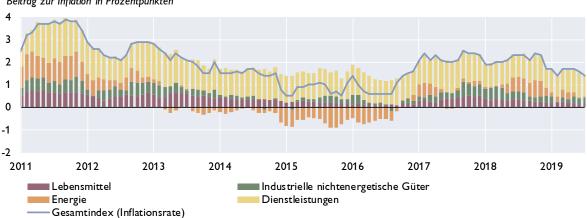
Seite 25

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2019	2017	2018	Mär.19	Apr.19	Mai.19	Jun.19	Jul.19
COICOP-Verbrauchsgruppen	Gewicht in %	Veränderu	ng zum Vorj	iahr in %				
Gesamt-HVPI	100,0	2,2	2,1	1,7	1,7	1,7	1,6	1,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	11,4	2,3	1,5	1,6	1,3	1,1	1,0	1,2
Alkoholische Getränke und Tabak	3,6	3,2	3,9	1,6	1,5	1,3	0,5	0,5
Bekleidung und Schuhe	7,4	1,6	0,6	0,8	0,1	1,2	-0,4	0,8
Wohnung, Wasser, Energie	14,5	1,6	2,5	3,1	3,2	3,1	3,1	3,0
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,1	0,7	2,3	0,7	1,3	1,2	1,4	1,1
Gesundheitspflege	5,4	1,5	2,2	2,2	1,2	1,3	1,5	0,6
Verkehr	13,8	3,7	2,9	0,9	1,9	0,7	0,6	-0,2
Nachrichtenübermittlung	2,1	0,2	-2,3	-1,4	-0,9	-0,8	-2,5	-4,3
Freizeit und Kultur	10,3	2,5	1,2	1,0	0,8	1,2	1,5	1,0
Bildungswesen	1,1	1,9	2,9	2,6	2,5	2,5	2,4	2,5
Hotels, Cafes und Restaurants	15,6	2,8	3,0	2,5	2,6	2,6	3,0	3,0
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	7,7	1,5	2,0	1,9	1,9	2,5	2,0	1,5

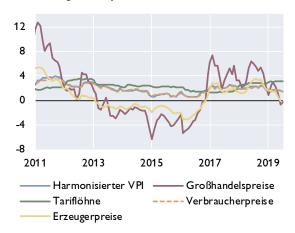
Sondergruppen des HVPI





Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: Statistik Austria, WIFO.

Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2017	2018	2019 ¹⁾	2020 ¹⁾					
Stundenproduktivität	0,9	1,1	0,5	0,3					
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	1,4	2,5	2,7	1,9					
Preisliche Wettbe- werbsfähigkeit ²⁾	1,0	1,7	-0,8	0,1					
Lohnstückkosten									
Gesamtwirtschaft	0,6	1,2	2,3	1,6					
Sachgüter- erzeugung	-1,2	1,4	3,1	0,6					

- 1) WIFO-Prognose Juni 2019.
- 2) Real-effektiver Wechselkursidex Industriewaren, export- und importgewichtet, deflationiert mit dem HVPI.

Seite 26

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2016	2017	2018	2Q18	3Q18	4Q18	1Q19	2Q19
Gesamt	140 828	144 500	149 819	26 561	49 416	24 688	47 999	28 231
Inländer	38 003	38 523	39 390	8 899	13 528	7 439	9 447	9 141
Ausländer	102 825	105 977	110 430	17 662	35 888	17 249	38 552	19 090
darunter								
Deutschland	52 632	53 576	56 285	9 079	18 923	8 366	18 450	9 869
Osteuropa	10 814	11 640	12 499	1 869	2 986	2 277	5 508	2 071
Niederlande	9 506	9 765	10 036	842	3 045	1 077	5 133	880
Schweiz	5 078	5 063	4 975	884	1 543	980	1 490	916
Vereinigtes	3 703	3 740	3 802	694	851	612	1 605	668
Königreich	3 703	3 / 10	3 002	074	031	012	1 003	000
Italien	2 874	2 897	2 863	422	1 388	596	481	496
Belgien	2 741	2 783	2 826	481	967	284	1 155	474
Frankreich	1 766	1 804	1 797	339	694	267	486	348
Dänemark	1 544	1 576	1 559	78	389	136	991	104
USA	1 642	1 783	1 926	520	677	436	326	555
Veränderung zum Vorjah	nr in %							
Gesamt	4,2	2,6	3,7	-0,8	1,3	6,4	-2,4	6,3
Inländer	4,3	1,4	2,2	1,6	1,3	2,7	-0,8	2,7
Ausländer	4,1	3,1	4,2	-2,0	1,3	8,1	-2,7	8,1

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2016	2017	2018	1Q18	2Q18	3Q18	4Q18	1Q19
Deutschland	8 271	8 435	9 163	3 350	1 482	2 568	1 763	3 203
Niederlande	1 167	1 224	1 304	727	96	309	172	765
Schweiz	1 160	1 225	1 279	487	190	334	268	479
Italien	768	751	756	168	136	268	185	179
CESEE ¹⁾	2 503	2 740	2 988	1 103	524	679	682	1 144
Restl. Europa	2 144	2 214	2 306	1 073	335	520	377	1 142
Rest der Welt	1 388	1 523	1 662	353	373	573	362	389
Gesamt	17 401	18 112	19 458	7 261	3 136	5 251	3 809	7 301

¹⁾ Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2016	2017	2018	1Q18	2Q18	3Q18	4Q18	1Q19
Deutschland	2 182	2 221	2 271	426	665	713	467	464
Italien	1 432	1 414	1 537	164	456	690	227	152
Kroatien	815	826	944	46	214	642	42	39
Europäische	965	1 084	1 088	141	232	531	183	105
Mittelmeerländer ¹⁾	703	1 00 1	1 000	'''	232	331	103	103
Restl. Europa	2 233	2 533	2 868	544	756	1 001	569	487
Rest der Welt	1 173	1 376	1 435	327	307	425	375	395
Gesamt	8 800	9 454	10 143	1 648	2 630	4 002	1 863	1 642

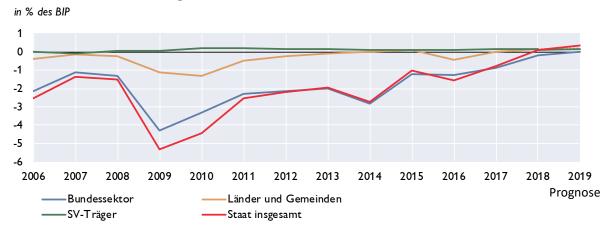
¹⁾ Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern. Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-	Länder und	SV-Träger	Staat	Bundes-	Länder und	SV-Träger	Staat
	sektor	Gemeinden		insgesamt	sektor	Gemeinden		insgesamt
	in Mrd EUR				in % des BIP			
2015	-4,2	0,4	0,3	-3,5	-1,2	0,1	0,1	-1,0
2016	-4,4	-1,5	0,4	-5,5	-1,2	-0,4	0,1	-1,6
2017	-3,2	-0,1	0,5	-2,8	-0,9	-0,0	0,1	-0,8
2018	-0,7	0,6	0,5	0,4	-0,2	0,2	0,1	0,1
2019 ¹⁾	0,0	0,7	0,6	1,3	0,0	0,2	0,1	0,3

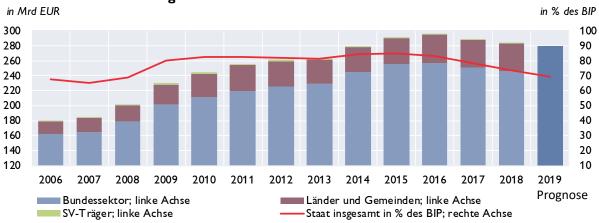
Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht



Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-	Länder und	SV-Träger	Staat	Bundes-		SV-Träger	Staat
	sektor	Gemeinden		insgesamt	sektor	Gemeinden		insgesamt
	in Mrd EUR				in % des BIP			
2015	255,4	35,2	1,1	291,7	74,2	10,2	0,3	84,7
2016	257,3	37,2	1,1	295,6	72,2	10,4	0,3	83,0
2017	251,2	37,1	0,9	289,3	67,9	10,0	0,2	78,2
2018	245,9	37,5	1,3	284,8	63,7	9,7	0,3	73,8
2019 ¹⁾				278,9				69,6

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht



1) BMF-Prognose.

Quelle: Statistik Austria, BMF.

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

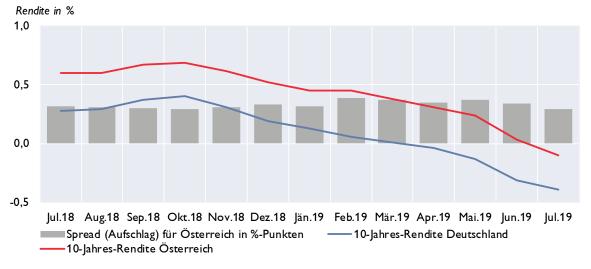
Finanzierungshaushalt ¹⁾	Jänner bis Juni		Erfolg	Voranschlag	Veränderung
Allgemeine Gebarung	2018 2019 2		2018 2019		2019/2018
	in Mio EUR	•			in %
Auszahlungen	39 398	38 914	77 982	79 174	1,5
Einzahlungen	36 633	38 706	76 879	79 689	3,7
Nettofinanzierungsbedarf ²⁾	-2 764	-208	-1 103	515	

Abgaben des Bundes

	Jänner bis Juni	Jänner bis Juni		Voranschlag	Veränderung
	2018	2019	2018	2019	2019/2018
	in Mio EUR				in %
Einkommen- und Vermögensteuem	19 389	20 471	44 050	44 562	1,2
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	1 415	1 617	4 280	4 200	-1,9
Körperschaftsteuer	3 358	3 679	9 163	9 000	-1,8
Lohnsteuer	12 873	13 549	27 178	27 900	2,7
Kapitalertragsteuern	1 485	1 407	3 072	3 150	2,5
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	21 292	21 442	43 344	44 307	2,2
davon: Umsatzsteuer	14 559	14 878	29 347	30 300	3,2
Öffentliche Abgaben brutto	41 495	42 642	88 204	89 510	1,5
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	14 865	15 664	31 328	31 888	1,8
Überweisungen an die Europäische Union	1 832	1 430	3 636	3 100	-14,7
Öffentliche Abgaben netto ³⁾	24 798	25 549	53 240	54 522	2,4

- 1) Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.
- 2) Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.
- 3) Steuereinnahmen des Bundes.

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich



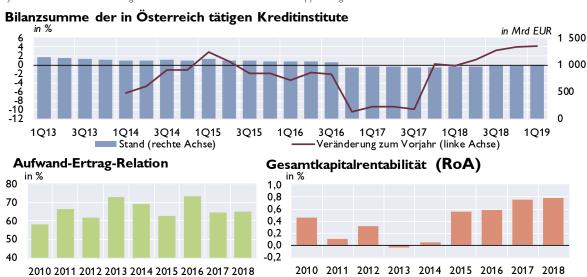
Quelle: BMF, EZB.

Quelle: OeNB.

Österreich: Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute konsolidiert¹⁾

Vermögenslage 1. Quartal 2019 1. Quartal 2019 Verberötet 2018 AKTIVA 2019 2018 Verberötet 2018 Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken 78 416 83 344 −4 928 −5.9 Darlehen und Kredite 717 448 670 951 46 497 6.9 Schuldverschreibungen 131 973 133 575 −1 542 −1.2 Eigenkapitalinstrumente 6 235 6 324 −89 −1.4 Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert 20 783 20 192 591 2.9 Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden 21 110 20 191 919 4.6 Materielle Vermögenswerte 12 048 9 404 2 644 28.1 Immaterielle Vermögenswerte 2 942 2 974 −32 −1.1 Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte 1 6859 20 013 −3 154 −15.8 SUMTIE AKTIVA / PASSIVA 1 100 78 13 966 907 4 906 4.2 PASSIVA 1 100 78 13	3				
AKTIVA in Mio EUR in % Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken 78 4116 83 344 -4 928 -5.9 Darlehen und Kredite 717 448 670 951 46 497 6.9 Schuldverschreibungen 131 973 133 515 -1 542 -1.2 Eigenkapitalinstrumente 6 235 6 324 -89 -1.4 Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert 20 783 20 192 591 2.9 Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Untermehmen, die nicht 21 110 20 191 919 4,6 Voll- oder quotenkonsolidiert werden 12 048 9 404 2 644 28.1 Materielle Vermögenswerte 12 048 9 404 2 644 28.1 Immaterielle Vermögenswerte 16 859 20 013 -3 154 -15.8 SUMME AKTIVA / PASSIVA 1 007 813 966 907 40 906 4.2 PASSIVA 1 10 876 109 583 1 293 1.2 Einlagen von Kreditinstituten 110 876 109 583 1 293 1.2 </td <td>Vormögenslage</td> <td>1. Quartal</td> <td>1. Quartal</td> <td>Differe</td> <td>nz zur</td>	Vormögenslage	1. Quartal	1. Quartal	Differe	nz zur
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken 78 416 83 344 -4 928 -5.9 Darlehen und Kredite 717 448 670 951 46 497 6.9 Schuldverschreibungen 131 973 133 515 -1 542 -1.2 Eigenkapitalinstrumente 6 235 6 324 -89 -1,4 Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert 20 783 20 192 591 2,9 Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden 21 110 20 191 919 4,6 Materielle Vermögenswerte 12 048 9 404 2 644 28,1 Immaterielle Vermögenswerte 2 942 2 974 -32 -11. Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte 16 859 20 013 -3 154 -15,8 SUMME AKTIVA / PASSIVA 1 007 813 966 907 40 906 4.2 PASSIVA 1 107 813 96 907 40 906 4.2 Einlagen von Kreditinstituten 110 876 109 583 1 293 1.2	A CHIHORCH21978G	2019	2018	Vergleich	speriode
Darlehen und Kredite 717 448 670 951 46 497 6.9 Schuldverschreibungen 131 973 133 515 -1 542 -1.2 Eigenkapitalinstrumente 6 235 6 324 -89 -1.4 Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert 20 783 20 192 591 2.9 Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Untemehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden 21 110 20 191 919 4.6 Materielle Vermögenswerte 12 048 9 404 2 644 28.1 Immaterielle Vermögenswerte 2 942 2 974 -32 -1.1 Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte 16 859 20 013 -3 154 -15.8 SUMME AKTIVA / PASSIVA 1 007 813 96 907 40 906 4.2 PASSIVA 1 007 813 96 907 40 906 4.2 PASSIVA 1 007 813 96 907 40 906 4.2 Einlagen von Zentralbanken 23 463 23 873 -410 -1.7 Einlagen von Kreditinstituten 110 876 109 583 1 293 1.2 Einlagen von Nichtbanken 589 061 567 279 21 782 3.8 Begebene Schuldverschreibungen 143 701 133 739 9 962 7.4 Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers 640 911 -271 -29.7 Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital ²⁾ 0 0 0 - - Als zur Veräußerung gehalten eingestuffe, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten 24 600 22 755 1 845 8.1 Rückstellungen 12 447 12 343 104 0.8 Eigenkapital und Minderheitenanteile 88 710 83 341 5 369 6.4 *hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis ²⁾ -3,7 -3,7 -3,7	AKTIVA	in Mio EUR			in %
Schuldverschreibungen 131 973 133 515 -1 542 -1.2 Eigenkapitalinstrumente 6 235 6 324 -89 -1.4 Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert 20 783 20 192 591 2.9 Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden 21 110 20 191 919 4,6 Materielle Vermögenswerte Immaterielle Vermögenswerte 12 048 9 404 2 644 28.1 Immaterielle Vermögenswerte 16 859 20 013 -3 154 -15,8 SUMME AKTIVA / PASSIVA 1 007 813 966 907 40 906 4.2 PASSIVA 23 463 23 873 -410 -1,7 Einlagen von Kreditinstituten 110 876 109 583 1 293 1,2 Einlagen von Nichtbanken 23 463 23 873 -410 -1,7 Einlagen von Nichtbanken 110 876 109 583 1 293 1,2 Begebene Schuldverschreibungen 143 701 133 739 9 962 7,4 Derivate inkl. für S	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	78 416	83 344	-4 928	-5,9
Eigenkapitalinstrumente 6 235 6 324 —89 —1,4 Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert 20 783 20 192 591 2,9 Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden 21 110 20 191 919 4,6 Materielle Vermögenswerte 12 048 9 404 2 644 28,1 Immaterielle Vermögenswerte 16 859 20 013 —3 154 —15,8 SUMME AKTIVA / PASSIVA 1 007 813 966 907 40 906 4,2 PASSIVA 23 463 23 873 —410 —1,7 Einlagen von Zentralbanken 23 463 23 873 —410 —1,7 Einlagen von Kreditinstituten 110 876 109 583 1 293 1,2 Einlagen von Kreditinstituten 589 061 567 279 21 782 3,8 Begebene Schuldverschreibungen 143 701 133 373 9 962 7,4 Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert 13 800 13 076 724 5,5 Liefe	Darlehen und Kredite	717 448	670 951	46 497	6,9
Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert 20 783 20 192 591 2,9 Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden 21 110 20 191 919 4,6 Materielle Vermögenswerte 12 048 9 404 2 644 28.1 Immaterielle Vermögenswerte 2 942 2 974 -32 -1,1 Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte 1 6 859 20 013 -3 154 -15,8 SUMME AKTIVA / PASSIVA 1 007 813 966 907 40 906 4,2 PASSIVA 23 463 23 873 -410 -1,7 Einlagen von Zentralbanken 23 463 23 873 -410 -1,7 Einlagen von Kreditinstituten 110 876 109 583 1 293 1,2 Einlagen von Nichtbanken 589 061 567 279 21 782 3,8 Begebene Schuldverschreibungen 143 701 133 739 9 962 7,4 Derivate inkl, für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert 13 800 13 076 724 5,5	Schuldverschreibungen	131 973	133 515	-1 542	-1,2
Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden 21 110 20 191 919 4,6 Materielle Vermögenswerte 12 048 9 404 2 644 28,1 Immaterielle Vermögenswerte 2 942 2 974 -32 -1,1 Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte 1 6 859 20 0 013 -3 154 -15,8 SUMME AKTIVA / PASSIVA 1 007 813 966 907 40 906 4,2 PASSIVA 23 463 23 873 -410 -1,7 Einlagen von Zentralbanken 23 463 23 873 -410 -1,7 Einlagen von Kreditinstituten 110 876 109 583 1 293 1,2 Einlagen von Nichtbanken 589 061 567 279 21 782 3,8 Begebene Schuldverschreibungen 143 701 133 739 9 962 7,4 Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert 13 800 13 076 724 5,5 Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers 640 911 -271 -29,7 Auf Anforderun	Eigenkapitalinstrumente	6 235	6 324	-89	-1,4
voll- oder quotenkonsolidiert werden 21 110 20 191 919 4,6 Materielle Vermögenswerte 12 048 9 404 2 644 28,1 Immaterielle Vermögenswerte 2 942 2 974 -32 -1,1 Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte 16 859 20 013 -3 154 -15,8 SUMME AKTIVA / PASSIVA 1 007 813 966 907 40 906 4,2 PASSIVA 2 463 23 873 -410 -1,7 Einlagen von Zentralbanken 23 463 23 873 -410 -1,7 Einlagen von Kreditinstituten 110 876 109 583 1 293 1,2 Einlagen von Nichtbanken 589 061 567 279 21 782 3,8 Begebene Schuldverschreibungen 143 701 133 739 9 962 7,4 Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert 13 800 13 076 724 5,5 Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers 640 911 -271 -29,7 Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital? 0 0<	Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert	20 783	20 192	591	2,9
Immaterielle Vermögenswerte 2 942 2 974 -32 -1,1 Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte 16 859 20 013 -3 154 -15,8 SUMME AKTIVA / PASSIVA 1 007 813 966 907 40 906 4,2 PASSIVA		21 110	20 191	919	4,6
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte 16 859 20 013 -3 154 -15,8 SUMME AKTIVA / PASSIVA 1 007 813 966 907 40 906 4,2 PASSIVA Einlagen von Zentralbanken 23 463 23 873 -410 -1,7 Einlagen von Kreditinstituten 110 876 109 583 1 293 1,2 Einlagen von Nichtbanken 589 061 567 279 21 782 3,8 Begebene Schuldverschreibungen 143 701 133 739 9 962 7,4 Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert 13 800 13 076 724 5,5 Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers 640 911 -271 -29,7 Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital ²) 0 0 0 - Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten ²) 515 8 507 6337,5 Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten 24 600 22 755 1 845 8,1 Rückstellungen 12 447 12 34	Materielle Vermögenswerte	12 048	9 404	2 644	28,1
SUMME AKTIVA / PASSIVA 1 007 813 966 907 40 906 4,2 PASSIVA Einlagen von Zentralbanken 23 463 23 873 -410 -1,7 Einlagen von Kreditinstituten 110 876 109 583 1 293 1,2 Einlagen von Nichtbanken 589 061 567 279 21 782 3,8 Begebene Schuldverschreibungen 143 701 133 739 9 962 7,4 Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert 13 800 13 076 724 5,5 Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers 640 911 -271 -29,7 Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital ²⁾ 0 0 - - Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten ²⁾ 515 8 507 6337,5 Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten 24 600 22 755 1 845 8,1 Rückstellungen 12 447 12 343 104 0,8 Eigenkapital und Minderheitenanteile 88 71	Immaterielle Vermögenswerte	2 942	2 974	-32	-1,1
PASSIVA Einlagen von Zentralbanken 23 463 23 873 -410 -1,7 Einlagen von Kreditinstituten 110 876 109 583 1 293 1,2 Einlagen von Nichtbanken 589 061 567 279 21 782 3,8 Begebene Schuldverschreibungen 143 701 133 739 9 962 7,4 Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert 13 800 13 076 724 5,5 Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers 640 911 -271 -29,7 Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital ²) 0 0 - - Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten ²) 515 8 507 6337,5 Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten 24 600 22 755 1 845 8,1 Rückstellungen 12 447 12 343 104 0,8 Eigenkapital und Minderheitenanteile 88 710 83 341 5 369 6,4 *hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis ²) -7 113	Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	16 859	20 013	-3 154	-15,8
Einlagen von Zentralbanken 23 463 23 873 -410 -1,7 Einlagen von Kreditinstituten 110 876 109 583 1 293 1,2 Einlagen von Nichtbanken 589 061 567 279 21 782 3,8 Begebene Schuldverschreibungen 143 701 133 739 9 962 7,4 Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert 13 800 13 076 724 5,5 Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers 640 911 -271 -29,7 Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital²) 0 0 - - Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten²) 515 8 507 6337,5 Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten 24 600 22 755 1 845 8,1 Rückstellungen 12 447 12 343 104 0,8 Eigenkapital und Minderheitenanteile 88 710 83 341 5 369 6,4 *hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis²) -7 113 -5 444 -1 669 -30,7 *hievon: Minderheitenanteile 6 499 6 169 <td< td=""><td>SUMME AKTIVA / PASSIVA</td><td>1 007 813</td><td>966 907</td><td>40 906</td><td>4,2</td></td<>	SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 007 813	966 907	40 906	4,2
Einlagen von Kreditinstituten Einlagen von Nichtbanken Einlagen von Nichtbanken Begebene Schuldverschreibungen Begebene Schuldverschreibungen Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital ²) Auf Anforderung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten ²) Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten Eigenkapital und Minderheitenanteile *hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis ²) 110 876 109 583 1 293 1,29 21 782 3,8 21 782 3,8 21 782 3,8 21 782 3,8 21 782 3,8 21 782 3,8 21 782 3,8 21 782 3,8 22 724 5,5 22 724 5,5 23 72 -29,7 24 640 911 -271 -29,7 25 8 507 6337,5 26 6337,5 27 1845 8,1 28 8,1 29 8 710 83 341 5 369 6,4 21 76 7 113 -5 444 -1 669 -30,7 21 7 113 -5 444 -1 669 -30,7 22 75,3 23 75 75 75 75 75 75 75 75 75 75 75 75 75	PASSIVA				
Einlagen von Nichtbanken 589 061 567 279 21 782 3,8 Begebene Schuldverschreibungen 143 701 133 739 9 962 7,4 Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert 13 800 13 076 724 5,5 Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers 640 911 -271 -29,7 Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital²) 0 0 - - Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten²) 515 8 507 6337,5 Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten 24 600 22 755 1 845 8,1 Rückstellungen 12 447 12 343 104 0,8 Eigenkapital und Minderheitenanteile 88 710 83 341 5 369 6,4 *hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis²) -7 113 -5 444 -1 669 -30,7 *hievon: Minderheitenanteile 6 499 6 169 330 5,3	Einlagen von Zentralbanken	23 463	23 873	-410	-1,7
Begebene Schuldverschreibungen 143 701 133 739 9 962 7,4 Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert 13 800 13 076 724 5,5 Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers 640 911 -271 -29,7 Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital²) 0 0 - - Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten²) 515 8 507 6337,5 Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten 24 600 22 755 1 845 8,1 Rückstellungen 12 447 12 343 104 0,8 Eigenkapital und Minderheitenanteile 88 710 83 341 5 369 6,4 *hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis²) -7 113 -5 444 -1 669 -30,7 *hievon: Minderheitenanteile 6 499 6 169 330 5,3	Einlagen von Kreditinstituten	110 876	109 583	1 293	1,2
Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital ²⁾ Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten ²⁾ Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten 24 600 22 755 1 845 8,1 Rückstellungen 12 447 12 343 104 0,8 Eigenkapital und Minderheitenanteile 88 710 83 341 5 369 6,4 *hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis ²⁾ *hievon: Minderheitenanteile 6 499 6 169 330 5,5	Einlagen von Nichtbanken	589 061	567 279	21 782	3,8
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital²) Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten²) Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten 24 600 22 755 1 845 8,1 Rückstellungen 12 447 12 343 104 0,8 Eigenkapital und Minderheitenanteile 88 710 83 341 5 369 6,4 *hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis²) *hievon: Minderheitenanteile 6 499 6 169 330 5,3	Begebene Schuldverschreibungen	143 701	133 739	9 962	7,4
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital ²⁾ Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten ²⁾ Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten 24 600 22 755 1 845 8,1 Rückstellungen 12 447 12 343 104 0,8 Eigenkapital und Minderheitenanteile 88 710 83 341 5 369 6,4 *hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis ²⁾ *hievon: Minderheitenanteile 6 499 6 169 330 5,3	Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	13 800	13 076	724	5,5
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten ²⁾ Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten 24 600 22 755 1 845 8,1 Rückstellungen 12 447 12 343 104 0,8 Eigenkapital und Minderheitenanteile *hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis ²⁾ *hievon: Minderheitenanteile 6 499 6 169 330 5,3	Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	640	911	-271	-29,7
Verbindlichkeiten ²) 515 8 507 6337,5 Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten 24 600 22 755 1 845 8,1 Rückstellungen 12 447 12 343 104 0,8 Eigenkapital und Minderheitenanteile 88 710 83 341 5 369 6,4 *hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis ²) -7 113 -5 444 -1 669 -30,7 *hievon: Minderheitenanteile 6 499 6 169 330 5,3	Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital ²⁾	0	0	-	-
Rückstellungen 12 447 12 343 104 0,8 Eigenkapital und Minderheitenanteile 88 710 83 341 5 369 6,4 *hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis 2) -7 113 -5 444 -1 669 -30,7 *hievon: Minderheitenanteile 6 499 6 169 330 5,3	00 0	515	8	507	6337,5
Eigenkapital und Minderheitenanteile 88 710 83 341 5 369 6,4 *hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis 2) -7 113 -5 444 -1 669 -30,7 *hievon: Minderheitenanteile 6 499 6 169 330 5,3	Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten	24 600	22 755	1 845	8,1
Eigenkapital und Minderheitenanteile 88 710 83 341 5 369 6,4 *hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis ²⁾ -7 113 -5 444 -1 669 -30,7 *hievon: Minderheitenanteile 6 499 6 169 330 5,3		12 447	12 343	104	0,8
*hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis ²⁾ *hievon: Minderheitenanteile -7 113	9	88 710	83 341	5 369	6,4
*hievon: Minderheitenanteile 6 499 6 169 330 5,3		-7 113	-5 444	-1 669	-30,7
SUMME AKTIVA / PASSIVA 1 007 813 966 907 40 906 4,2	9 9	6 499	6 169	330	5,3
	SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 007 813	966 907	40 906	4,2

1) Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten von Kl-Gruppen und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Beleges "Konsolidierte Ertrags- und Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD" werden quartalsweise regulatorisch konsolidierte (Kl-Gruppen) und unkonsolidierte (Einzelkreditinstitute) Daten zu einer einheitlichen Darstellung der Ertrags- und Vermögenslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung automatisiert zusammengeführt. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q2/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die anseführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen.
2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kl-Gruppen dargestellt.



Anmerkung: RoA nach Steuern, vor Minderheitenanteilen.

2019

Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Hausha	lte			Nichtfinanzielle Unternehmen				
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	
	Volumen in Mr	d EUR	Veränderung z.	Vorjahr in %	Volumen in Mr	d EUR	Veränderung z	. Vorjahr in %	
2016	152,5	5 454	3,2	2,0	135,6	4 301	1,4	2,4	
2017	156,4	5 604	3,4	2,9	143,8	4 315	4,9	3,1	
2018	162,0	5 747	3,7	3,2	153,0	4 398	6,8	4,1	
Sep.18	160,2	5 706	3,6	3,1	150,5	4 384	6,6	4,3	
Okt.18	160,3	5 722	3,5	3,2	151,5	4 399	6,7	3,9	
Nov.18	160,8	5 742	3,4	3,3	152,9	4 425	6,4	4,0	
Dez.18	162,0	5 747	3,7	3,2	153,0	4 398	6,8	4,1	
Jän.19	161,6	5 752	3,9	3,2	154,6	4 408	7,2	3,5	
Feb.19	161,8	5 756	3,9	3,3	155,5	4 422	7,1	3,8	
Mär.19	162,7	5 777	4,2	3,3	156,7	4 428	7,0	3,7	
Apr.19	162,4	5 790	4,1	3,3	157,0	4 448	7,2	3,9	
Mai.19	163,4	5 798	3,6	3,3	158,3	4 473	7,2	3,9	
Jun.19	164,6	5 827	4,5	3,3	159,1	4 473	7,2	3,8	

Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



Kredite an private Haushalte



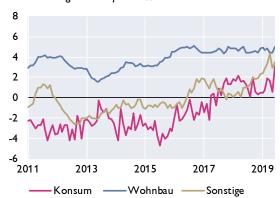
2015

-Euroraum

2017

Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

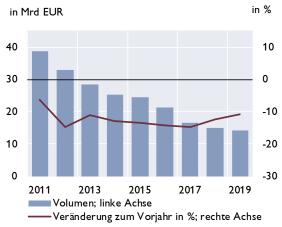
Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: OeNB, EZB.

Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

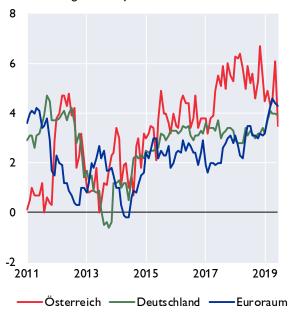
2013 ____DE -



Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

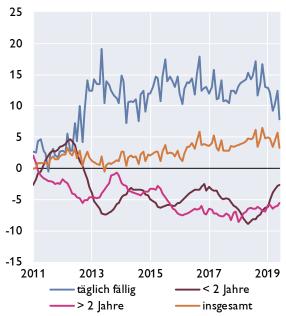
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: OeNB, EZB

Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Kredithöhe in Österreich

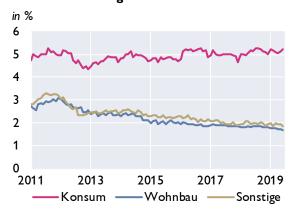


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Verwendungszweck in Österreich



Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte□

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



Quelle: OeNB, EZB

Seite 33

Österreich: Ertragslage der Kreditinstitute konsolidiert¹⁾

Entrogalogo		1. Quartal	Differenz zur	
Ertragslage	2019	2018	Vergleichsp	eriode
	in Mio EUR			in %
Zinsergebnis, netto	3 815	3 716	99	2,7
*hievon: Zinsen und ähnliche Erträge	5 953	5 905	48	0,8
*hievon: (Zinsen und ähnliche Aufwendungen)	2 138	2 189	-51	-2,3
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital) ²⁾	0	0	-	-
Dividendenerträge	75	42	33	78,6
Provisionsergebnis, netto	1 731	1 777	-46	-2,6
*hievon: Provisionserträge	2 288	2 400	-112	-4,7
*hievon: (Provisionsaufwand)	557	623	-66	-10,6
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden				
Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	81	75	6	8,0
Gewinne oder (-) Verluste aus Ausbuchungen von Anteilen an Tochter-, Gemeinschafts- und	0			
assoziierten Unternehmen, netto für UGB-Banken	0	0	-	-
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und	7.0	.=		
Verbindlichkeiten, netto	-70	-67	-3	-4,5
Gewinne oder (-) Verluste aus nicht zum Handelsbestand gehörenden finanziellen				
Vermögenswerten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, netto ²⁾	74	-19	93	489,5
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP	147	152	-5	-3,3
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung nicht finanzieller Vermögenswerte, netto	-2	0	-2	-
Sonstige betriebliche Erträge	794	749	45	6,0
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	852	802	50	6,2
Betriebserträge, netto	5 792	5 623	169	3,0
(Verwaltungsaufwendungen)	3 608	3 657	-49	-1,3
*hievon: (Personalaufwendungen)	2 066	2 036	30	1,5
*hievon: (Sachaufwendungen)	1 542	1 621	-79	-4,9
(Abschreibungen)	318	257	61	23,7
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht finanziellen Vermögenswerten)	5	_7	12	171,4
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und				
assoziierten Unternehmen)	87	-10	97	970,0
Betriebsergebnis	1 774	1 726	48	2,8
(Rückstellungen oder (-) Wertaufholung für Kreditrisiko)	-68	-37	-31	-83,8
(Sonstige Rückstellungen)	-48	3		-1700,0
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung für mit Anschaffungskosten bewerteten Darlehen,				
Kredite und Schuldtitel)	32	-122	154	126,2
(Sonstige Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden				
Zeitwert und nicht zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen	-9	22	-31	-140,9
Vermögenswerten)				
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert	0	0	-	-
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und	2.47	242		20.0
assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind	247	312	-65	-20,8
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen				
Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung	-4	2	-6	-300,0
als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen ²⁾				,
Änderungsgewinne oder -verluste (-), netto für IFRS ²⁾	6	-8	14	175,0
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	2 114	2 167	-53	-2,4
(Ertragssteuem)	350	388	-38	-9,8
Periodenergebnis nach Steuern und vor Minderheitenanteilen	1 765	1 779	-14	-0,8
Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust nach Steuem für UGB/BWG Melder	1 763	0	1	0,0
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuem ²⁾	1	-1	2	200,0
Gesamtergeonis aus aufgegebenen Geschaftsbereichen nach Steuem / (Minderheitenanteile)	143	137	6	
	1 623		-20	4,4 –1 2
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	1 623	1 643	-20	-1,2

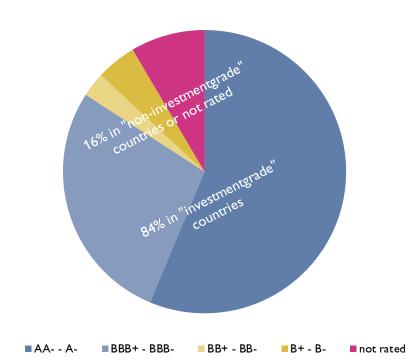
Werte für das gesamte bisherige Geschäftsjahr in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt Ouelle: OeNB

¹⁾ Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten von KI-Gruppen und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Beleges "Konsolidierte Etrags- und Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD" werden quartalsweise regulatorisch konsolidierte (KI-Gruppen) und unkonsolidierte (Einzelkreditinstitute) Daten zu einer einheitlichen Darstellung der Ertrags- und Vermögenslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung automatisiert zusammengeführt. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q2/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen.

²⁾ Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden KI-Gruppen dargestellt.

Seite 34

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019Q1
	in Mio EUR						
Tschechische Republik	47 001	44 221	48 558	55 827	69 914	75 815	76 836
Slowakei	25 093	26 319	29 261	30 149	31 127	33 256	33 373
Rumänien	25 778	25 896	23 498	24 454	24 555	25 737	24 685
Kroatien	22 038	18 878	18 167	17 147	16 841	17 328	17 485
Ungarn	18 109	15 460	14 263	14 485	15 901	16 817	18 044
Polen	17 017	16 688	19 121	16 574	16 311	7 985	8 232
Republik Serbien	4 865	3 565	4 029	4 210	4 579	5 376	5 042
Slowenien	8 079	5 494	4 716	4 488	4 805	4 823	5 412
Bulgarien	3 626	3 456	3 368	3 476	3 759	4 173	4 138
Bosnien Herzgowina	4 124	3 438	3 238	3 277	3 337	3 620	3 610
Republik Montenegro	865	392	346	405	811	892	897
Türkei	929	1011	889	924	859	737	705
Mazedonien	350	306	292	330	345	396	433
Aserbeidschan	144	247	239	293	267	244	236
Litauen	161	144	131	124	164	171	181
Lettland	126	53	77	132	119	140	117
Estland	50	51	14	17	14	14	11
Andere	23 411	19 151	16 190	16 958	16 504	19 553	20 327
Gesamt	201 768	184 768	186 397	193 269	210 215	217 078	219 762

<u>Anmerkung:</u> Werte ab 1Q17 sind brutto dargestellt und somit nur bedingt mit den vorhergehenden Werten vergleichbar. Nur Forderungen von Banken in mehrheitlich österreichischem Besitz dargestellt.

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Seite 35

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 1. Quartal 2019	Nichtfinan- zielle Unter- nehmen	Finanzielle Kapitalge- sellschaften	davon Monetäre Finanz- institute	davon Investment- fonds	davon sonstige nichtmone- täre Finanz- institute	davon Versicher- ungen	davon Pensions- kassen	Private Haushalte	Private Organisa- tionen ohne Erwerbs- zweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Geldvermögen	Bestände in A	∕lio EUR								
Währungsgold und SZR	×	12 491	12 491	X	X	×	X	×	×	2 146
Bargeld	1 705	7 233	7 167	0	37	29	0	23 588	0	4 746
Täglich fällige Einlagen	58 364	130 606	110 749	6 463	9 481	3 261	652	153 723	6 090	94 557
Sonstige Einlagen	18 951	174 816	161 915	1 034	11 050	418	400	100 803	1 413	46 262
Kurzfristige Kredite	34 122	76 701	71 214	2	4 487	991	8	2 216	0	25 542
Langfristige Kredite	104 544	405 185	378 821	192	20 849	5 307	15	156	12	80 561
Handelskredite	58 642	63	0	0	63	0	0	3	2	20 165
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	104	2 931	2 569	324	38	0	0	1 733	0	8 149
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	5 262	313 121	174 990	80 409	3 089	54 237	397	27 579	1 349	300 939
Börsennotierte Aktien	25 301	53 840	4 620	27 188	20 848	1 184	0	24 953	816	53 857
Nicht börsennotierte Aktien	39 014	84 903		179	53 110	7 891	34	6 435	20	25 749
Investmentzertifikate	16 278	149 939		59 046	18 420	34 652	21 984	60 740		20 168
Sonstige Anteilsrechte	177 784	112 172		2 021	77 594	4 561	0	123 937	1 696	169 242
Lebensversicherungsansprüche	×			X	X	×	X		×	
Nicht-										
Lebensversicherungsansprüche	2 366	4 371	0	0	0	4 371	0	3 011	0	1 142
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	×	×	×	×	×	×	0	46 034	×	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	0	0	0	0	0	12 052	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	8 915	15 496	6 389	14	8 146	817	130	8 619	11	7 409
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	551 352	1 543 869	998 448	176 873	227 213	117 716	23 620	676 877	14 248	862 540
Geldvermögensbildung	über 4 Quart	ale kumulierte	Transaktione	n in Mio EUR						
Währungsgold und SZR	×			X	X	×	X		_	0
Bargeld	143	1 429		Ô	17	-41	Ô	885		1 283
Täglich fällige Einlagen	2 583	3 131	3 646	197	63	-599	-176	13 299		9 221
Sonstige Einlagen	-478	5 925		-182	1 581	-93	220	-5 249	4	
Kurzfristige Kredite	1 525	6 238		-702	1 526	22	8			
Langfristige Kredite	5 374	13 683		-12	-1 639	328	0	-57	-4	-11 835
Handelskredite	5 588	-140		0	-20	0	0	1	1	1 335
Kurzfristige verzinsliche										
Wertpapiere	53	1 274	1 411	-146	24	-15	0	131	-11	-1 014
Langfristige verzinsliche	-224	2 151	4 591	-1 822	62	-714	33	-693	-35	2 394
Wertpapiere Börsennotierte Aktien	-785	1 068	151	122	162	23	0	883	5	E 42
Nicht börsennotierte Aktien	-763 -1 759	-1 090		433	-1 597		-7	56		-542 845
Investmentzertifikate	-1 759 360	-1 090 -404		119 -1 208	-1 597 892	240 -60	-/ 284		62	-374
	-95						0		9	4 809
Sonstige Anteilsrechte		4 570		11	5 374	-150				
Lebensversicherungsansprüche Nicht-	X	×	X	X	X	X	X	-1 051	×	-83
Lebensversicherungsansprüche	-329	33	0	0	0	33	0	-418	0	20
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	×	×	×	×	x	×	0	109	×	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	0	0	0	0	0	1 058	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-592	-562	-990	57	518	-156	8	2 056	4	-822
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	11 363	37 376	33 778	-2 555	6 963	-1 181	371	13 237	288	1 950
Nettogeldvermögen	-298 313			-4 956		10 147	2 341	485 406		
Finanzierungssaldo Quelle: OeNB.	-3 285	822	-3 164	-2 276	3 563	2 342	356	7 684	438	-5 832

Seite 36

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten

No Color	verbindlichkeiten										
Wathurgsgold und SZR	im 1. Quartal 2019	zielle Unter-	Kapitalge-	Monetäre Finanz-	Investment-	sonstige nichtmone- täre Finanz-	Versicher-	Pensions-		Organisa- tionen ohne Erwerbs-	(gegenüber
Sarged	Verbindlichkeiten	Bestände in	Mio EUR								
Somiting Enflagem	Bargeld		34 561	34 561			х		×	×	2 881
Langfristge Kredite	Sonstige Einlagen	×	254 316	254 316	x	x	X	х	×	×	97 160
Number Surphysic Surphys	<u> </u>	260 063	30 395	0	183	29 511	681	21	179 892	2 371	113 854
Verbrighter Sample Sampl		54 766	81	40	0	41	0	0	51	1	23 095
Software Section Sec	Wertpapiere	549	4 034	3 940	х	94	0	0	×	×	2 280
Note	Wertpapiere				0			0	×	×	
Sonstige Forderungen inkl Start											
Lebensversicherungsansprüche X 78 725 X X X 0 78 725 X X X 2 480											
Lebensversicherungsansprüche X 8 + 110 X X X 0 8 + 170 X X X 2 + 80	•										
Pensionsansprüche auf andere Leistungen Ansprüche auf andere Leistunge	Lebensversicherungsansprüche	×	8 410	x	х	0	8 410	х	×	×	2 480
Altersversicherungsleistungen Direct Direc		14 436	31 472	8 093	X	0	2 294	21 085	×	×	0
Finanzierung	,	0	12 052	0	0	12 052	0	0	0	0	0
Finanzierung Bay 866 \$1518 892 \$976 281 \$181 899 \$28 934 \$107 570 \$21 279 \$191 472 \$2949 \$93 704 \$107 570 \$21 279 \$191 472 \$2949 \$93 704 \$107 570 \$21 279 \$191 472 \$2949 \$93 704 \$107 570 \$21 279 \$191 472 \$2949 \$93 704 \$107 570 \$21 279 \$191 472 \$2949 \$93 704 \$107 570 \$21 279 \$191 472 \$2949 \$93 704 \$107 570 \$21 279 \$191 472 \$2949 \$93 704 \$107 570	Finanzderivate	18 292	9 249	6 103	7	2 647	492	0	1 991	170	9 568
Währungsgold und SZR ¹⁾ x 0 0 x x x x x 71 Bargeld x 3 194 3 194 x		849 666	1 515 892	976 281	181 829	228 934	107 570	21 279	191 472	2 949	893 704
Bargeld	Finanzierung	über 4 Qua	rtale kumulie	rte Transak	tionen in Mic	EUR					
Taglich fällige Einlagen											
Sonstige Einlagen x -3 817 -3 817 x<	9										
Langfirstige Kredite	0 0										
Handelskredite 6 276 31 30 0 1 0 0 7 0 655 Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere Langfristige verzinsliche Wertpapiere Langfristige verzinsliche Wertpapiere Börsennotierte Aktien -531 8 117 9 307 x -541 -650 0 x x -1930 Börsennotierte Aktien -533 222 138 x 84 0 0 0 x x 941 Nicht börsennotierte Aktien 280 415 323 x -41 90 0 x x 2 -2782 Investmentzertifikate x -59 -1 -58 0 0 0 x x 1418 Sonstige Anteilsrechte 5 620 4 230 1 724 22 2 662 -177 0 x 0 -272 Lebensversicherungsansprüche x -1 407 0 x 0 -1 407 0 x 2 273 Nicht- Lebensversicherungsansprüche x -643 0 x 0 -1 407 0 x 2 273 Nicht- Lebensversicherungsansprüche x -643 0 x 0 -643 0 x 2 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3											
Kurzfristige verzinsliche -18 722 765 x -43 0 0 x x 592 Langfristige verzinsliche -1 531 8 117 9 307 x -541 -650 0 x x -1 930 Wertpapiere -1 531 8 117 9 307 x -541 -650 0 x x -1 930 Wertpapiere -1 531 8 117 9 307 x -541 -650 0 x x -1 930 Wertpapiere -1 531 8 117 9 307 x -541 -650 0 x x -1 930 Wertpapiere -2 533 222 138 x 84 0 0 0 x 2 782 Investmentzertifikate -2 50 4 230 1724 22 2 662 -1777 0 x 0 -272 Lebensversicherungsansprüche x -643 0 x 0 -643 0	0 0										
Wertpapiere -18 722 763 X -43 0 0 X X 592 Langfristige verzinsliche -1 531 8 117 9 307 X -541 -650 0 X X -1 930 Wertpapiere -1 531 8 117 9 307 X -541 -650 0 X X -1 930 Börsennotierte Aktien -533 222 138 X 84 0 0 X X 941 Nicht börsennotierte Aktien 280 415 323 X -41 90 0 X 2 782 Investmentzertifikate X -59 -1 -58 0 0 0 X 2 782 Investmentzertifikate X -59 -1 -58 0 0 0 X 2 722 Lebensversicherungsansprüche X -1 407 0 X 0 -643 0 X X -52					_	,			_ ′	0	
Wertpapiere -1 531 8 117 9 307 x -341 -650 0 x x -1 930 Börsennotierte Aktien -533 222 138 x 84 0 0 x x 941 Nicht börsennotierte Aktien 280 415 323 x -41 90 0 x x -2782 Investmentzertifikate x -59 -1 -58 0 0 0 x x 1418 Sonstige Anteilsrechte 5 620 4 230 1 724 22 2 662 -177 0 x 0 -272 Lebensversicherungsansprüche x -1 407 0 x 0 -443 0 x -52 Lebensversicherungsansprüche x -643 0 x 0 -643 0 x x -52 Kapitalgedeckte -142 250 142 x 0 93 15 x x <td>Wertpapiere</td> <td>-18</td> <td>722</td> <td>765</td> <td>Х</td> <td>-43</td> <td>0</td> <td>0</td> <td>X</td> <td>×</td> <td>592</td>	Wertpapiere	-18	722	765	Х	-43	0	0	X	×	592
Nicht börsennotierte Aktien 280	Wertpapiere				Х				×	×	
Investmentzertifikate											
Lebensversicherungsansprüche x -1 407 0 x 0 -1 407 0 x x 273 Nicht- Lebensversicherungsansprüche x -643 0 x 0 -643 0 x x -52 Kapitalgedeckte Pensionsansprüche -142 250 142 x 0 93 15 x x 0 Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen 0 1 058 0 0 1 058 0 <td></td>											
Nicht-Lebensversicherungsansprüche x -643 0 x 0 -643 0 x x -52 Kapitalgedeckte Pensionsansprüche -142 250 142 x 0 93 15 x x 0 Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen 0 1 058 0 0 1 058 0	_									-	
Pensionsansprüche Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen O 1 058 O 0 1 058 O 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	Nicht-										
als Altersversicherungsleistungen Übrige Forderungen inkl. Finanzierung in Summe (Transaktionen) Nettogeldvermögen -298 313 27 977 22 167 -4 956 -1 721 10 147 2 341 485 406 11 300 -31 164 Finanzierungssaldo -3 285 822 -3 164 -2 276 3 563 2 342 356 7 684 438 -5 832		-142	250	142	х	0	93	15	×	×	0
Finanzierung in Summe (Transaktionen) Nettogeldvermögen -298 313 27 977 22 167 -4 956 -1 721 10 147 2 341 485 406 11 300 -31 164 Finanzierungssaldo -3 285 822 -3 164 -2 276 3 563 2 342 356 7 684 438 -5 832		0	1 058	0	0	1 058	0	0	0	0	0
(Transaktionen) 14 647 36 554 36 943 -279 3 400 -3 524 15 5 553 -150 7 81 Nettogeldvermögen -298 313 27 977 22 167 -4 956 -1 721 10 147 2 341 485 406 11 300 -31 164 Finanzierungssaldo -3 285 822 -3 164 -2 276 3 563 2 342 356 7 684 438 -5 832	9	912	-967	-247	-37	-431	-252	0	-132	-136	-2 542
Finanzierungssaldo -3 285 822 -3 164 -2 276 3 563 2 342 356 7 684 438 -5 832		14 647	36 554			3 400	-3 524	15			7 781
	Finanzierungssaldo										

Quelle: OeNB.

¹⁾ Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.